

Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg

1999

(Vorabdruck)

Das Ministerium des Innern ist die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg.
In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages wird mit dem vorliegenden Jahresbericht 1999 die
Öffentlichkeit über die Arbeitsergebnisse unterrichtet.

Verfassungsschutzbericht
des Landes Brandenburg

1999

(Vorabdruck)

Verfassungsschutz und Demokratie	6
Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie	6
Auftrag und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde	7
Wie werden die Informationen gewonnen?	8
Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde	9
Optimierung der Verfassungsschutzbehörde	10
Politischer Extremismus	12
1. Politisch motivierte Gewalt – Überblick	12
2. Rechtsextremismus	18
Aktuelle Entwicklung	18
Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene	24
Neonazis	32
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	34
Parteien und ihre Nebenorganisationen	38
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	39
Junge Nationaldemokraten (JN)	43
Deutsche Volksunion (DVU)	44
Vereinigte Rechte (VR)	47
Die Republikaner (REP)	48
Vereine und Weltanschauungsgemeinschaften	50
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	50
Kommunikationstechniken und neue Medien	52
Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen	55
Rechtsextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg	56
3. Linksextremismus	57
Aktuelle Entwicklung	57
Autonome	61
Parteien und sonstige Organisationen	73
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	73
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	75
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	76
Rote Hilfe e.V. (RH)	79
Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen	80
Linksextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg	81

4. Ausländerextremismus	82
Aktuelle Entwicklung	82
Linksextremistische Organisationen	83
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	83
Nationalistisch-extremistische Organisationen	86
5. Ausblick 2000	87
Spionageabwehr	92
Scientology-Organisation (SO)	96
Verfassungsschutz durch Aufklärung	99
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	

VERFASSUNGSSCHUTZ UND DEMOKRATIE

Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie

Das Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Brandenburg garantieren allen Bürgern und Bürgerinnen eine Vielzahl an Freiheitsrechten, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht. Politisch Andersdenkenden, Kritikern und Gegnern unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats stehen diese Rechte selbstverständlich auch zu, allerdings nur soweit, wie diese Freiheitsrechte nicht zur Durchsetzung politischer Ziele mißbraucht werden, um die Demokratie zu untergraben und sie letztlich zu beseitigen.

Das Prinzip der wehrhaften Demokratie, das nach den Erfahrungen der wertneutralen und abwehrschwachen Weimarer Republik sowie den Lehren der menschenverachtenden NS-Zeit entwickelt wurde, zeichnet sich durch die Wertgebundenheit des Staates aus. Damit bekennt er sich zu Werten von besonderer Bedeutung, die nicht abgeschafft werden können sowie zu seiner Bereitschaft, die wichtigsten Werte gegenüber extremistischen Positionen verteidigen zu wollen.

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Art. 73 Nr. 10b GG). Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter freiheitlicher demokratischer Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören neben der Volkssouveränität vor allem die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit für alle politischen Parteien und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Auftrag und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde

Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, als „Frühwarnsystem“ verfassungsfeindliche sowie sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten und politisch Verantwortliche und Öffentlichkeit über Entwicklungen und drohende Gefahren der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu unterrichten. Dabei ist das „Trennungsgebot“ zwischen Polizei und Verfassungsschutz strikt einzuhalten. Der Auftrag des Verfassungsschutzes und seine Befugnisse sind gesetzlich klar geregelt, dabei sind die Rechte des Bürgers durch vielfältige Kontrollen gesichert. Der Verfassungsschutz ist ein Inlandsnachrichtendienst ohne exekutive Aufgaben oder Befugnisse. Ihm stehen keine polizeilichen Befugnisse zu: Seine Mitarbeiter dürfen weder Personen kontrollieren noch festnehmen, sie dürfen keine Wohnungen durchsuchen oder Unterlagen beschlagnahmen

Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist das Ministerium des Innern, in dem eine entsprechende Abteilung arbeitet. Sie ist in sieben Referate gegliedert (Zentrale Dienste, Rechts- und Grundsatzangelegenheiten; Verfassungsschutz durch Aufklärung; Auswertung politischer Extremismus; Beschaffung politischer Extremismus; Spionageabwehr; Geheim-schutz; Observation und nachrichtendienstliche Technik. Am 31. Dezember waren 93 der 101 im Haushalt vorgesehenen Planstellen besetzt. Die Personalkosten beliefen sich auf rund 6.210.800 DM. An Haushaltsmitteln standen 1.175.800 DM zur Verfügung, davon wurden 1.028.683,62 DM ausgegeben.

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz – BbgVerfSchG) vom 5. April 1993 hat die Verfassungsschutzbehörde im wesentlichen den Auftrag,

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht und
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden

zu beobachten.

Sie darf nur dann tätig werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine der genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten vorliegen.

Daneben wirkt die Verfassungsschutzbehörde auf Ersuchen zuständiger Stellen beim vorbeugenden personellen und materiellen Geheimschutz mit, d.h. bei Sicherheitsüberprüfungen von bestimmten Personen und technischen Sicherheitsmaßnahmen (§ 3 Abs. 2 BbgVerfSchG).

Wie werden die Informationen gewonnen?

Zur Erfüllung ihres Auftrags sammelt die Verfassungsschutzbehörde Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen und wertet sie aus (§ 3 Abs. 1 BbgVerfSchG). Der überwiegende Teil der Informationen wird aus offenen, jedermann zugänglichen Quellen gewonnen, d.h. Zeitungen und Zeitschriften, Flugblätter, Programme, Broschüren und sonstige Materialien, Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie elektronische Medien werden ausgewertet oder öffentliche Veranstaltungen besucht. Eine offene Informationserhebung ist jedoch nicht immer möglich oder effektiv. Dann können unter gesetzlich festgelegten Voraussetzungen sogenannte nachrichtendienstliche Mittel, (Einsatz von Vertrauensleuten, geheimen Informanten und verdeckten Ermittlern, Observation, Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen außerhalb des Schutzbereichs der Wohnung sowie Einsatz von Tarnpapieren und -kennzeichen) eingesetzt werden.

Da ihr Einsatz einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt, kommt ihre Anwendung immer erst dann in Betracht, wenn alle anderen Mittel der Informationsbeschaffung erschöpft sind.

Das Abhören und Aufzeichnen von Telefongesprächen und das Öffnen von Briefen ist besonderen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen und im Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz – G 10) und dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Land Brandenburg (G10AGBbg) vom 14. Dezember 1995 besonders geregelt. Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, dass eine sogenannte G 10-Maßnahme nur durchgeführt wird, wenn eine drohende Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes abgewehrt werden soll und wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte, schwerwiegende Straftaten, z.B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch- oder Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, vorliegen.

Die Telefon- und/oder Briefüberwachung kann nur durch den Minister des Innern angeordnet werden. Vor der Durchführung dieser Maßnahme muss die sogenannte G 10-Kommission, ein vom Landtag gewähltes, unabhängiges und Weisungen nicht unterworfenes Dreier-Gremium, noch über die Zulässigkeit und die Notwendigkeit der Beschränkung entscheiden.

Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde

Der Verfassungsschutz ist in seinem Handeln streng an seinen gesetzlichen Auftrag und an seine rechtlichen Befugnisse gebunden. Seine gesamte Tätigkeit unterliegt einer umfangreichen und vielseitigen Kontrolle:

- der allgemeinen parlamentarischen Kontrolle durch den Landtag,
- der besonderen parlamentarischen Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtags, die aufgrund ihres gesetzlichen Anspruchs von der Landesregierung umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie auf Verlangen auch über Einzelfälle unterrichtet wird (§§ 23, 25 BbgVerfSchG),
- der Kontrolle durch die G 10-Kommission bei Eingriffen in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (§ 3 G10AGBbg),
- der Kontrolle durch den Bürger, dem unentgeltlich Auskunft und ggf. Akteneinsicht über die zu seiner Person gespeicherten Daten sowie der Zweck und die Rechtsgrundlage ihrer Speicherung zusteht. Im Jahre 1999 sind 20 Auskunftersuchen bei der Verfassungsschutzbehörde eingegangen. Auskunftserteilung und Akteneinsicht dürfen nur dann versagt werden, wenn das öffentliche Interesse an der Geheimhaltung der Erkenntnisse sowie der nachrichtendienstlichen Arbeitsmethoden und Mittel der Verfassungsschutzbehörde gegenüber dem Interesse der Person überwiegt (§ 12 Abs. 1, 2 und 3 BbgVerfSchG),
- der gerichtlichen Kontrolle gegen Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde, sofern der Bürger geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein,
- der Kontrolle durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, der Zugang zu allen Unterlagen mit personenbezogenen Daten hat und der auf der Grundlage des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes sowie Datenschutzgesetzes die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung durch die Verfassungsschutzbehörde überprüft,
- der öffentlichen Kontrolle durch die Berichterstattung in den Medien.

Optimierung der Verfassungsschutzbehörde

Nach Abschluss der ersten Phase des Behördenaufbaus muss sich der Verfassungsschutz in Brandenburg, so das Ergebnis einer aktuellen Bestandsaufnahme, in einigen Aufgabebereichen reorganisieren, um seinen gesetzlichen Informationsauftrag effizient erfüllen zu können. Mit dieser Zielsetzung ist die Kompetenz des Verfassungsschutzes auf folgenden Gebieten kontinuierlich zu verbessern:

- Der Brandenburgische Verfassungsschutz muss in die Lage versetzt werden, anlass-, lage-, objekt- und personenbezogenen Beobachtungsschwerpunkte mit dem Ziel einer weitreichenden Aufklärungstiefe zu bilden. Dies schließt auch die Tätigkeit ein, bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit das gesamte Spektrum der im Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz bestimmten nachrichtendienstlichen Mittel einzusetzen, z. B. gegen die organisierten Formen des militanten Rechtsextremismus.
- Der Brandenburgische Verfassungsschutz wird über die breitenwirkungsorientierte Informationsarbeit (§ 5 BbgVerfSchG - Jahresberichte u. ä.) hinaus auch fachöffentlichkeitsorientierte Auswertungs- und Hintergrundberichte erstellen. Einen Schwerpunkt werden dabei die Evaluierung des Lagebildes des Verfassungsschutzes an Hand aktueller sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse mit dem Ziel der Gewinnung konkreter Präventionsansätze – insbesondere bei den Erscheinungsformen jugendlicher Militanz im rechtsextremistischen Spektrum – sein. Dabei sollen auch bereits existierende Ansätze einer Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Landes Brandenburg intensiviert werden. Ziel des fachorientierten Berichtswesens des Verfassungsschutzes ist es, seine Faktenbasis und Hintergrundkenntnisse möglichst umfassend in den Dienst der Präventionsaktivitäten der Landesregierung, insbesondere des Landespräventionsrates, zu stellen.
- Der Verfassungsschutz wird seine Organisation und Geschäftsprozesse unter weitgehender Partizipation der Mitarbeiter kontinuierlich optimieren (Best Practice Policy). Dabei wird er sich – auch mit dem Ziel kompatibler Organisations- und Führungsstrukturen im Rahmen der Zusammenarbeit – an den praktizierten Innovationsmodellen der brandenburgischen Polizei orientieren. Damit soll der Verfassungsschutz auch befähigt werden, in polizeirelevanten Sicherheitslagen seine Vorfelderkenntnisse mit dem Ziel der Prävention, aber auch der Aufklärung von Straftaten, noch frühzeitiger und präziser als bisher einzusetzen.

- Der Verfassungsschutz wird die Fähigkeit besitzen, sowohl im Rahmen der offenen als auch der verdeckten Informationsbeschaffung Mittel der modernen Informationstechnik offensiv einzusetzen. Damit wird dem sich in jüngster Zeit stark entwickelnden Trend bei Extremisten jeglicher Couleur, die neuen Medien (Internet u. ä.) für ihre Propagandazwecke und zur Kommunikation kreativ zu nutzen, wirksam begegnet.

POLITISCHER EXTREMISMUS

1. POLITISCH MOTIVIERTE GEWALT - ÜBERBLICK

Extremismus hat viele Gesichter. Eines der hässlichsten ist brutale Gewalt. Auch 1999 sind in Brandenburg wieder Menschen Opfer extremistisch motivierter Angriffe geworden. Eine verschwindend kleine Minderheit meist junger Gewalttäter verübt derartige verabscheuungswürdige und menschenverachtende Taten und fügt so dem Bild des Landes auch in der internationalen Öffentlichkeit erheblichen Schaden zu.

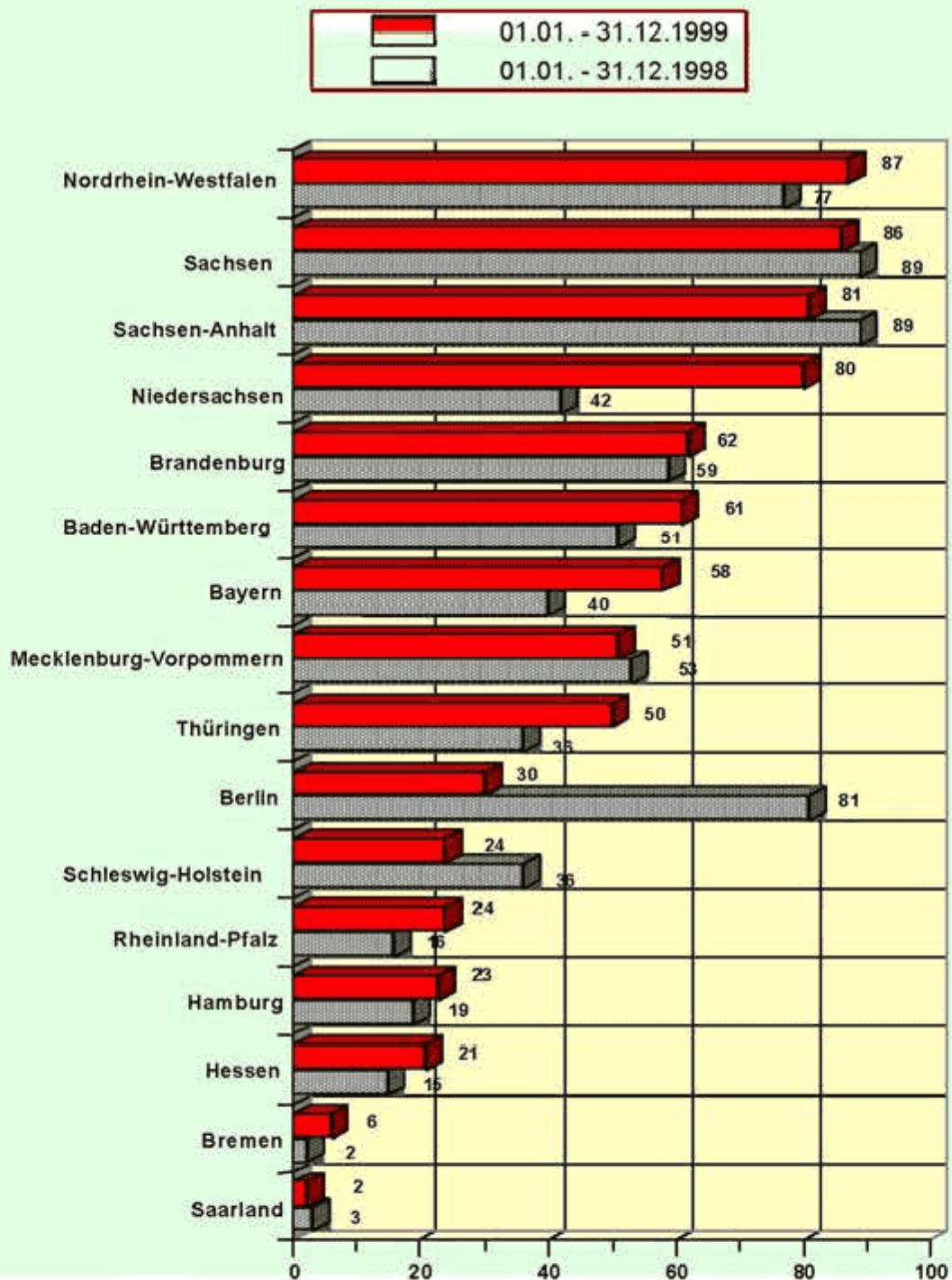
Die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs haben einen Anspruch darauf, dass der Staat alles unternimmt, um ihnen Schutz und Sicherheit auch vor politisch motivierter Gewaltkriminalität zu gewähren. Im Vorfeld strafrechtlicher Maßnahmen von Polizei und Justiz leistet hierzu der Verfassungsschutz seinen Beitrag. Mit seinen Erkenntnissen über demokratiegefährdende Aktivitäten informiert er die Landesregierung, andere zuständige Stellen und nicht zuletzt auch die Bürger über erkennbare oder versteckt vorhandene Risiken und Gefährdungen durch Verfassungsfeinde.

Die Zahlen der politisch motivierten Straftaten in Brandenburg haben sich im bundesweiten Vergleich wie folgt entwickelt: Das zivilisierte Zusammenleben in Brandenburg und damit auch das Ansehen des Landes leiden vor allem durch rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte. Deren Zahl ist gegenüber 1998 nahezu gleichgeblieben (Zunahme um drei Taten; vgl. Übersicht S. 13) und liegt damit deutlich unterhalb des statistischen Gipfels der Jahre 1996 und 1997. Rechnet man diese Taten auf je 100.000 Einwohner um, bleibt Brandenburg, wie schon 1998, im Mittelfeld der ostdeutschen Bundesländer. Diese sind insgesamt jedoch deutlich höher belastet als die Bundesländer in Westdeutschland (vgl. Übersicht S. 14).

Die absolute Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten hat sich in Brandenburg gegenüber 1998 zwar verdoppelt, ist aber dennoch vergleichsweise gering (vgl. Übersicht S. 15). Misst man sie an der Einwohnerzahl, liegt Brandenburg beim Ländervergleich auf einem Mittelplatz. Die Spitzenpositionen nehmen die drei Stadtstaaten – Berlin, Bremen, Hamburg – ein (vgl. Übersicht S. 16).

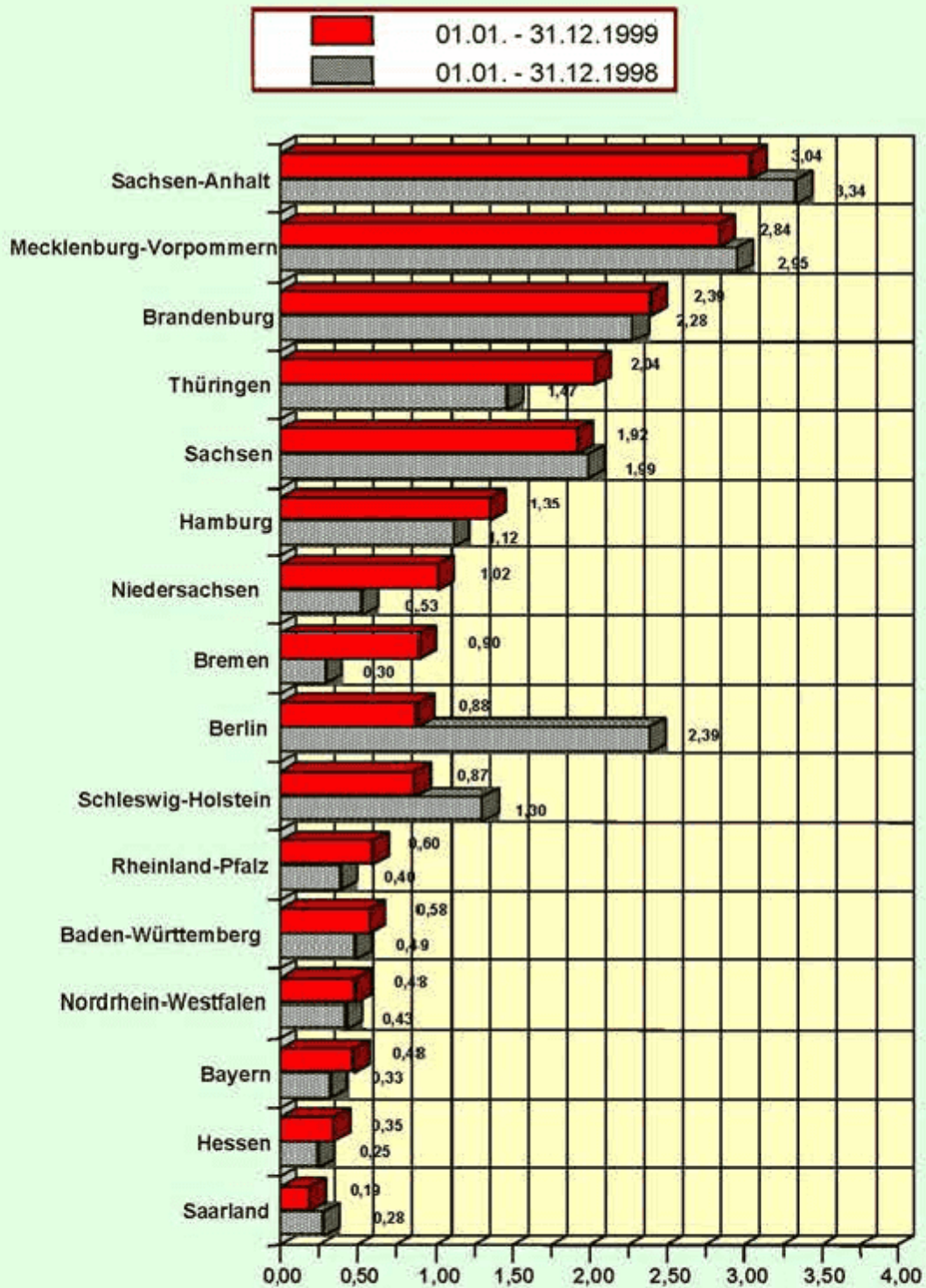
Bei den Gewalttaten mit ausländerextremistischem Hintergrund befindet sich Brandenburg, wie auch die anderen ostdeutschen Bundesländer, im unteren Teil der Länderreihe, da einschlägige Delikte nur ganz vereinzelt festzustellen waren (vgl. Übersicht S. 17).

**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem
rechtsextremistischem Hintergrund
in den Ländern**



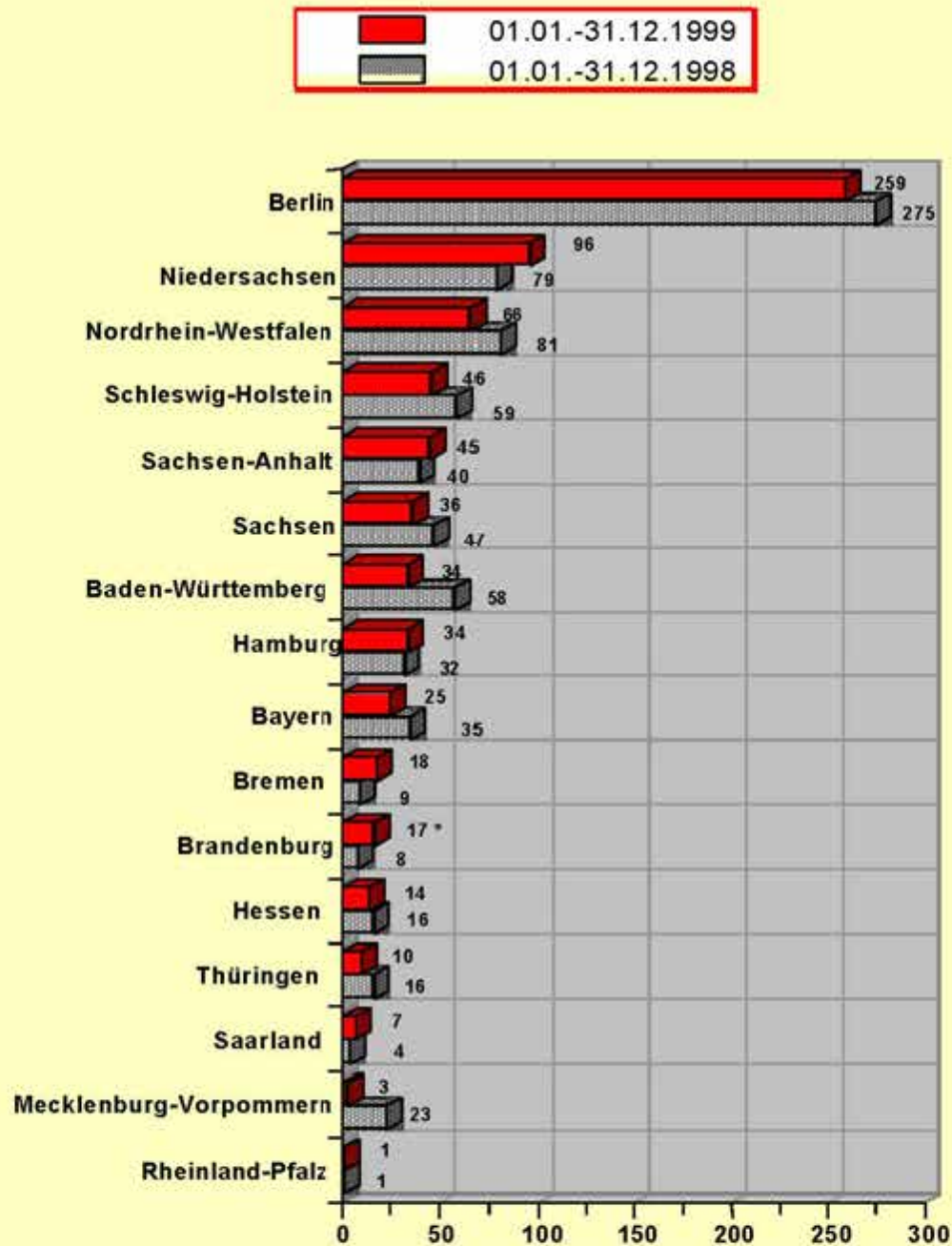
Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999 des Bundesministerium des Innern

**Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem
rechtsextremistischem Hintergrund
je 100.000 Einwohner in den Ländern**



Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999 des Bundesministerium des Innern

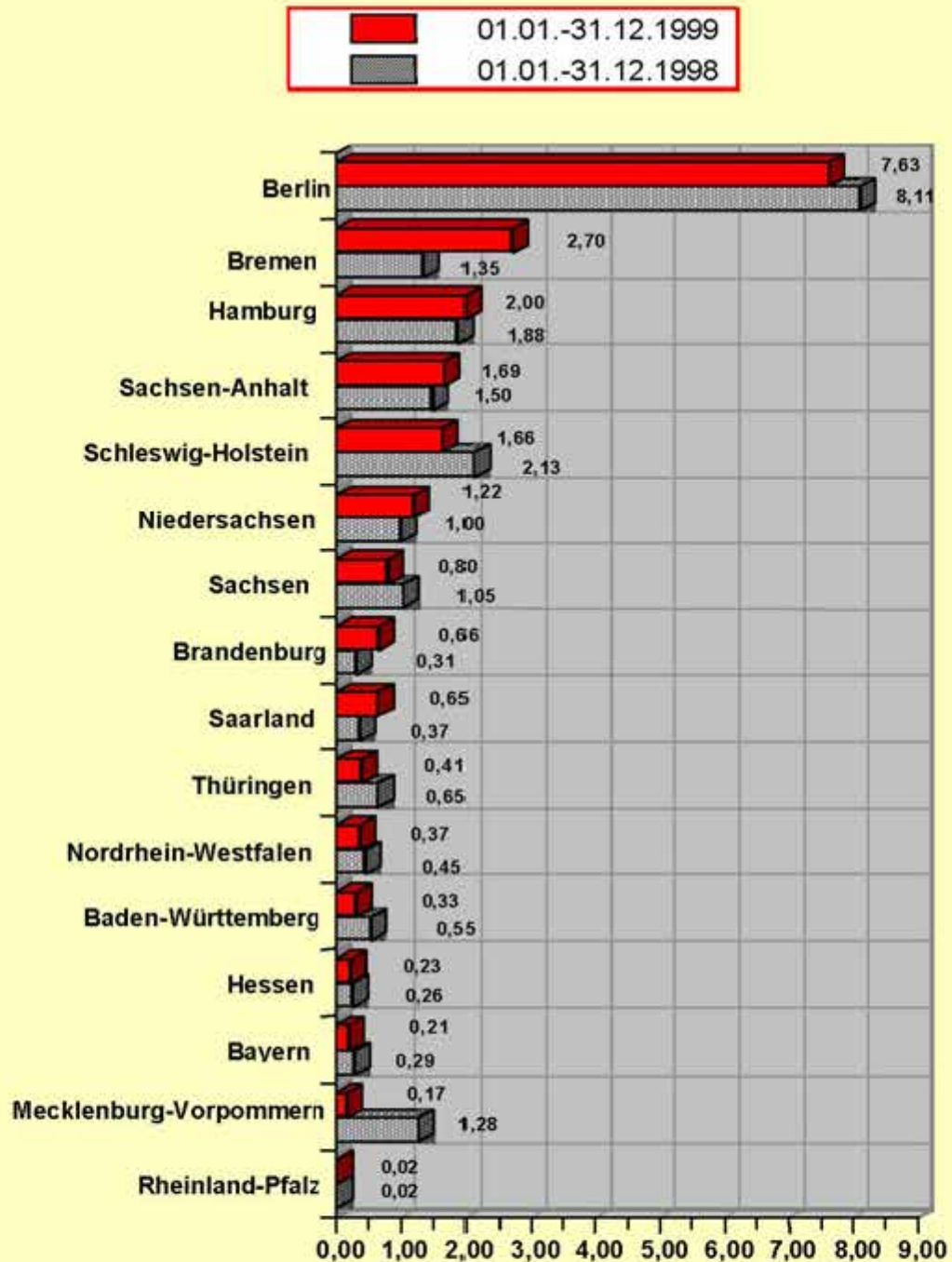
Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund *in den Ländern*



Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999 des Bundesministeriums des Innern

* Die-hier als maßgeblich genommene-Statistik des LKA Brandenburg weist 16 Delikte aus (vgl. S. 81)

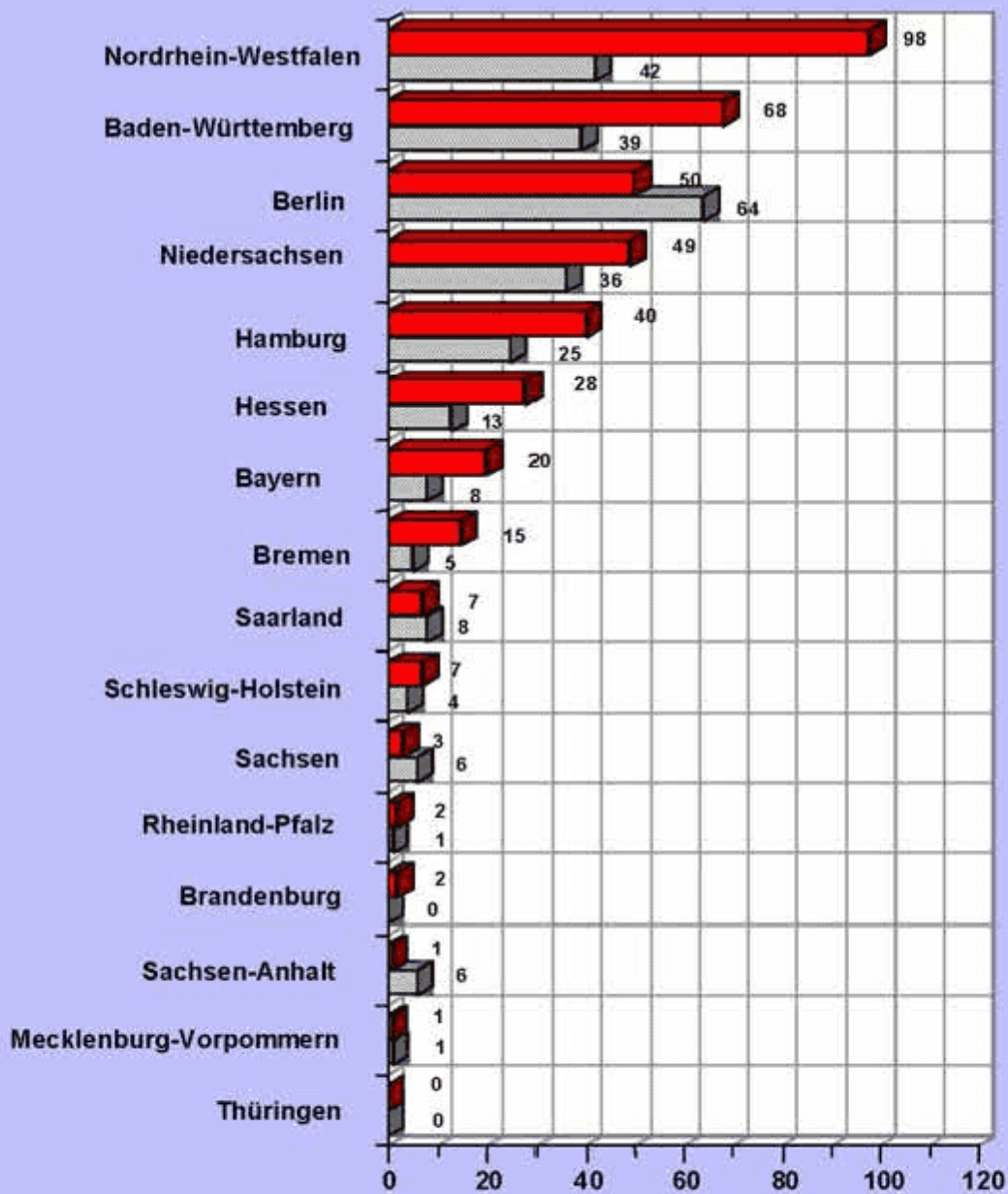
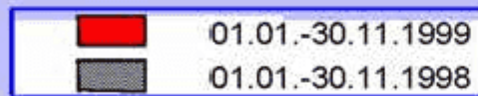
Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund *je 100.000 Einwohner in den Ländern*



Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999 des Bundesministerium des Innern

Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischem Hintergrund

^ in den Ländern



Quelle: Verfassungsschutzbericht 1999 des Bundesministerium des Innern

2. RECHTSEXTREMISMUS

Aktuelle Entwicklung

Ein Gradmesser für die Virulenz des Rechtsextremismus bleibt die Zahl der entsprechend motivierten Straftaten. Sie ist 1999 erneut zurückgegangen. Bundesweit wurden 10.037 (1998 noch 11.049) Straftaten mit rechtsextremistischem (darunter gegebenenfalls auch fremdenfeindlichem oder antisemitischem) Hintergrund registriert. Dieser Trend zeigte sich, in abgeschwächter Form, auch in Brandenburg, wo 288 (1998 noch 309) Straftaten zu verzeichnen waren.

Die Teilmenge der Gewaltstraftaten hat jedoch bundesweit zugenommen (746 nach 708 im Jahre 1998). Auch dieser Trend spiegelt sich in den Zahlen für das Land Brandenburg leicht abgeschwächt wieder: Hier wurden 71 (1998 noch 68) Gewaltstraftaten festgestellt. Nach wie vor gehört Brandenburg zu den Bundesländern, die mit rechtsextremistisch motivierten Gewaltdelikten am höchsten belastet sind (vgl. Übersichten S.13, 14).

Die Motivation insbesondere der Gewaltstraftaten hat sich in Brandenburg deutlich verlagert – weg von den rechtsextremistischen im engeren Sinne (also denen mit unmittelbar politischer Zielrichtung) hin zu den fremdenfeindlichen. Deren Zahl ist auf 62 (1998 noch 48) merklich angestiegen.

Rechtsextremistisch, insbesondere fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten sind in entsprechenden Einstellungsmustern verwurzelt, die weit über den relativ engen Kreis der Gewalttäter hinausreichen. Diese Einstellungsmuster sind nicht zu verwechseln mit politisch bestimmten Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes. Denn rechtsextremistische Auffassungen sind in unterschiedlicher Ausprägung, oft auch nur partiell, in Teilen der Bevölkerung verbreitet, ohne dass sie sich in jedem Falle zu zielgerichteten verfassungsfeindlichen Bestrebungen verdichten. Insbesondere ausländerfeindliche Ressentiments verbinden sich mit politischen Überzeugungen, die nicht von vornherein als rechtsextremistisch zu werten sind. Oft kommen dabei auf unreflektierte Weise nur massiv vorhandene soziale Ängste zum Ausdruck. Freilich bilden solche Einstellungen einen möglichen Ansatzpunkt oder Nährboden für tatsächlichen Rechtsextremismus.

Zu rechtsextremistischen Einstellungen gibt es wissenschaftlichen Umfragen, die das soziokulturelle Klima, in dem rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten gedeihen, genauer erkennen lassen. Allerdings liegen solchen Studien je eigene, oft auch wissenschaftlich kon-

trovers diskutierte, Begriffe von „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Gewalt“ zu Grunde, so dass sie nicht unmittelbar mit den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes vergleichbar sind. Gleichwohl geben sie auch den Verfassungsschutzbehörden wichtige Hinweise auf Hintergründe, vor denen sich die einschlägigen Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung abzeichnen.

Das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam hat in einer Langzeitstudie „rechtsextreme“ und „ausländerfeindliche Einstellungen“ sowie die „Gewaltbereitschaft“ unter brandenburgischen Kindern und Jugendlichen im Alter von 13-18 Jahren untersucht. Für das Jahr 1999 ergab sich dabei: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial stagnierte gegenüber dem bei der letzten Untersuchung im Jahr 1996 festgestellten. Runde drei Prozent der Befragten wiesen im hohen Ausmaß und weitere 17 Prozent tendenziell rechtsextreme Einstellungen auf. Hingegen waren ausländerfeindliche Einstellungen unter den Befragten 1999 weiter verbreitet als noch 1996. Nunmehr bekannten sich 11 Prozent im hohen Maße und weitere 24 Prozent der Tendenz nach zu ihren ausländerfeindlichen Einstellungen. Einzig bei der Jugendgewalt war ein geringfügiger Rückgang gegenüber 1996 zu verzeichnen. Allerdings wiesen die männlichen Jugendlichen stets höhere Werte auf als die weiblichen, die Auszubildenden zeigten sich im höheren Maße als andere Gleichaltrige gewaltbereit sowie rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellt.

Eine an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) durchgeführte repräsentative Umfrage zur „Kommunikation und wechselseitigen Wahrnehmung von deutschen und polnischen jungen Erwachsenen in Frankfurt (Oder) und Slubice“, die 1999 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat ergeben, dass junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 30 Jahren in Frankfurt (Oder) mehrheitlich ausländerfreundlich eingestellt sind. Allerdings schälte sich eine Gruppe von 12 Prozent „rechtsnationalistischer Ausländerfeinde“ heraus, bei denen ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit mit der Bejahung von Gewalt und der Bereitschaft zu politischen Aktivitäten einhergeht. Eine zweite problematische Gruppe ist die der „apolitischen Ausländerfeinde“. Sie umfasst 19 Prozent. Von der ersten Gruppe unterscheidet sie sich insbesondere dadurch, dass sie keine Gewaltbereitschaft zeigt.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigen zweierlei: Das Zerrbild eines mehrheitlich ausländerfeindlichen Brandenburgs ist falsch. Aber die für ausländerfeindliche Ressentiments empfängliche Minderheit im Lande ist, gerade unter jungen Leuten, erschreckend groß.

Ein Teil der von der zitierten Studie so genannten „rechtsnationalistischen Ausländerfeinde“ sammelt sich in informellen Cliques. Diese werden häufig von Skinheads dominiert. Nach

wie vor entfaltet die Subkultur der Skinheads ihre Anziehungskraft auf nachwachsende Jahrgänge. Auch in Brandenburgs Klein- und Mittelstädten breitet sich die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene weiter aus. Ihr militanter Kern ist 1999 von 550 auf 580 Personen gewachsen.

Bundesweit stieg die Zahl der rechtsextremistischen, meist subkulturell geprägten Gewalttäter noch deutlicher an: von 8300 auf 9000.

Typisch für diese Szene ist, dass man Spaß an harter Musik hat: sowohl an den groben, oftmals Gewalt verherrlichenden und rassistischen Texten als auch an deren musikalischer Verpackung. Die Inhalte und Impulse, die auf diesem Wege transportiert werden, entfalten eine mindestens unterschwellige Wirkung bei den Hörern: Oftmals prägen und verfestigen sie rechtsextremistische Einstellungen.

Skinheadkonzerte erfreuen sich in der Szene weiterhin großer Beliebtheit. Zwar wurden 1999 bundesweit etwas weniger einschlägige Konzerte (über 100) veranstaltet als im Vorjahr, die durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Konzert ist jedoch angestiegen – das liegt auch im Interesse der Veranstalter, da sie ihre Gewinne steigern können. Einen Rekordbesuch von rund 2 000 Personen hatte das Konzert in Isterbies (Sachsen-Anhalt) am 10. Juli.

Trotz vielfältiger Exekutivmaßnahmen floriert das Schwarzmarktgeschäft mit der Produktion und dem Vertrieb einschlägiger Tonträger. Um ihren Marktwert zu steigern, loten einige besonders harte Bands mit hetzerischen, menschenverachtenden Liedtexten auf Konzerten, zuweilen aber auch auf pseudonym veröffentlichten Tonträgern die Grenzen der rechtlichen Zulässigkeit immer wieder aus. Die Möglichkeit, sogenannte MP3-Dateien aus dem Internet herunterzuladen und auf CD zu brennen, setzt einen gut ausgestatteten Personalcomputer voraus und wird derzeit erst von wenigen Produzenten und Konsumenten rechtsextremistischer Musik genutzt.

Der Begriff „Kameradschaft“ ist in größeren Teilen der Jugend populär, folglich haben Jugendcliquen in etlichen Städten Brandenburgs diese Bezeichnung übernommen. Nicht in allen Fällen handelt es sich dabei jedoch um neonazistische Organisationen im eigentlichen Sinne.

Autonome Kameradschaften im neonazistischen Sinne wurden – nach den Verboten neonazistischer Vereinigungen Anfang bis Mitte der 90er Jahre – gegründet, um weniger Angriffsflächen für staatliche Verbotsmaßnahmen zu bieten. Der geringere Organisationsgrad sollte durch eine informationelle Vernetzung der lokalen Kameradschaften, unter Nutzung

moderner Kommunikationsmittel, kompensiert werden. So hoffte man, zu bestimmten größeren Aktionen trotz alledem größere Anhängerscharen auf die Straße bringen zu können.

Dieses Konzept hat bislang nur begrenzten Erfolg. Denn insgesamt haben die Organisationskraft und die Kampagnenfähigkeit der Neonazis in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Dass sie – abgesehen von kleineren dezentralen symbolischen Aktionen – nicht zu eigenständigen Aufmärschen zu mobilisieren vermögen, zeigte sich 1999 insbesondere zu den „Rudolf-Heß-Gedenktagen“ und zum sogenannten „Heldengedenktag“.

Immer häufiger koppeln sich neonazistische Gruppen deshalb an Aktionen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) an. Viele Neonazis sind sogar als Vollmitglieder in die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) eingetreten. Einerseits hoffen sie, ihre Aktivitäten unter dem Schutz des Parteienprivilegs fortsetzen zu können, andererseits versuchen Neonazis in und außerhalb der NPD, diese zu beeinflussen bzw. gar zu unterwandern. Das ist ihnen in Brandenburg, wo die Mitglieder der NPD oft noch jung und unerfahren sind und die Parteistrukturen im Gegensatz zu den Landesverbänden der alten Bundesländer weniger verkrustet sind, teilweise gelungen.

Einige der fortbestehenden neonazistischen Gruppierungen widmen sich spezifischen inhaltlichen Schwerpunkten: Die „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) ist bundesweit die mitgliederstärkste neonazistische Vereinigung; in Brandenburg hat sie wieder einige Neumitglieder gewonnen. Das Engagement der HNG-Angehörigen trägt dazu bei, dass Straftäter die Haft zur weltanschaulichen Weiterbildung nutzen, so dass sie nach der Entlassung häufig fester im Rechtsextremismus verankert sind als zuvor.

Nach außen hin knüpft die „Wanderjugend Gíbor“ (WJG) in Opposition zur großstädtischen „Techno“-Kultur an die Tradition der Singe- und Wanderbewegung der 20er Jahre an; tatsächlich zielt sie darauf ab, Jugendliche auf diese Weise an die neonazistische Weltanschauung heranzuführen.

Der neugegründete „Kampfbund deutscher Sozialisten“ (KDS) versucht ein völkisches, antikapitalistisches Kampfbündnis von Neonazis und Linksextremisten zu schmieden. Interessenten für derartige ideologische Brückenschläge sind jedoch rar.

Im Berlin-Brandenburger Raum agieren das neonazistische „Nationale Info-Telefon (NIT) Preußen“ und das monatlich sein Programm ausstrahlende „Radio Germania“, dessen Betreiber jedoch am 21. Dezember die weitere Nutzung des „Offenen Kanals Berlin“ unbefristet untersagt wurde.

Anti-Antifa-Aktivitäten von Neonazis blieben auch 1999 nicht aus. Dabei handelt es sich um Versuche, missliebige Personen – tatsächliche oder vermeintliche Linksextremisten, Parlamentarier, Richter, Juden, engagierte Christen, usw. – auszuspähen, deren persönliche Daten in „schwarzen Listen“ zu verbreiten und sie auf diese Weise vor allem psychisch zu terrorisieren.

Die Anschläge auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, am 19. Dezember 1998 sowie auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Saarbrücken am 9. März konnten bislang nicht aufgeklärt werden. Sie erreichten jedoch nicht eine rechtsterroristische Qualität im Sinne einer viel beschworenen „Braunen Armee Fraktion“. Allerdings wird aktuell in neonazistischen Publikationen eine Strategiedebatte darüber geführt, in der auch ein Abtauchen in den Untergrund und die Aufnahme des bewaffneten politischen Kampfes thematisiert werden. Zur Umsetzung fehlen jedoch weiterhin logistisches und technisches Know-how, vor allem aber das erforderliche Unterstützerumfeld.

Zur Europawahl am 13. Juni traten die drei rechtsextremistischen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU), „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und „Die Republikaner“ an; alle blieben chancenlos.

Hingegen hat die Wahl zum Brandenburgischen Landtag am 5. September erstmals einer rechtsextremistischen Partei den Weg in das Landesparlament geöffnet: Die DVU übersprang die Sperrklausel knapp und bildet mit fünf Abgeordneten eine Parlamentsfraktion. Damit ist die DVU nunmehr in drei deutschen Landesparlamenten vertreten.

Dem Wahlerfolg der DVU in Brandenburg ging eine strategische Absprache mit den „Republikanern“ voraus. Beide Parteien einigten sich darauf, in Berlin und Brandenburg nicht gegeneinander anzutreten – Berlin sollte den „Republikanern“, Brandenburg der DVU überlassen werden. Danach stürzte sich die DVU in eine millionenschwere Wahlschlacht um Brandenburg.

Dank ihrem Wahlerfolg verdoppelte die DVU in Brandenburg ihre Mitgliederzahl auf inzwischen etwa 400.

Die aktivste und am straffsten organisierte rechtsextremistische Partei ist jedoch nach wie vor die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) – und das nicht nur in Brandenburg.

Der NPD-Bezirksverband Brandenburg, eine Teilgliederung des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg, hat einen noch anhaltenden Mitgliederzuwachs auf nunmehr

rund 200 Personen zu verzeichnen. Dazu zählen zu einem nicht geringem Teil Personen aus der Neonazi- und rechtsextremistischen Skinheadszene.

Bundesweit stagnierte indessen die Mitgliederentwicklung. Dies deutet darauf hin, dass „der dritte Frühling“ der NPD – die dritte Aufschwungphase seit ihrer Gründung – seinem Ende entgegen geht.

Die NPD konnte ihre in vorangegangenen Jahren stark angewachsene Anhängerschaft nicht umfassend mobilisieren. An ihrer Demonstration gegen die doppelte Staatsbürgerschaft am 27. Februar in Magdeburg beteiligten sich nur 800 Personen; lediglich 700 waren es am 10. Juli in Hamburg, als die NDP-Studentenorganisation „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ zu einer Protestdemonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ aufgerufen hatte. Andere Themen – „Nationale Präferenz“ bei der Verteilung von Arbeit und soziale Sicherheit oder der „Kosovo-Krieg“ – brachten der Partei ebenfalls nicht den erhofften Mobilisierungsschub.

Auch in Brandenburg wollte die NPD mit mehreren Demonstrationen und Kundgebungen die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Damit hoffte sie ihr finanzielles Handicap im brandenburgischen Wahlkampf wettzumachen. Das Ziel, durch Überschreiten der Ein-Prozent-Marke in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung zu kommen, verfehlte sie jedoch.

Die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), wurde 1999 durch interne Rivalitäten gebeutelt: Nach einem personellen Wechsel in der Führung spalteten sich mehrere Landesverbände ab. Derzeit sind die JN mit der Reorganisation ihrer Strukturen beschäftigt. Ihren Führungsanspruch als „Speerspitze“ der Partei haben sie eingebüßt. In Brandenburg, wo die Organisation mehrere Jahre darniederlag, gab es 1999 erste Anzeichen für einen Neuanfang.

„Die Republikaner“ (REP) stecken bundesweit in einer tiefen Krise. Ihr letzter Wahlerfolg datiert aus dem Jahre 1996. Seit dem Wiedereinzug in den Landtag von Baden-Württemberg hatte die Partei eine lange Kette von Wahlniederlagen zu verkraften, die die Autorität des Parteivorsitzenden unterminierten. Zusätzlich wuchsen Zweifel an der Richtigkeit seiner Strategie, sich gegen andere extremistische Parteien abzugrenzen, zumal da sie – wie die Wahlabsprachen mit der DVU zeigen – nicht konsequent durchgehalten wird. Der Verzicht auf die Teilnahme an der Landtagswahl in Brandenburg hat den Landesverband in Inaktivität verharren lassen. Infolgedessen verlor er einen beträchtlichen Teil seiner Mitglieder; nun sind es noch etwa 240.

Die gesellschaftliche und politische Ausgrenzung des organisierten Rechtsextremismus und seine anhaltende Erfolglosigkeit haben rechtsextremistische Intellektuelle zu der Auffassung geführt, man müsse sich auf die politische Machtübernahme vorbereiten, indem man zunächst die kulturelle Hoheit anstrebt. Eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus im Sinne der „Neuen Rechten“ ist jedenfalls in Brandenburg nicht einmal in Ansätzen zu beobachten – dazu fehlt es an geeigneten Köpfen. Gleiches gilt für den „Revisionismus“. In Brandenburg werden nur vereinzelt entsprechende Publikationen konsumiert.

Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene

Gewalttäter, die Fremde oder andere ihnen politisch missliebige Personen angreifen, gehören häufig Jugendcliquen an, in denen ein rechtsextremistischer Gruppenkonsens vorherrscht. Ein solcher Gruppenkonsens ist keine ausgearbeitete geschlossene Weltanschauung. Er besteht vielmehr aus überkommenen, zuweilen auch widersprüchlichen weltanschaulichen Versatzstücken, mit deren Hilfe „der Feind“ bestimmt und letztlich die eigene Identität gesucht wird. Solche Jugendcliquen verstehen sich zwar häufig selbst als politisch, haben aber selten eine originär politische Zielsetzung. Militante Aktionen mit quasi-politischer Begründung dienen häufig eher dem Versuch, den – wegen hoher Fluktuation der Mitgliedschaft stets gefährdeten – inneren Zusammenhalt der Clique und die eigene Rolle in ihr immer wieder auf das Neue zu sichern. Dabei handelt es sich meist um spontane Gewaltausbrüche, die aus beliebigen, nichtigen Anlässen erwachsen und eskalieren, zumal wenn die ohnedies schon niedrigen Hemmschwellen vom Alkohol überspült werden.

Aber selbst wenn der politisch-extremistische Gehalt nur sekundär – als Rationalisierung, Rechtfertigung oder ideologische Überhöhung – zur Tat hinzutritt, wird er dennoch objektiv zu dessen charakteristischem Bestandteil. Denn der ursprüngliche Antrieb zur Tat und ihre nachträgliche Begründung verschmelzen miteinander zu einem dauerhaften Verhaltens- und Einstellungsmuster. Nicht nur die Opfer und die Öffentlichkeit, sondern auch die Täter selbst deuten ihre Gewalttaten als Ausdruck einer politischen Gesinnung.

Die meist männlichen Schläger sind zu etwa 75 Prozent Jugendliche und Heranwachsende, zu über 20 Prozent (in der Regel sehr junge) Erwachsene. Ihr Bildungsniveau ist meist unterdurchschnittlich, manche besitzen nicht einmal einen Schulabschluss. Oft kommen die rechtsextremistischen Gewalttäter aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten und zerrütteten Familienverhältnissen. In der Mehrzahl sind sie Facharbeiter, Auszubildende oder Schüler. Der Anteil der Arbeitslosen unter ihnen ist nur unbedeutend höher als in der

Gesamtbevölkerung. Nicht selten sind die Täter schon zuvor durch allgemeinkriminelle Delikte auffällig geworden. Nur wenige gehören rechtsextremistischen Organisationen an.

Jugendcliquen, denen sich solche Schläger zugehörig fühlen, existieren in vielen Städten Brandenburgs – beispielsweise in Angermünde, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Guben, Hennigsdorf, Königs Wusterhausen, Neuruppin, Potsdam, Prenzlau, Rathenow.

Viele dieser Jugendcliquen erhalten ihre Prägung durch die Skinhead-Subkultur. Zwar sieht nicht jeder, der sich als Skinhead fühlt, wie ein Skinhead aus. Andererseits ist die Skinhead-Bewegung weder ihrem Ursprung nach noch in ihrer Gesamtheit als rechtsextremistisch zu charakterisieren. Die platte Gleichsetzung „jugendliche Glatze = Rechtsextremist“ geht an der sehr viel bunteren Wirklichkeit vorbei. Denn für viele Jugendliche, gerade in den ostdeutschen Bundesländern, sind die Äußerlichkeiten, die zum Skinhead“kult“ gehören, inzwischen zu einem Modetrend geworden, dem sie sich unterwerfen, ohne damit in jedem Falle eine politische Gesinnung ausdrücken zu wollen.

Aber richtig bleibt dennoch: In gewaltbereiten Skinhead-Cliquen beherrschen weithin Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus die kahlen Köpfe.

Den Einstieg in diese Szene finden viele durch den Konsum rechtsextremistischer Skinhead-Musik. Haben sie daran Gefallen gefunden, sammeln sie Tonträger einschlägiger Bands und nehmen oft lange Anfahrtswege in Kauf, um an Skinhead-Konzerten im In- und Ausland teilzunehmen. Englischsprachige „Kultbands“ gastieren auf solchen Konzerten ebenso wie Bands etwa aus Skandinavien, Tschechien oder Ungarn und treten gemeinsam mit deutschen Bands auf. Allerdings können die Fans nie wissen, ob ein Konzert nicht doch von der Polizei verboten oder aufgelöst wird, weil mindestens Propagandadelikte zu befürchten sind oder im Konzertverlauf tatsächlich begangen werden. Den Konzertveranstaltern winken jedoch lukrative Gewinne. In der Szene werden beim Einsatz von Bands mit internationalem Renommee Gewinnerwartungen von bis zu 30.000 DM artikuliert. Daher werden die Konzerte, um sie vor der Auflösung durch die Polizei zu schützen, häufig als Geburtstagsfeier oder ähnliches getarnt und unter konspirativen Umständen organisiert.

Die Konzerte wecken in den Besuchern das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der gemeinsamen Teilhabe an einer krassen Gegenkultur. Im Verlauf einer Veranstaltung werden häufig besonders aufreizende Textstücke – die Gewalt verherrlichen, brutale Menschenverachtung provokant ausstellen und nicht selten Bekenntnisse zum Nationalsozialismus einschließen –

abwechselnd von Band und Publikum gesungen, gemeinsam zeigt man den „Hitlergruß“ oder schwenkt Fahnen wie die Reichskriegsflagge oder Banner von Skinhead-Bewegungen.

In Brandenburg indes fanden auch 1999 kaum Konzerte statt. Denn hier nutzen Polizei und Ordnungsbehörden rigoros alle rechtlichen Mittel, um solche Konzerte zu verhindern. Daher erscheint den Konzertveranstaltern das unternehmerische Risiko als zu hoch. Am 20. März wurde in Erkner ein Skinhead-Konzert mit ca. 200 Personen aus Berlin und Brandenburg von der Polizei durch Platzverweis abgebrochen.

Staatlicher Druck durch Exekutivmaßnahmen hat dazu beigetragen, dass einige rechts-extremistische Bands ihre Texte auf Verfassungskonformität überprüfen lassen und bei Auftritten zurückhaltender agieren.

Andere Bands versuchen sich den staatlichen Präventionsmaßnahmen durch gesteigerte Konspiration zu entziehen. Sie finden ihren Markt durch besonders „harte“ Texte. Ein krasses Beispiel dafür ist die CD „Die Härte – !Vorsicht! – National Deutsche Welle“. Sie enthält äußerst volksverhetzende, fremdenfeindliche, antisemitische und Gewalt verherrlichende Texte, die auf Melodien von deutschsprachigen Popsongs der „Neuen Deutschen Welle“ der 80er Jahre gesungen werden, z. B. ein Text, der noch vor dem Tod von Ignatz Bubis entstand, auf die Melodie von „Am Tag, als Conny Cramer starb“.

In Brandenburg gelten u. a. folgende Skinheadbands als rechtsextremistisch: „Proissenheads“ (Potsdam), „Volkstroï“ (Fürstenwalde), „Frontalkraft“ (Spremberg), „Senfheads“ (Senftenberg), „Sturm und Drang“ (Spremberg).

Die CD „Euer Hass ist unsere Kraft“ der Band „Volkstroï“ wurde im Mai 1999 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert.

Auf eine Wiedergabe der entsprechenden abstoßenden Texte wird hier bewusst verzichtet.

Da Produktion und Vertrieb von Tonträgern mit rechtsextremistischen Texten in Deutschland strafrechtlich schärfer verfolgt werden als in anderen Staaten, nutzen Skinhead-Aktivisten ihre intensiven internationalen Kontakte, um unter konspirativen Umständen CDs aus dem Ausland illegal einzuführen. Diese ausschließlich unter der Hand gehandelten Tonträger finden dennoch dank der einfachen, vielen Jugendlichen zur Verfügung stehenden Kopiermöglichkeiten schnelle Verbreitung.

Über Fanzines (aus: „fan“ und „magazine“) werden vor allem Nachrichten aus der Musikszene verbreitet. Diese Kleinschriften, in der Regel von einzelnen Skinheads oder kleineren Gruppen hergestellt und vertrieben, werden mittlerweile fast ausschließlich per Computer

angefertigt. Sie enthalten Fotos von zumeist ansprechender Qualität und oft zumindest farbige Umschläge. Ihre Titel sind überwiegend martialisch oder appellieren zumindest unterschwellig an die Faszination der Gewalt. Nicht wenige Hefte kombinieren Musiknachrichten mit offen neonazistischer Propaganda. So heißt es in „Proissenpower“, Nr. 8, schon auf dem Titelblatt: „Am Freitag, dem 13.08.99 (von wegen Unglückstag), folgte Oberjude Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, seinen 6 Millionen Artgenossen in die Hölle.“ In Textbeiträgen der gleichen Ausgabe wird der Holocaust gezeugnet, antisemitische Ausfälle („Judenwitze“) reihen sich an. Aussteigern aus der Szene wird unverhohlenen Gewalt angedroht: „Im übrigen ist bei Spitzeln, Spaltern und Provokateuren das Standrecht anzuwenden und das Todesurteil zu vollstrecken!“.

Der Markt für Tonträger mit Skinheadmusik wächst. Mit skinheadtypischen Kleidungsstücken lassen sich – wie mit Konzerten – stattliche Gewinne erzielen. Deshalb werden zwischen den rivalisierenden Skinhead-Organisationen auch aus kommerziellen Gründen immer wieder Konkurrenzkämpfe ausgetragen. Intern kommt es ebenfalls häufig zu Auseinandersetzungen wegen finanzieller Fragen.

Skinhead-Organisationen, die größere Konzerte vorbereiten und darüber gelegentlich in Streit geraten, sind die „Hammerskins“ und „Blood & Honour“ („Blut und Ehre“). Sie haben sich bereits vor einigen Jahren, zunächst im Ausland, aus Teilen der Skinhead-Bewegung gebildet. Sie untergliedern sich in nationale „Divisionen“ und regionale „Sektionen“.

Auf einem „Blood & Honour“-Deutschlandtreffen Ende des Jahres in Sachsen wurde ein neues Statut verabschiedet, das eine organisatorische Straffung der Organisation in Deutschland nach dem Führer-Gefolgschaftsprinzip vorsieht. Schon in der Vergangenheit war es innerhalb der „Division Deutschland“ infolge diverser Differenzen zu Ausschlüssen und Abspaltungen gekommen. Das neue Statut wird vermutlich ebenfalls nicht ohne Widerspruch hingenommen werden.

In Brandenburg gibt es Mitglieder von „Blood & Honour“, die Kontakte vor allem zu der besonders aktiven Sektion in Berlin und nach Sachsen unterhalten. Aber auch Verbindungen ins Ausland werden gepflegt. Für die Ende 1997 gegründete Organisation „White Youth Germany“ besteht ebenfalls Interesse. Dieser nationale Zusammenschluss soll junge Skinheads an „Blood & Honour“ heranführen.

Weibliche Angehörige der Skinhead-Szene organisieren sich mitunter in dem seit Anfang der 90er Jahre existierenden „Skingirl-Freundeskreis Deutschland“ (SFD).

Vom 5. bis 7. November fand ein groß angelegtes Treffen des SFD in Prieros statt. Aus dem gesamten Bundesgebiet und Österreich waren etwa 60 Teilnehmerinnen – teilweise mit Kindern – angereist. Sie besuchten die ehemalige Bunkeranlage der deutschen Wehrmacht bei Zossen-Wünsdorf und ein in der Nähe gelegenes Ehrenmal für die im Krieg gefallenen deutschen Soldaten. Eine Lesung mit anschließender Diskussion verdeutlichte die ideologische Ausrichtung des SFD: Sie entspricht weitgehend dem Frauenbild des Nationalsozialismus.

Die Haltung rechtsextremistischer Parteien und neonazistischer Vereine zur Skinhead-Szene ist ambivalent.

Einerseits werden Skinheads als potenzielle Mitdemonstranten oder gar Mitglieder umworben. So wurden Mitglieder von „Blood & Honour“, darunter auch Personen aus Brandenburg, für eine NPD-Demonstration am 10. April in Berlin zu den Themen „doppelte Staatsbürgerschaft“ und „Verrat am deutschen Volk“ gewonnen.

Andererseits fühlen sich insbesondere ältere Rechtsextremisten häufig von der ihnen fremden Jugendsubkultur der Skinheads abgestoßen; sie argwöhnen, dass deren martialisches Auftreten dem Anliegen, die eigene Organisation als Musterbild der „ordentlichen Deutschen“ zu präsentieren, schaden werde.

Umgekehrt sträuben sich Skinheads häufig gegen Instrumentalisierungsversuche durch Neonazis und andere Rechtsextremisten. Ihr Lebensgefühl steht einer Vereinnahmung und Unterordnung unter eine Organisationsdisziplin entgegen. Neonazistische Aktivisten stoßen in der Skinheadszenen deshalb meistens nur dann auf Interesse, wenn sie Skinhead-Konzerte organisieren, Skinheadmusik – auch indizierte Tonträger – vertreiben oder „Fanzines“ herausgeben.

Dem Skinheads wollen vor allem eins: „Spaß“. Aber wenn Texte ihrer Lieblingsbands neonazistische Ideologiefragmente, verpackt in schnelle, harte Rhythmen, transportieren und zu Menschenhass und Gewaltverherrlichung anstacheln, können ihre Botschaften unterschwellig verheerende Wirkungen auslösen: „Spaß“ finden die derart vollgedröhnten jungen Leute nun auch selber an Gewalt – nicht nur in Worten, sondern auch in der brutalen Tat.

Da die meisten Gewalttaten spontan und in alkoholisiertem Zustand begangen werden, sind sie nicht konkret vorhersehbar. Allerdings schälen sich, statistisch gesehen, bestimmte Opfergruppen als häufige Ziele solcher Gewalttaten heraus. Sie entsprechen den typischen Feindbildern rechtsextremistisch orientierter Jugenddelinquenten.

Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten wurden in Brandenburg 1999 zuerst

Ausländer bzw. Menschen, die dafür gehalten wurden, dann Umsiedler, die in den Augen der Gewalttäter Ausländern gleichzustellen sind, und schließlich „Linke“.

Die Gesamtzahl aller rechtsextremistisch motivierten Delikte in Brandenburg ist 1999 zurückgegangen. Das erklärt sich vor allem aus der Abnahme der Propagandadelikte. Hingegen gilt diese erfreuliche Tendenz nicht für die Teilmenge der einschlägigen Gewalttaten: sie hat sich leicht erhöht. Wenn man diese Gewalttaten weiter auffächert, fällt auf, dass der Anteil der fremdenfeindlich motivierten Delikte deutlich gewachsen ist.

Meist werden die Opfer aus Gruppen heraus attackiert, seltener von Einzeltätern. Die letzteren sind im Durchschnitt etwas älter als die Gruppentäter und fast immer stark alkoholisiert.

Die Tätergruppen bilden sich in der Regel aus Angehörigen der örtlichen rechtsextremistisch orientierten Szene. Angehörige fremder Cliques beteiligen sich nur selten an gemeinsamen Aktionen. Größeren Gruppen gehören häufig auch sehr junge Täter an. Oft wollen gerade sie sich durch besondere Brutalität Anerkennung in der Clique verschaffen. Die überzeugten Rechtsextremisten schlagen seltener zu, und wenn, dann aus Kalkül.

Typische Tatorte sind öffentliche Straßen und Plätze, Imbissstände, Gaststätten, Diskotheken sowie Jugendclubs, seltener Unterkünfte von Asylbewerbern oder ausländischen Arbeitern. Häufig sind die Tatorte mit den gewöhnlichen Treffpunkten der Jugendcliques identisch.

Überproportional viele dieser Gewalthandlungen finden an Wochenenden und im Schutze der Dunkelheit statt. Aber auch an heißen Sommertagen genügen selbst banalste Anlässe, verbale Auseinandersetzungen oder Rempelen, um eine verheerende Gewaltspirale auszulösen:

Am 10. Juni fuhr eine Gruppe von 19 Personen, darunter elf Afrikaner, mit der Straßenbahnlinie 4 in das Stadtzentrum von Cottbus, um das Stadtfest zu besuchen. An der Haltestelle „Gelsenkirchener Allee“ stiegen etwa 20 größtenteils jugendliche Personen zu und riefen Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ sowie „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“. Die Afrikaner wurden als „Nigger“ beschimpft. Schließlich schlugen die Täter auf ihre Opfer ein und traten sie. Drei Asylbewerber aus Kenia und eine Deutsche wurden verletzt. Gegen die Tatverdächtigen wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Vor der Diskothek „Dance Club“ in Guben kam es am 13. Februar zu einem handfesten Streit zwischen einheimischen und fremden Besuchern. In Windeseile verbreitete sich das Gerücht, ein Deutscher sei mit einer Machete aufgeschlitzt worden, was sich später als falsch herausstellte. Daraufhin riefen die deutschen Jugendlichen per Handy „Kameraden“ aus der Szene als Verstärkung herbei. Die Gruppe machte sich mit ihren Fahrzeugen auf die Suche nach einem Farbigen

mit einer Machete, um ihn „zur Rede zu stellen“, sprich: um Selbstjustiz zu üben. Dabei trafen sie auf drei an der vorausgegangenen Auseinandersetzung unbeteiligte Asylbewerber und eröffneten die Jagd unter Rufen wie „Da sind die Kanaken!“, „Haut ab!“, „Wir haben Euch was mitgebracht: Hass, Hass Hass!“. Offenbar in panischer Angst vor seinen Verfolgern sprang ein algerischer Asylbewerber durch die verschlossene Glastür eines Hauseingangs, um sich in Sicherheit zu bringen. Dabei zog er sich eine derart schwere Schnittverletzung zu, dass er nach wenigen Minuten verblutete.

Gegen elf Tatverdächtige hat die Staatsanwaltschaft Cottbus am 20. April vor dem Landgericht Anklage erhoben. Das strafgerichtliche Verfahren dauert noch an.

Eine besonders verwerfliche Form rechtsextremistischer Gewalt stellen Brandanschläge dar. Dabei wird billigend in Kauf genommen, dass Menschen qualvoll verbrennen. Der Intention nach sind diese Anschläge jedoch gegen die wirtschaftliche Lebensgrundlage hier lebender Ausländer gerichtet. Die Präsenz insbesondere von Döner- und ähnlichen Imbissständen selbst in kleineren Orten signalisiert unübersehbar, dass auch in Brandenburg das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft allmählich zur Normalität wird. Doch von Fremdenfeinden wird Türken und Kurden der unternehmerische Erfolg missgönnt. Deshalb sollen sie gezwungen werden, „zu verschwinden“.

Am 20. Februar 1999 fuhren zwei Vermummte mit einem Motorrad vor einen Dönerimbiss in Wittstock. Der Beifahrer stieg kurz ab, um einen Brandkörper durch die offene Tür zu werfen. Gerade noch konnten der kurdische Angestellte und zwei Kinder das Haus verlassen, bevor es in Flammen aufging. Schon ein Jahr zuvor war das Imbissgeschäft Ziel eines fremdenfeindlich motivierten Brandanschlags gewesen. Die Polizei verdächtigte vier Schüler im Alter von 16 und 17 Jahren der Tat. Zwei von ihnen hatten einem Dritten 100 DM versprochen, wenn er den Brandanschlag als „Mutprobe“ ausführe. Die beiden Haupttäter wurden zu dreieinhalb bzw. zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, dabei wurde ihre fremdenfeindliche Tatmotivation als strafscharfend berücksichtigt. Ein weiterer Täter erhielt eine Bewährungsstrafe, der vierte Angeklagte wurde freigesprochen.

Angehörige der Skinhead-Szene bestreiten Umsiedlern aus den GUS-Staaten häufig ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland und bezeichnen sie abschätzig als „Russen“. Sie beleidigen sie und greifen sie tätlich an.

Fünf junge Russlanddeutsche wollten am 13. November in Rathenow eine Diskothek besuchen. Zwei von ihnen sahen sich zunächst im „Dance House“ um, dabei wurden sie von einigen

Skinheads mit den Worten: „Das ist unser Land“ zum Verlassen der Diskothek aufgefordert. Draußen auf dem Parkplatz erschienen etwa zehn bis 15 Skinheads, warfen mit Steinen und Flaschen nach ihnen und schlugen einem der Aussiedler mit einem Metallrohr auf den Kopf. Bislang konnten Tatverdächtige nicht ermittelt werden.

Zu derartigen Auseinandersetzungen kommt es meist, wenn jugendliche Gewalttäter auf dem Schulweg oder in der Disko und anderen Freizeiteinrichtungen auf junge Aussiedler treffen. Neben fremdenfeindlichen Motiven dürften Konkurrenzneid in Verbindung mit Zukunftsängsten, aber auch die pure Lust am Schlagen solche Übergriffe auslösen.

Bei Auseinandersetzungen zwischen sogenannten „Rechten“ und „Linken“ ist das politische Motiv nicht immer ausschlaggebend. Bisweilen handelt es sich um eine symbolische Überhöhung von Macht- und Rivalitätskämpfen gewaltbereiter lokaler Cliquen. Für die „Feinderkennung“ sind vor allem Äußerlichkeiten entscheidend. So wird von Länge und Farbe der Haare auf die politische Orientierung geschlossen. Es kommt vor, dass potenzielle Opfer vorher gefragt werden, ob sie „rechts“ oder „links“ seien; selbst wenn sie sich dann aus Angst als „rechts“ ausgeben, werden sie dennoch malträtirt, weil gerade kein „geeigneteres“ Opfer greifbar ist.

Die Übergriffe der meist jugendlichen oder heranwachsenden Gewalttäter erfolgen vor allem nach zweierlei Art: Zum einen nehmen Einzeltäter oder Kleingruppen jede Gelegenheit wahr, um vermeintliche oder tatsächliche Angehörige der „linken“ Szene, die sie an ihrem Äußeren zu erkennen glauben und als „Zecken“, „Punkerschweine“ oder ähnlich qualifizieren, zu provozieren. Wenn diese ihnen auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrseinrichtungen zufällig zu Gesicht kommen, beschimpfen, bedrohen, schlagen und treten sie ihre Opfer.

Im anderen Fall verabreden und treffen sich möglichst viele Angehörige einer rechtsextremistischen Clique, um beispielsweise vor einem autonomen Jugendtreff aufzumarschieren und die Gegenseite mit Drohungen und „Sieg-Heil“-Rufen einzuschüchtern. Dabei steigern sie sich immer wieder in Sachbeschädigungen und körperliche Angriffe hinein, bis die Polizei kommt und dem Treiben ein Ende bereitet.

Am 10. April sammelten sich ungefähr 25 Anhänger der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene Neuruppin, zogen vor das „Jugendwohnprojekt Mittendrin e. V.“ und riefen: „Ihr scheiß Linken kommt heraus ... rote Säue...“ Mit Steinen vom Gehweg wurden sechs Fensterscheiben eingeworfen. Zwei Personen zeigten den „Hitlergruß“. Die Polizei stellte die Personalien der Tatverdächtigen fest und erteilte Platzverweise.

Antisemitisch motivierte Delikte (Schmierereien, Verbreitung anonymer Pamphlete mit antisemitischem Inhalt, das Rufen antisemitischer Parolen in der Öffentlichkeit oder das Abspielen einschlägiger Liedtexte) werden in Brandenburg relativ selten verübt. Überwiegend entspringen sie der Absicht, zu provozieren.

Am 6. Juli fand in der Kirche von Greifenhain auf Einladung des Orts Pfarrers eine Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Brauner Alltag in Brandenburg?!“ statt. An dieser Veranstaltung nahmen zehn Journalisten aus Israel teil. Im Anschluss an die Diskussion entspann sich vor der Kirche ein Gespräch zwischen mehreren deutschen Jugendlichen und den israelischen Journalisten. Dabei wurde von mindestens zwei Jugendlichen der Völkermord der Nazis an den europäischen Juden geleugnet. Aus einem Autoradio wurden rechtsextremistische Lieder und eine Hitlerrede abgespielt. Bislang wurden zwei Personen, die an dem Gespräch beteiligt waren, wegen Volksverhetzung zu Bewährungsstrafen verurteilt.

1999 wurden keine antisemitische Gewalttaten gegen Menschen bekannt. In einigen Fällen wurden Sachbeschädigungen an und Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen begangen.

Für antisemitisch motivierte Delikte wie für die übrigen rechtsextremistisch motivierten Straftaten sind meist Angehörige der unorganisierten rechtsextremistischen Cliques verantwortlich. Eine Ausnahme stellen die Verfasser antisemitischer Pamphlete dar: Oft handelt es sich um betagte Einzelpersonen, die nicht einmal in Brandenburg wohnen, aber ihre Schriften auch hierher verbreiten.

Neonazis

Die Neonazis orientieren sich mehr oder minder offen an der verbrecherischen Ideologie der einstigen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP). Die nationalsozialistische Diktatur ist das Leitbild ihrer eigenen ordnungspolitischen Vorstellungen. Einige Neonazis sind auf die Person Hitlers fixiert, andere tendieren stärker zu der nationalrevolutionären Richtung der Gebrüder Strasser oder zur sozialrevolutionären Strömung innerhalb der SA. Auch wegen solcher Meinungsverschiedenheiten ist die neonazistische Szene zersplittert. Das hindert sie nicht daran, gelegentlich gemeinsam zu handeln, vor allem bei langfristig vorbereiteten Aktionen zum Gedenken an Rudolf Heß oder zum sogenannten „Heldengedenktag“. In den letzten Jahren haben die Sicherheitsbehörden jedoch verhindern können, dass größere Aufmärsche stattfanden; symbolträchtige Aktionen reichten über einen engen lokalen Rahmen nicht hinaus.

Weil die Neonazis sich weiterhin zum Nationalsozialismus bekennen, finden sie unter anderen Rechtsextremisten nur schwer Bündnispartner. Nur punktuell kommt es zur Kooperation. Die größte Bereitschaft dazu herrscht in Teilen der NPD, deren Mitgliederzahl in den letzten Jahren insbesondere durch den Eintritt jüngerer Neonazis anstieg. Als „Nationaler Widerstand“ oder „Freie Nationalisten“ beteiligen sich auch Neonazis, die nicht der NPD beitreten wollen, an Demonstrationen dieser Partei. Denn sie sehen eine Chance darin, auf diese Weise ihren an sich kleinen Wirkungsradius auszudehnen. Ihre Absicht kollidiert allerdings mit den Eigeninteressen der NPD. Der NPD ist es zwar durchaus genehm, für Demonstrationen oder andere Aktionen auf das Mobilisierungspotenzial von Neonazis zurückgreifen zu können; aber wenn dabei die Neonazis eigene Auffassungen artikulieren, die denen der offiziellen Parteilinie widersprechen, führt das unweigerlich zu Konflikten.

Soweit die Neonazis unabhängig bleiben wollen, bevorzugen sie derzeit die Organisationsform sogenannter „unabhängiger Kameradschaften“. Damit reagieren sie auf die Verbotschwelle gegen neonazistische Organisationen. Vor allem seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatten der Bundesminister des Innern verschiedene bundesweit agierende Vereinigungen und Innenminister der Länder jeweils nur regional aktive Gruppierungen wirksam verboten. In Brandenburg traf ein Verbot des Innenministers am 5. Mai 1995 die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ (JF) und am 14. August 1997 die „Kameradschaft Oberhavel“.

„Unabhängige Kameradschaften“ als regionale Zusammenschlüsse ohne formelle Mitgliedschaft und Führungshierarchie erschienen nun geeignet, die Aufklärung durch staatliche Stellen und eventuelle Verbote zu erschweren. Die Praxis hat den Neonazis aber gezeigt, dass Kameradschaften, wenn ihre Aktivitäten nicht koordiniert werden, in die Bedeutungslosigkeit absinken, Koordinierungsgremien aber doch wieder neue Strukturen darstellen.

Mindestens ein Teil der „unabhängigen Kameradschaften“ in der Region Berlin-Brandenburg sucht gemeinsame Absprachen bei Koordinierungstreffen. Einen neuen Versuch zur Vernetzung startete hier das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM). Es trat erstmals in Erscheinung, als der Berliner Neonazi Frank SCHWERDT – angeblich im Auftrag des NSAM – eine Gegenkundgebung zur Veranstaltung „Beats against Fascism“ am 29. August in Strausberg anmeldete. Ihre Teilnahme zugesagt hätten bereits „diverse Kameradschaften, Kreisverbände der NPD, der ‚Deutschen Liga für Volk und Heimat‘ sowie der ‚Jungen Nationaldemokraten‘“. Für diese Gegenaktion warb zudem ein „Aktionsbüro Mitteldeutschland“ mit einem Flugblatt, das den offenbar unzutreffenden Eindruck erwecken sollte, das NSAM besitze bereits eine funktionierende Geschäftsstelle. Die von SCHWERDT

angemeldete Kundgebung wurde verboten, womit er von vornherein hätte rechnen müssen. Anmeldung und Publicity dienten offenbar nur dem Ziel einer kurzzeitigen Resonanz in den Medien. Es bleibt offen, ob SCHWERDT die von ihm bezeichneten Organisationen und Gruppen tatsächlich hätte mobilisieren können.

Das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ lehnt sich an das bereits 1997 im norddeutschen Raum von Neonazis um den Hamburger Thomas WULFF gebildete „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ an. Die sogenannten „Freien Nationalisten“ bezeichnen es als eine Bündnisstruktur, in der die verschiedensten Aktionsgruppen und Parteien zu nationalen und sozialen Fragen aktiv werden können. Entsprechend dieser Vernetzungsstrategie kandidierte beispielsweise zur Kommunalwahl in Lübeck ein „Bündnis Rechts für Lübeck“.

Kennzeichnend für die Kameradschaften in Brandenburg ist, dass sie keine feste Struktur besitzen, sondern organisatorisch wie in ihrer Entwicklung instabil sind. Ihr Mitgliederbestand unterliegt größeren Schwankungen. Den Kern bilden jeweils etwa acht bis zehn Personen, im Einzelfall können es auch mehr sein. Insgesamt umfasst die neonazistische Kameradschaftsszene Brandenburgs etwa 120 Personen.

Zu den aktiven Kameradschaften gehören derzeit die in Angermünde, Eberswalde, Fürstenwalde, Königs Wusterhausen, Strausberg und in der Prignitz.

Andere neonazistische Gruppen wählen weiterhin den herkömmlichen Organisationsrahmen für ihre Aktivitäten. Die größte von ihnen ist die bundesweit verbreitete HNG.

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

Gründungsjahr:	1979
Sitz:	Frankfurt/Main
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	500
Brandenburg:	20
Publikation:	„Nachrichten der HNG“

Die HNG beschränkt ihre Aktivitäten weitgehend auf den Vereinszweck: die Betreuung rechtsextremistischer Häftlinge. Sie sorgt dafür, dass der Kontakt zwischen inhaftierten Rechtsextremisten und der Szene während und nach ihrer Haftstrafe nicht abreißt. Die verurteilten Straftäter werden häufig als Opfer einer vermeintlich politischen Justiz heroisiert.

Die HNG ist bemüht, sich aus den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Richtungen und Gruppierungen des Neonazismus herauszuhalten. Das macht sie für viele aus diesem Spektrum annehmbar. In den neunziger Jahren konnte die HNG die Zahl ihrer Mitglieder mehr als verdoppeln.

Das Vereinsorgan „Nachrichten der HNG“ erscheint monatlich in ca. 500 Exemplaren und enthält in jeder Ausgabe eine „Gefangenenliste“ mit den Namen und Anschriften inhaftierter Aktivisten aus dem In- und Ausland sowie eine Liste von in Deutschland inhaftierten Rechtsextremisten, die Briefkontakt wünschen. Die Gefangenenliste wird – oft auszugsweise – in vielen neonazistischen Publikationen nachgedruckt. Dokumentiert werden außerdem Briefe von Häftlingen an den HNG-Vorstand, in denen die Haftbedingungen geschildert und für erwiesene Hilfe gedankt wird. Tendenziöse Berichte zu bekannten Rechtsextremisten beleuchten Prozessverlauf und Haftvollzug. Durchgängig wird in den HNG-Publikationen bestritten, dass es in Deutschland Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit gebe; die Verfolgung von Staatsschutzdelikten wird als vermeintliche Menschenrechtsverletzung angeprangert.

Seit Januar 1999 liegt die Schriftleitung der „Nachrichten der HNG“ wieder in den Händen des Neonazis Hans-Christian WENDT, dessen Redaktionsarbeit 1998 durch eine mehrmonatige Freiheitsstrafe unterbrochen worden war. WENDT verfasst die meisten Texte für die „Nachrichten der HNG“. Er sieht einen thematischen Schwerpunkt darin, die „Kameraden mit Gesetzestexten und -kommentaren vertraut (zu) machen“. Entsprechend wurde auch eine Sonderausgabe „Wichtige Rechtshinweise für politische Gefangene“ herausgegeben.

Die neben der HNG bestehenden Formen der rechtsextremistischen Gefangenenbetreuung wie auch die Selbstorganisation inhaftierter Rechtsextremisten in Form von „Knast“- bzw. „Kerkerkameradschaften“ haben nur noch eine marginale Bedeutung.

Die „Wanderjugend Gibor“ (WJG) bildete sich Mitte der neunziger Jahre im Raum Cottbus. Seither hat sie sich überregional ausgebreitet und – laut eigenen Angaben – territorial untergliedert. Für „Leitstellen“ in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden jeweils Postfächer als Kontaktadressen angegeben. Die WJG gibt die Schrift „echt knorke!“ heraus.

Darüber hinaus werden „Rundbriefe“ der Leitstellen Berlin und Brandenburg unter dem Titel „Märkische Jugendwarte“ und der Leitstellen Sachsen und Thüringen unter dem Titel „Freie Zukunft“ versandt. Im Internet ist die WJG mit einer eigenen Homepage vertreten.

Mehrmals jährlich veranstaltet die WJG mehrtägige Wanderungen. Sie beteiligt sich aber auch an Demonstrationen, so am 13. Februar an einer von der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) in Dresden organisierten Demonstration zum 54. Jahrestag der Bombardierung der Stadt.

Bereits zu den Gründungsmitgliedern gehörten ehemalige Mitglieder verbotener neonazistischer Organisationen. Ihren neonazistischen Charakter versucht die WJG gleichwohl zu verschleiern, indem sie sich als unpolitische Jugendgruppe darstellt, die nichts weiter als ihre Heimatliebe bei Wanderungen, Lagerfeuern, Volkstänzen, Kulturveranstaltungen und Umweltaktionen ausleben wolle. Doch in den Veröffentlichungen der WJG wird die nicht ohne weiteres als extremistisch erkennbare Außenfolie – die verklärende Darstellung altdeutscher Lebensart und die Verherrlichung soldatischen Lebens – immer wieder von Themensplittern und Begriffen durchbrochen, die aus dem nationalsozialistischen Vokabular stammen und die neonazistische Grundhaltung durchscheinen lassen. Beispiele dafür sind „arteigene Lebensauffassung“, „Opferbereitschaft für die Gemeinschaft“, „Volksgemeinschaft“ und „Untermenschenvisagen“ (vgl. „echt knorke!“, Nr. 19). Einzelne Artikel greifen darüber hinaus direkt Elemente der nationalsozialistischen Ideologie auf.

Am 1. Mai wurde in der Nähe von Cottbus der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) gegründet. Der KDS sieht sich selbst als „ein partei- und organisationsunabhängiger Zusammenschluss auf der Basis des Bekenntnisses von Volk und Heimat“. Die programmatische „Langener Erklärung“ vom 14. Februar, in der die Organisationsgründung bereits angekündigt wurde, formuliert den Anspruch, mit dem KDS dem Zusammenwirken „rechter“ und „linker“ Sozialisten eine Plattform zu geben. Denn man beabsichtige, „die Bündelung revolutionärer, sozialistischer Energien und Gedanken herbeizuführen und als Kampfbund das zu erreichen, was für jeden einzelnen von uns unerreichbar wäre: Ein politischer Faktor in diesem Lande zu werden!“. Der KDS erstrebe „das Modell eines auf die nationalen Erfordernisse zugeschnittenen deutschen Sozialismus“, er bekenne sich zu Volk und Heimat und lehne die sogenannte „One-World-Gesellschaft“ ab.

Die „Helden der Geschichte“, auf die sich der KDS in seinem programmatischen Ansatz beruft, bilden eine wahrhaft groteske Reihe: Friedrich Engels, Josef Goebbels, Kim Jong Il, Michael Kühnen und Ernst Thälmann.

Unterzeichnet haben die „Langener Erklärung“ drei Neonazis, darunter aus Brandenburg Frank HÜBNER, der ehemalige Bundesvorsitzender der am 8. Dezember 1992 vom Bundesminister des Innern verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA), und ein Nationalkommunist, der seit Mitte der neunziger Jahre für das Zusammenwirken mit neonazistischen Kräften eintritt. Die drei Neonazis verdanken ihre langjährige rechtsextremistische Karriere der geistigen und organisatorischen Nähe zu dem 1991 verstorbenen Neonazi Michael KÜHNEN.

Die Zusammenarbeit von Rechts- und Linksextremisten in einem gemeinsamen Kampfbund wird immer wieder von einigen, meist versprengten, Rechtsextremisten, ganz selten aber von Linksextremisten propagiert. Ansonsten wird ein solches Projekt sowohl im rechtsextremistischen als auch, eindeutiger noch, im linksextremistischen Spektrum strikt abgelehnt. Deshalb wird der KDS nur eine geringe politische Wirksamkeit entfalten können. Es zeugt von Realitätsblindheit, wenn der KDS mittelfristig möglichst große Massen des Volkes gewinnen will, um langfristig die „Rettung der Nation“ und die „Bewahrung des Volkes“ zu bewirken.

Der KDS gibt die Publikationen „Der Gegenangriff“ und, als „theoretisches Organ“, „Wetterleuchten“ heraus. Seit September ist er mit einer Homepage im Internet vertreten, in der die vorgenannten Publikationen präsentiert werden. Allerdings wird die Homepage des KDS nur von wenigen Nutzern des Internet aufgerufen.

Das „Nationale Pressearchiv“ (N.P.A.) wird seit 1993 von einem Neonazi in Frankfurt (Oder) betrieben. Eine Vielzahl von Kontakten zu rechtsextremistischen Organisationen, Kleingruppen und Einzelpersonen ermöglichte es ihm, Propagandamaterialien aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum zu sammeln. Damit verfolgte er die Absicht, die Früchte seines Sammelfleißes Gesinnungskameraden zur Verfügung zu stellen und damit eine „Gegenöffentlichkeit“ zu schaffen. Das N.P.A. veröffentlicht zu diesem Zwecke seit 1995 in unregelmäßigen Abständen den „Nationalen Beobachter – Zeitschrift des nationalen Widerstandes“. Im Jahre 1999 erschien – wie bereits 1998 – nur eine dieser Publikation, die inhaltlich einem Fanzine ähnelt. Das N.P.A. verstand sich anfangs als ein Kettenglied in der „Anti-Antifa“-Arbeit. Eine Vernetzung mit überregionalen „Anti-Antifa“-Bezügen ist jedoch – abgesehen von der Erwähnung des N.P.A.-Postfaches in rechtsextremistischen Publikationen – nicht mehr erkennbar. Auch die letzte Ausgabe des „Nationalen Beobachters“ enthält keine Beiträge zur „Anti-Antifa“ mehr.

Die zu Beginn der neunziger Jahre von Neonazis initiierte „Anti-Antifa“-Kampagne verfolgt das Ziel, Informationen über politische Gegner – Vertreter der Staatsgewalt, Politiker, Jour-

nalisten u. a. – zu sammeln. Immer wieder werden in neonazistischen Publikationen Daten solcher Personen veröffentlicht, ohne dass damit der direkte Aufruf zur Gewalt verbunden wäre. Doch es besteht die Gefahr, dass sich Einzelne oder militante Kleingruppen durch die Lektüre entsprechender Listen oder „Steckbriefe“ dazu ermuntert fühlen, gegen die bezeichneten Personen oder Einrichtungen gewaltsam vorzugehen. Die Urheber solcher Publikationen können Fernwirkungen dieser Art nicht mehr direkt beeinflussen. Sie kalkulieren aber sehr wohl ein, dass schon die unbestimmte und unbestimmbare Drohung, die in einer solchen Veröffentlichung liegt, die Betroffenen verunsichert. Sie wollen ja nicht mehr, als eben dies mit geringem Aufwand zu erreichen. Ihren Höhepunkt erreichten „Anti-Antifa“-Aktivitäten Anfang der neunziger Jahre; allerdings nahmen sie, nach einem Abflauen in den vergangenen Jahren, 1999 wieder zu. Im Dezember wurde eine von der „Anti-Antifa Saarpfalz“ herausgegebene Broschüre „DER WEHRWOLF“ bekannt, die neben den Fotos und Anschriften von über 50 Bundestagsabgeordneten die Adressen deutscher Parlamente, von Parteizentralen und Antifa-Gruppierungen und auch der Verfassungsschutzbehörden enthält. Umfangreiche Listen jüdischer Einrichtungen in Deutschland und Namenslisten jüdischer Persönlichkeiten aus aller Welt zeigen, dass diese Publikation antisemitisch aufgeladen ist.

Vereinzelt wurden „Anti-Antifa“-Aktivitäten auch in Brandenburg beobachtet. So tauchte Ende 1998/Anfang 1999 das Flugblatt einer „Anti-Antifa-Aktion Potsdam“ auf, das sich von den üblichen Verlautbarungen der „Anti-Antifa“ durch einen direkten Aufruf zur Gewalt unterschied. Als Urheber wurde ein gewaltbereiter Rechtsextremist ermittelt, der nicht in die bekannten „Anti-Antifa“-Strukturen eingebunden ist. Anhaltspunkte für eine konzertierte „Anti-Antifa-Aktion Potsdam“ ergaben sich nicht.

Im Oktober durchsuchte die Polizei die Wohnungen von zwölf Personen in vier Bundesländern, weil die Betroffenen im Verdacht stehen, Personendaten von Beamten der Strafverfolgungsbehörden und von Andersdenkenden gesammelt und Fotos von ihnen anfertigt zu haben. In das Verfahren waren auch zwei Brandenburger einbezogen.

Zwar sind Neonazis krasse Nationalisten, für die Deutschland über allem steht; aber soweit Nationalisten in anderen Ländern sich ebenfalls auf den Nationalsozialismus berufen, sind sie als Bündnispartner willkommen. Kontakte werden auf gelegentlichen Treffen und durch den Austausch von Informationen gepflegt.

Die internationale Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda ist das Hauptbetätigungsfeld der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO). Sie besteht seit 1972 in Lincoln/Nebraska (USA) und entwickelte sich

seither zum größten Lieferanten entsprechenden Materials in die Bundesrepublik. Von den USA aus werden die Zeitung „NS-Kampfruf“, andere nazistische Schriftwerke und NSDAP/AO-Klebezettel in mehrere Länder versandt. Die NSDAP/AO hat in Deutschland keine eigene Organisationsstruktur, sie besteht hier im wesentlichen aus dem konspirativen Verteilernetz für die erwähnten Propagandamaterialien.

Der Gründer und „Propagandaleiter“ der NSDAP/AO, der US-Amerikaner Gary Rex LAUCK, wurde, nachdem er eine vierjährigen Haftstrafe wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Verbreitens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Hamburg verbüßt hatte, am 23. März in die USA abgeschoben. Der von ihm herausgegebene „NS-Kampfruf“ erschien während seiner Haft unregelmäßig. Seit seiner Haftentlassung kommt der „NS-Kampfruf“ wieder in zweimonatigem Abstand heraus. Allerdings hat seither die Verbreitung dieser Hetzschrift oder der von LAUCK vertriebenen NSDAP/AO-Aufkleber nicht erheblich zugenommen.

Parteien und ihre Nebenorganisationen

<u>„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)</u>	
Gründungsjahr:	1964
Sitz:	Stuttgart
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)
Mitglieder bundesweit:	6.000
Brandenburg:	200
für Brandenburg relevante regionale und überregionale Publikationen:	„Deutsche Stimme“ „NN – Nationale Nachrichten“ „Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg“

Die NPD erstrebt eine völkisch-kollektivistische Staats- und Gesellschaftsordnung, in deren Zentrum nicht das Individuum mit seinen grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten steht, sondern die „Volksgemeinschaft“. Volkstum und völkische Kultur seien die Basis einer menschenwürdigen Existenz. Eine Gesellschaft, die Fremde integriert, wird von der NPD abgelehnt, da sie nicht nur eine „kulturlose“ Gesellschaft sei, sondern auch ihre völkische

Substanz durch Überfremdung zerstöre. Ausländerfeindliche Äußerungen und ein mindestens latenter Rassismus prägen daher das Erscheinungsbild der NPD. Damit verletzt die NPD insbesondere die Menschenwürde und den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes.

Die NPD stellt wirtschafts- und sozialpolitische Themen in den Mittelpunkt ihrer aktuellen Agitation. Dabei vertritt sie antikapitalistische Positionen, die sie mit nationalistischen Vorstellungen verbindet. So lehnt sie in ihrem Parteiprogramm von 1997 „die in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab“. Darüber hinaus propagiert sie insbesondere die „nationale Präferenz“ bei der Schaffung von Arbeitsplätzen („Arbeit nur für Deutsche“) und eine „raumorientierte Volkswirtschaft“. Darunter versteht die NPD eine am heimischen Lebensraum orientierte Volkswirtschaft, die sich von der Globalisierung der Märkte abkoppelt

Am 27. Oktober feierte die NPD ihr 35-jähriges Bestehen. In den dreieinhalb Jahrzehnten ihrer Geschichte durchlief sie abwechselnd Phasen des Aufschwungs und Niedergangs. Nunmehr kommt ihr wegen der starken Konkurrenz durch die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ (REP) auf absehbare Zeit als Wahlpartei kaum Bedeutung zu.

Die NPD hat deshalb den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf den „Kampf um die Straße“ verlegt: Mit Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen will sie auf sich aufmerksam machen und Mitglieder werben. Mit diesem Konzept gewann die Partei in den letzten Jahren in den ostdeutschen Bundesländern zahlreiche, überwiegend jüngere, Mitglieder hinzu. Dies gelang ihr vor allem, weil ihr Bundesvorsitzender, Udo VOIGT, und seine Gefolgsleute bereit sind, mit Neonazis zu kooperieren. VOIGT plant Neonazis fest in seine Bündnispolitik ein.

Ungeachtet ihrer derzeitigen Chancenlosigkeit nimmt die NPD aber auch weiterhin an Wahlen teil, weil sie erstens einen parlamentarischen Durchbruch ihrer Konkurrenz verhindern möchte, weil zweitens angesichts chronischer Finanzknappheit die staatliche Parteienfinanzierung lockt und schließlich, weil sie sich wenigstens längerfristig parlamentarisch verankern will („Kampf um die Parlamente“). Flankiert wird diese Strategie durch eine völkisch-nationale Programmatik, mit deren Hilfe die NPD die ideologische Meinungsführerschaft im nationalistischen Lager erlangen will („Kampf um die Köpfe“).

Auch 1999 organisierte die NPD zahlreiche Kundgebungen und Aufmärsche im gesamten Bundesgebiet. Höhepunkt der Demonstrationsoffensive sollte wieder einmal eine Kundgebung am 1. Mai werden – dieses Mal in Bremen. Die NPD hatte den Aufzug auch als Wahlveranstaltung anlässlich der Wahl der Bremischen Bürgerschaft und des Europa-

parlaments deklariert. Gegen eine Verbotsverfügung der Stadt Bremen legte die NPD Rechtsmittel ein, bis hin zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichts; doch das Verbot hatte Bestand.

1999 trat die NPD bei insgesamt elf Wahlen an. In Brandenburg kandidierte die NPD sowohl zur Europawahl am 13. Juni als auch zur Landtagswahl am 5. September. Ein Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde war von vornherein aussichtslos. Deshalb setzte sich die NPD vor allem zwei Wahlziele: die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung (dazu müssen für eine Partei bei einer Europawahl mindestens 0,5, bei einer Landtagswahl mindestens ein Prozent der Stimmen abgegeben werden) und die Mobilisierung der Parteimitglieder und Sympathisanten durch den Wahlkampf. Wahlbündnisse mit anderen rechtsextremistischen Parteien lehnte die NPD ab, weil sie als eigenständige Kraft, als einzige und echte „nationale Alternative“ erkennbar bleiben wollte.

Bei der Europawahl erreichte die NPD bundesweit nur 0,2 Prozent; in Brandenburg zog sie Nutzen aus der niedrigen Wahlbeteiligung und blieb mit 1,21 Prozent erheblich über dem bundesweiten Durchschnitt. Gegenüber der vorangegangenen Europawahl wuchs hier die absolute Zahl ihrer Wähler von 2.282 auf 7.335. Bei der Landtagswahl erhielt die NPD mit 8.137 Stimmen lediglich 0,7 Prozent. Damit verfehlte die NPD bei beiden Wahlen ihr Ziel, von der staatlichen Parteienfinanzierung zu profitieren.

Zur brandenburgischen Landtagswahl trat die NPD mit einer elf Kandidaten umfassenden Landesliste an. Angeführt wurde die Liste vom Bundesvorsitzenden Udo VOIGT, der im Frühjahr seinen Wohnsitz in Brandenburg genommen hatte. Darüber hinaus kandidierten für die NPD neun Direktkandidaten, von denen einige als Neonazis bekannt sind.

Im Wahlkampf konzentrierte sich die NPD vor allem auf mehrere öffentlichkeitswirksame Kundgebungen. Auf diese Weise versuchte sie, bei geringem finanziellen Aufwand maximale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und durch Medienberichte im öffentlichen Bewusstsein präsent zu bleiben. Solche Kundgebungen fanden am 27. Februar in Angermünde, am 17. April in Frankfurt (Oder), am 24. April in Neuruppin, am 24. Juli in Wittstock, am 13. August in Eisenhüttenstadt, am 21. August in Schwedt und am 4. September in Fürstenwalde statt und hatten jeweils zwischen 70 und 300 Teilnehmer. Dabei wurden vielfach Propagandadelikte verübt; vereinzelt kam es zu Festnahmen wegen schwerer Körperverletzung, so in Eisenhüttenstadt.

Da sich die NPD gegen die vor allem visuell übermächtige Konkurrenz der DVU zu wehren hatte, wollte sie auch im Sichtwahlkampf nicht ganz ins Hintertreffen geraten. Insbesondere in den ländlichen Regionen klebte die Partei augenscheinlich mehrere tausend Plakate. Ansonsten führte die NPD jedoch einen eher verhaltenen Wahlkampf. Erst wenige Wochen vor dem Wahltermin erschien als vierseitiges Extrablatt eine Brandenburger Regionalausgabe der Parteizeitung „Deutschen Stimme“. Sie trug den Titel „Berlin-Brandenburger“ (in Anknüpfung an das vormals parteiunabhängige Blatt „Berlin-Brandenburger – Zeitung der Nationalen Erneuerung“ (BBZ), das von dem Berliner Neonazi Frank SCHWERDT verbreitet worden war). Ihr Landeswahlprogramm „Besser Leben, Wohnen und Arbeiten!“ präsentierte die Partei gar erst wenige Tage vor der Wahl.

Das zentrale Wahlkampfmotto der NPD lautete: „National aus sozialer Verantwortung“. Unter diesen Slogan stellte die Partei alle Einzelthemen wie Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Innere Sicherheit, „Parteienfilz“ usw.

Der NPD-Bezirksverband Brandenburg, organisatorisch ein Teil des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg, umfasst mittlerweile fünf Kreisverbände, einige Stadtverbände und Stützpunkte. Neu hinzugekommen ist der Kreisverband Oberhavel

Der Kreisverband Spreewald ist der bei weitem aktivste. Er initiierte mehrere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, zu denen er auch bundesweit führende Neonazis – wie den Hamburger Christian WORCH – einlud. Auf einer Veranstaltung am 31. Juli in Golßen hielt WORCH vor 120 Teilnehmern eine Wahlkampfreden. Anschließend sollte die einschlägig bekannte Band „Sturm und Drang“ (siehe S. 26) das Publikum anheizen. Doch dieses Konzert wurde von der Polizei aufgelöst. Die NPD wird wohl dennoch versuchen, weiterhin Parteiveranstaltungen mit musikalischen Darbietungen zu kombinieren, um junge Leute mit Interesse für Skinhead-Musik oder für nationalistische Liedermacher anzulocken.

Der Kreisverband Spreewald verfügt über eine eigene Internet-Homepage, die regelmäßig mit Berichten und Terminansagen bestückt wird.

„Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Gründungsjahr:	1969
Sitz:	Bochum
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	400
Brandenburg:	Einzelmitglieder
für Brandenburg relevante regionale und überregionale Publikationen:	„Der Aktivist“ „Denkzettel“ (Sonderseite in: „Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg“)

Die „Jungen Nationaldemokraten“ sind laut NPD-Satzung ein „integraler Bestandteil“ der NPD. Als Kaderorganisation dienen die JN ihrer Mutterpartei als Personalreserve für Führungsaufgaben. Die JN verstehen sich selbst als „nationale Gesinnungs- und Kampf-gemeinschaft“ mit „revolutionärer Ausrichtung“ und „strenger innerorganisatorischer Diszi-plin“. Schon heute lebe man die „Volksgemeinschaft“, die man in einer „neuen nationa-listischen Ordnung“ verwirklichen wolle, in den eigenen Reihen vor.

Seit Udo VOIGT im März 1996 das Amt des NPD-Parteivorsitzenden übernommen hat, wurde die Zusammenarbeit der JN mit der NPD wieder intensiviert. Etliche frühere JN-Funktionäre sind inzwischen als gewählte Mitglieder im Bundesvorstand der NPD aktiv. Durch die verstärkte Einbindung maßgeblicher JN-Führungskader in die Arbeit der NPD sind aber die eigenständigen Aktivitäten der JN stark zurückgegangen.

Dieses Problem hat sich so sehr zugespitzt, dass an ihm die Einheit der JN zerbrochen ist. Auf dem Bundeskongress der JN am 10. April trat der Streit zweier Flügel offen zu Tage. Bei der Wahl zum JN-Bundesvorsitzenden setzte sich Sascha ROßMÜLLER durch, der für die enge Einbindung der JN in die NPD eintritt. Sein Gegenkandidat, Achim EZER, forderte hingegen mehr Eigenständigkeit. Nach seiner Niederlage verließ EZER mit zahlreichen Anhängern aus den mitgliederstarken JN-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen die JN und gründete als Konkurrenzorganisation das „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG). Für die JN bedeutete dieser Aderlass einen herben Rückschlag.

Am 30. Oktober veranstalteten die JN im niederbayerischen Falkenberg den „6. Europäischen Kongress der Jugend“ unter dem Motto „Europas Nationen, Erbe und Auftrag“. Daran nahmen etwa 500 Personen teil. Die JN sehen hierin eine Etappe auf dem Weg zu einer europäischen Einheitsfront der Nationalisten. Ihnen schwebt ein „Europa der Vaterländer“ vor; die europäische Integration im Rahmen der Europäischen Union lehnen sie ab.

Der gemeinsame JN-Landesverband Berlin-Brandenburg ist weitgehend inaktiv, seit JN-Funktionäre Posten in der NPD übernommen haben und in der Jugendorganisation nicht adäquat ersetzt werden konnten. Erst in jüngster Zeit regen sich wieder Versuche, den JN-Landesverband wiederzubeleben.

<u>„Deutsche Volksunion“ (DVU)</u>	
Gründungsjahr:	1987
Sitz:	München
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	18.000 ¹
Brandenburg:	400 ¹
für Brandenburg relevante regionale und überregionale Publikationen:	„Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger“ (DWZ/DA) und „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) (am 3. September zusammengelegt zur „National-Zeitung“)

Die DVU wird von ihrem Bundesvorsitzenden, dem Münchner Verleger Dr. Gerhard FREY, zentralistisch und autoritär geführt. Er bestimmt die politischen Inhalte und Aktivitäten der Partei, nimmt selbst auf regionaler Ebene Einfluss auf Personalentscheidungen.

FREY hält die Partei in finanzieller Abhängigkeit. Sie ist bei ihm sehr hoch verschuldet. Aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und der Rückerstattung der Wahlkampfkosten werden die Zinsen für die Kredite bezahlt. Daneben profitiert FREY von steuerlichen Vorteilen. Wenn die DVU sich zur Wahl stellt, verfolgt sie also nicht allein politische Ziele, sondern wird vor allem für die finanziellen Interessen ihres Vorsitzenden eingespannt. Der Parteivorsitzende verlangt von seinen Wahlkandidaten, dass sie, wenn sie in ein Parlament einziehen, Teile der Fraktionsgelder und Abgeordnetendiäten an die Parteizentrale nach München abführen. Doch

¹ Die Angaben der DVU selbst weichen z. T. von diesen Zahlen ab.

sind diese Personen, denen kaum mehr als eine Marionettenrolle zgedacht war, erst einmal gewählt, nabeln sie sich häufig vom Vorsitzenden ab, um ihre Einkünfte nicht mit ihm teilen zu müssen. FREY nutzt die DVU überdies als kostengünstigen Werbeträger für die mannigfachen Propagandaprodukte, die er herstellt und vertreibt.

FREY beteiligt sich an der politischen Auseinandersetzung vor allem mittels seiner Medien. Daher sind viele ideologische und politische Grundpositionen der DVU weniger ihrem Parteiprogramm zu entnehmen, als vielmehr den von FREY herausgegebenen Publikationen „Deutsche Nationalzeitung“ und „Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger“. Die genannten Zeitungen pflegen traditionelle rechtsextremistische Feindbilder. So werden in tendenziös-aggressiven Artikeln die in Deutschland lebenden Ausländer als Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland und für den Fortbestand des deutschen Volkes dargestellt. Andere Beiträge zielen darauf ab, das Bild von der deutschen Geschichte zu revidieren. Die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes werden permanent verharmlost und gegen von anderen Völkern begangenes Unrecht aufgerechnet. Zugleich belegen die zahlreichen, von Feindseligkeit geprägten Artikel zu den Themen „Juden“ und „Israel“ den kaum verhohlenen Antisemitismus der Partei.

Im Jahr 1999 wollte die DVU vor allem bei Wahlen zum Erfolg zu kommen. Am 7. Juni gewann sie einen Sitz in der Bremischen Bürgerschaft (aus dem Wahlbereich Bremerhaven). Danach konzentrierte sie sich insbesondere auf die Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg. Auf eine Kandidatur bei der Europawahl am 13. Juni verzichtete sie.

In Brandenburg trat die DVU erstmals zu einer Landtagswahl an. Sie erreichte am 5. September landesweit 5,28 Prozent der Stimmen (absolut: 58.225). Damit überwand sie die Fünf-Prozent-Sperrklausel und zog mit fünf Abgeordneten in den Landtag ein. Die „Hochburgen“ der DVU lagen im Süden des Landes, wo die Partei organisatorisch und personell am stärksten verankert ist. Hier hat sie sich im Wahlkampf auch am stärksten engagiert.

Schon im Frühjahr einigte sich die DVU, um den angepeilten Erfolg in Brandenburg abzusichern, mit den „Republikanern“ auf eine „Arbeitsteilung“: Die REP verzichteten auf eine Kandidatur in Brandenburg, die DVU überließ ihnen im Gegenzug das Feld zur Berliner Abgeordnetenhauswahl.

Die DVU trat nur mit einer 16-köpfigen Landesliste zur Landtagswahl an. Die Wahlwerbung der DVU zielte auf Wähler, die mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung insgesamt unzufrieden und für populistische Parolen empfänglich sind. So lautete die zentrale

Wahlkampfaussage unbestimmt genug: „Diesmal Protest wählen! – Die Partei für die Deutschen in Brandenburg“.

Mit einem Etat von über 2,5 Millionen DM im Rücken setzte die DVU auf eine „Materialschlacht“ im Kampf um die brandenburgischen Wähler. Schon Anfang Juli klebten Werbekolonnen zehntausende Plakate an Laternenmasten und Stelltafeln vor allem im Süden des Landes. Außerdem verschickte die DVU über eine Millionen Postwurfsendungen, gespickt mit Anschreiben, Flugblättern, Handzetteln und Aufklebern, an Jungwähler von 18 bis 29 Jahren und an weitere Wählergruppen. Um Ähnlichkeit mit amtlichen Schreiben der Wahlbehörden vorzutäuschen, versah die DVU ihre Postwurfsendungen mit Zusätzen wie „Wahlbüro Potsdam“, „Achtung: Wichtige Wahlunterlagen!“ oder „Persönliche Zustellung. An die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg: Wichtige Unterlagen zur Wahl zum Landtag“.

Vier Wochen vor der Wahl wurde das „DVU-Wahlprogramm Brandenburg 1999“ veröffentlicht. Es war beherrscht von nationalistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit: Die Ausländer- und Asylproblematik wurde als Ursache und Katalysator für alle politischen Probleme des Landes dargestellt. Damit sollten Politikverdrossenheit und Sozialneid in der Wählerschaft geschürt werden. Ein tatsächlicher Bezug zur Landespolitik war im Wahlprogramm nur in Spurenelementen erkennbar.

Bei der Landtagswahl in Thüringen am 12. September scheiterte die DVU mit 3,1 Prozent der gültigen Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde und verpasste somit den Einzug in das Landesparlament. Im Vergleich zu Brandenburg war ihr Wahlkampfeinsatz allerdings auch weniger massiv. Zudem traten mit REP und NPD gleich zwei rechtsextremistische Konkurrenzparteien an.

Alljährlich ruft die DVU ihre Mitglieder und Anhänger zu einer Großveranstaltung in Passau. Am 25. September trafen sich unter dem Motto „Wir lieben Deutschland“ rund 2.000 DVU-Anhänger. Hauptredner war FREY. In seiner Rede äußerte er sich polemisch zu Fragen wie Arbeitslosigkeit, Steuerpolitik, Asylbewerber, doppelte Staatsbürgerschaft und kritisierte das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin. Kritische Berichterstattung über die DVU bezeichnete er als „Schweine-Journalismus und Medienmafia“.

„Vereinigte Rechte“ (VR)

Die „Vereinigte Rechte“ (VR) mit Sitz in Stuttgart wurde am 11. Oktober 1997 in Herrieden (Bayern) gegründet. Sie steht in der Kontinuität der „Runde Tische“-Kampagne, die bis 1997 von der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) betrieben wurde. Diese Kampagne war daran gescheitert, dass „Die „Republikaner“ sich von den übrigen rechtsextremistischen Parteien abgrenzten und diese auch untereinander nicht zur Kooperation fanden.

Der Vorstand der VR setzt sich überwiegend aus Rechtsextremisten zusammen, die ihre politischen Karrieren in anderen rechtsextremistischen Parteien begonnen haben.

Die VR will – so das Parteiprogramm – dem „sinnlosen Gegeneinander der deutschen Rechtsparteien und dem lächerlichen Ausgrenzen untereinander möglichst bald ein Ende (...) setzen“. Sie will erreichen, dass die Vorsitzenden sämtlicher „national-konservativer Parteien“ sich verpflichten, an Wahlen in Deutschland nur auf der Liste der Wahlpartei „Vereinigte Rechte“ teilzunehmen. Vorübergehend will sie aber noch als Konkurrenz zu diesen Parteien auftreten, um „durch den Wählerwillen die deutschen Rechtsparteien zu zwingen, den Zusammenschluß zu suchen“.

Die Partei hatte beabsichtigt, an der Europawahl am 13. Juni sowie an der brandenburgischen Landtagswahl am 5. September teilzunehmen. Beide Vorhaben scheiterten an der eigenen Schwäche.

Die VR ist bisher nur in einigen Bundesländern mit Landesverbänden vertreten; ein brandenburgischer Landesverband befindet sich im Aufbau. Die VR wirbt in Brandenburg auch durch Annoncen in Tageszeitungen um Mitglieder.

Das Programm der VR ist geprägt von überzogenem Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit und orientiert sich an einem völkisch-kollektivistischen Gesellschaftsmodell. Es richtet sich gegen die Völkerverständigung und enthält die revanchistische Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937. Dementsprechend wird die Wiedervereinigung als Teilwiedervereinigung bezeichnet.

Im Januar wandte sich die VR mit einer Flugblattaktion an die Bürgerinnen und Bürger von Groß Köris. Ihr Flugblatt „Asylantenheim in Groß Köris. Wir sagen nein!“ reduziert Asylbewerber ausschließlich auf die Kategorie teurer Wirtschaftsflüchtlinge und schürt damit Neidkomplexe. Es gipfelt in der scheinheilig als Warnung verkleideten Drohung, dass es zu einem „zweiten Hoyerswerda“ kommen könnte.

„Die Republikaner“ (REP)

Gründungsjahr:	1983
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	15.000
Brandenburg:	240
Unterorganisationen:	„Republikanische Jugend“ (RJ) „Republikanischer Bund der Frauen“ (RBF) „Republikanischer Hochschulverband“ (RHV) „Republikanische Mittelstandsvereinigung“ (RMV) „Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten“ (RepBB)
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	„Der Neue Republikaner“

Nach wie vor bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass in der Partei „Die Republikaner“ (REP) rechtsextremistische Bestrebungen verfolgt werden, auch wenn der Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER bemüht ist, seiner Partei ein rechtskonservatives Erscheinungsbild zu geben. Denn weiterhin verhehlen einflussreiche Gruppen und Funktionäre der Partei nicht, dass sie wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnen.

In der Partei bedient man sich weiterhin solcher Argumentationsmuster, die für rechtsextremistische Vereinigungen typisch sind: Die REP bekunden Fremdenfeindlichkeit, relativieren die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und lehnen das Demokratieprinzip ab. Institutionen und Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie werden herabgesetzt. Mitglieder der REP arbeiten mit anderen Rechtsextremisten zusammen.

Die Partei schürt Ängste vor Überfremdung und beschwört eine vermeintlich drohende Ersetzung des deutschen Volkes durch eine „multikulturelle Mischbevölkerung“, so in einem Flugblatt, das auf der Aschermittwochsveranstaltung der REP am 17. Februar auftauchte. Die demagogische Gleichsetzung von „multikulturell“ und „multikriminell“ stempelt jeden Ausländer zum potenziellen Gesetzesbrecher. Gelegentlich trägt die fremdenfeindliche Agitation der REP sogar rassistische Züge.

Die REP neigen dazu, das nationalsozialistische Regime zu verharmlosen und seine Verbrechen zu relativieren. Fortgesetzt agitieren sie gegen die angebliche „Umerziehung“ des deutschen Volkes durch die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In teilweise verunglimpfender Weise attackieren die REP auch Institutionen und Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie. Der demokratische Rechtsstaat soll insgesamt als untauglich, korrupt und gegen die Interessen des Volkes gerichtet erscheinen und wird als nicht mehr reformierbar dargestellt.

Die ständige Verwendung des Begriffs „Umerziehung“ für die Wiedereinführung der Demokratie in Deutschland unter Einfluss der Westalliierten nach 1945 sowie die abwertenden Äußerungen über demokratische Parteien und deren Politiker in ihrer Gesamtheit sind nach dem Urteil des Niedersächsischen Obergerichtes vom 26. Juni 1997 mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes unvereinbar. Der Vorwurf einer aufgezwungenen und somit illegitimen Verfassung stellt die Rechtmäßigkeit der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland in Frage.

Ungeachtet dieser Tatsachen gehen „Die Republikaner“ auf dem Klagewege gegen ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz vor, allerdings mit wenig Erfolg. In mehreren Verfahren wurden 1999 die Klagen der REP abgewiesen bzw. in der Berufungsinstanz abschlägig entschieden oder von den Klägern selbst zurückgezogen. Das Bundesverwaltungsgericht entschied mit Urteil vom 7. Dezember, dass eine Beobachtung der Partei „Die Republikaner“ mit nachrichtendienstlichen Mitteln durch den Verfassungsschutz und ihre Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen als grundsätzlich mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Früher hatte gerade SCHLIERER nachdrücklich die Abgrenzung gegenüber anderen rechts-extremistischen Organisationen verfochten. Diese Strategie war insbesondere auch in den ost-deutschen Landesverbänden umstritten, da diese einer Zusammenarbeit mit anderen rechts-extremistischen Gruppierungen oft positiv gegenüberstehen. Mit der Absprache zwischen DVU und REP über die Aufteilung des Wahlgebietes Berlin und Brandenburg untereinander (siehe S. 22) ist diese Strategie ohnedies nicht mehr glaubwürdig. Hierzu hatten die REP in einer Pressemitteilung erklärt, man wolle eine unnötige Konkurrenz zwischen REP und DVU bei künftigen Wahlen zu vermeiden, um dadurch „nationalen Interessen in der deutschen Politik zu größerem Einfluß zu verhelfen“. Einen Riegel schob der REP-Bundesvorsitzende lediglich den weitergehenden Bestrebungen des REP-Landesverbandes Brandenburg vor, für die Landtagswahlen eine gemeinsame Liste mit der DVU zu bilden.

Auch für Landtagswahlen in anderen Bundesländern wurden ähnliche Absprachen zwischen den REP und der DVU getroffen; z. B. traten die REP zur Landtagswahl in Hessen und die DVU zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft an, ohne die Konkurrenz der jeweils anderen Partei fürchten zu müssen.

SCHLIERER will mit seiner neuen Taktik, einerseits die Abgrenzung gegen sonstige rechtsextremistische Parteien formell aufrecht zu erhalten, andererseits Wahlabsprachen mit der DVU zu suchen oder zu dulden, seinen innerparteilichen Kritikern entgegenkommen. Ihnen erscheint die Abgrenzung gänzlich obsolet.

Dass der REP-Landesverband somit auf die Teilnahme an den brandenburgischen Landtagswahlen verzichtete, hat viele Parteimitglieder in Brandenburg enttäuscht. Resigniert stellten sie fest, dass man sie übergangen und übergeordneten Parteistrategien geopfert habe.

Zur Europawahl am 13. Juni traten die REP hingegen an. Sie kamen insgesamt nur auf 1,6 Prozent der gültigen Stimmen. Ihr bestes Wahlergebnis erzielten die REP im Landkreis Spree-Neisse mit 3,08 Prozent. Gegenüber der Europawahl 1994 ging der Stimmenanteil der REP landesweit um 0,73 Prozent zurück. Der REP-Landesverband hatte nur einen zahnlosen Wahlkampf geführt.

Die Parteiarbeit im brandenburgischen REP-Landesverband lag ansonsten weitgehend brach. Erwähnenswert ist allenfalls der Landesparteitag am 19. Juni in Jämlitz. Der Landesverband bietet ein Bild der Erschlaffung. Auch deshalb ging Mitgliederzahl zurück.

Vereine und Weltanschauungsgemeinschaften

„Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)

Gründungsjahr als Partei:	1991
Neugründung als Verein:	1996
Sitz:	Coburg
Sitz des Landesverbandes:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1992
Mitglieder bundesweit:	500
Brandenburg:	40

Die DLVH war 1991 als Sammlungsbewegung „aller nationalen Kräfte“ gegründet worden. Da sie aber entgegen ihrer erklärten Absicht tatsächlich zur weiteren Zerklüftung des rechtsextremistischen Lagers beitrug, gab sie 1996 ihren Parteistatus auf und gründete sich als Verein neu. Doch auch in dieser Organisationsform, die sie aus dem Konkurrenzkampf rechtsextremistischer Wahlparteien herausnimmt, hat die DLVH keine gewichtige Rolle innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums gewonnen.

Die derzeitige Situation der DLVH ist von Resignation und Orientierungslosigkeit geprägt. Ihr Erscheinungsbild ist so dürftig, dass ihr einstiger Anspruch, „die Rechten“ einigen zu wollen, auch ihr selbst nicht mehr glaubhaft erscheint. Aber auch ihre Bemühungen, wenigstens als Hilfsinstrument für ein breites rechtsextremistisches Bündnis zu fungieren, blieben ohne durchgreifenden Erfolg.

Die DLVH bringt öffentlich ihre Verärgerung über die Zersplitterung der „Rechtsparteien“ zum Ausdruck. Sie rief dazu auf, die Kräfte im Superwahljahr 1999 zu bündeln. Die Wahlabsprachen zwischen den „Republikanern“ und der DVU begrüßte sie als Einschwenken auf den Kurs, für den die DLVH schon seit Jahren geworben habe. Ohne Kooperation könne es keine dauerhaften und tragfähigen Wahlerfolge geben.

Der gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg verfügt etwa über 80 Mitglieder, von denen rund 40 im Land Brandenburg leben. Der weiter anhaltende Mitgliederschwund belegt, dass die DLVH im rechtsextremistischen Spektrum kaum akzeptiert wird und nunmehr nahezu bedeutungslos ist. Aktivitäten des Landesverbandes konzentrieren sich fast ausschließlich auf den Raum Barnim und Uckermark. Hier lädt die DLVH zu mehr oder weniger regelmäßigen Gesprächsrunden und sogenannten „Stammtischen“ ein.

Ein früherer DLVH-Bundesvorstandssprecher fungiert als Herausgeber von „Nation & Europa“, des wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorgans.

Die „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.“ (BKP) hat als Sammelbecken von Rechtsextremisten für die Region eine gewisse Bedeutung. Sie beschränkt sich im wesentlichen darauf, Vortragsveranstaltungen mit szenebekanntem Rednern zu organisieren. Bis einschließlich 1996 meldete sie für den Volkstrauertag in Halbe „Heldengedenkfeiern“ an, die seit 1992 regelmäßig verboten wurden. Wie in jedem Jahr, veranstaltete die BKP auch 1999 im Januar ihre „Reichsgründungsfeier“, an der jedoch deutlich weniger Personen teilnahmen als noch im vergangenen Jahr.

Kommunikationstechniken und neue Medien

Auch brandenburgische Rechtsextremisten setzen selbstverständlich moderne Kommunikationstechniken – Mobiltelefone, Mailboxen, Info-Telefone, Hörfunkkanäle und Internet – für ihre politische Arbeit ein. Der Nutzung dieser elektronischen Medien bietet Rechtsextremisten die Chance, die regional, organisatorisch, aber auch ideologisch zergliederte Szene zu festigen und zumindest informell zu verbinden. Über Informationsnetze können Nachrichten und Appelle rasch verbreitet und bundesweite Aktionen koordiniert werden.

Nach dem Zusammenbruch des „Nordland-“ und des „Thule-Netzes“ haben die Mailbox-Netze innerhalb der rechtsextremistischen Szene noch weiter an Bedeutung verloren. Mailbox-Netze erreichen ohnehin nur einen begrenzten Nutzerkreis. Wegen der wenig ansprechenden Optik der textorientierten Mailboxen sind zumindest Propaganda- und Werbeaktivitäten weitgehend in das Internet verlagert worden. Es ist zweifelhaft, ob von vereinzelten neuen Mailboxen Impulse ausgehen werden, die ein rechtsextremistisches Mailbox-Netz wieder erstarren lassen.

Mit rasanter Geschwindigkeit entwickelt sich das Internet. In der Bundesrepublik Deutschland wie auch in anderen hochentwickelten Industriestaaten ist dieses Kommunikationssystem erwartungsgemäß zu einem unverzichtbaren Medium zum Austausch von Informationen geworden. Viele Angebote im Internet werden von den Betreibern immer gezielter auf Anforderungen der Nutzer abgestimmt und qualitativ verbessert. Davon profitieren auch Rechtsextremisten bei ihrem nationalen und internationalen Informationsaustausch. Überdies erreichen sie im Internet, wenigstens virtuell, ein sehr viel größeres Publikum als durch herkömmliche Propagandamittel (Printmedien, öffentliche Auftritte usw.).

Da das neue Medium bei jungen Menschen die größte Akzeptanz findet und mittlerweile zu ihrer Lebenswelt gehört, werden am ehesten sie durch rechtsextremistische Propaganda im Internet erreicht und möglicherweise infiziert.

Auf Grund der anarchischen Strukturen des Internets erschließen sich politischen Extremisten in zunehmenden Maße Freiräume, die nicht mehr allein im nationalstaatlichen Rahmen begrenzt werden können. Um Texte und Symbole, die in Deutschland strafwürdig sind, ins Internet einzustellen, nutzen Rechtsextremisten im Schutze der Anonymität ausländische Provider. Außerdem können sie sich, wie andere Nutzer, verschiedener Verschlüsselungstechniken bedienen.

Neben der Masse einschlägiger englischsprachiger Texte wachsen auch die deutschsprachigen Internet-Angebote von Extremisten an Zahl und Umfang ständig an. Zum Ende des Jahres 1999 wurden etwa 330 Homepages deutscher Rechtsextremisten festgestellt, davon 80 mit Inhalten, die in Deutschland strafbar sind.

Betreiber von Homepages, die sich nicht selbst zu erkennen geben, lassen sich nur schwer identifizieren. Dennoch gelingt es von Fall zu Fall. Auch in Brandenburg wurden die Strafverfolgungsbehörden vom Verfassungsschutz auf Personen hingewiesen, die vermutlich strafwürdige Texte im Internet verbreiten.

Doch nicht nur Einzelpersonen und Kleinstgruppen, sondern auch größere, bundesweit verbreitete Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum – bis hin auf Orts- und Kreisverbandsebene – sind im Internet vertreten. Überdies finden Interpreten rechtsextremistischer Musiktitel und Vertreter dieser und anderer einschlägiger Szeneprodukte durch das Internet Interessenten und Käufer.

Deshalb muss man damit rechnen, dass Internet-Surfer durch Zufall oder dank gezielter Suche mit rechtsextremistischen Ideen und Angeboten, auf die sie ansonsten kaum gestoßen wären, bekannt werden.

Obwohl nunmehr Propagandatexte oder Aufrufe zu gemeinsamen Aktionen auch über das Internet verbreitet werden können, hat dies bisher nicht dazu geführt, dass die rechtsextremistische Szene sich organisatorisch oder ideologisch sehr viel stärker vernetzt hätte. Denn eine Grundvoraussetzung, die Verfügung über einen Computer und einen entsprechenden Internet-Zugang, ist noch keineswegs für jeden Rechtsextremisten selbstverständlich. Aber auch wegen der schier unübersehbaren Fülle der Informationsangebote ist das Internet als Mobilisierungsinstrument für Veranstaltungen oder Aktionen nur bedingt geeignet.

„Nationale Info-Telefone“ berichten über politische Ereignisse und Entwicklungen und kommentieren sie aus rechtsextremistischer Sicht. Mit Terminhinweisen helfen sie bei der Mobilisierung der Szene für Kundgebungen, Aufmärsche, Protestaktionen u. ä.

Auf der technischen Basis eines Anrufbeantworters werden in der Regel wöchentlich ein- bis zweimal aktualisierte Ansagetexte zusammengestellt. Zu besonderen Anlässen, wie zu „Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen“, erfolgen meist Sondersendungen. Einige NIT-Ansagetexte werden auch ins Internet eingestellt.

Da einige NITs – meist wegen finanzieller Probleme – ihren Betrieb für bestimmte Zeit oder gänzlich einstellen, andere NITs aber neu eingerichtet werden, verändert sich die Anzahl der

aktiven Info-Telefone häufig. 1999 nahmen das „Nationale Info-Telefon Karlsruhe“ und das „NIT Schwaben“ neu den Betrieb auf.

Exekutiv kann gegen die „Nationalen Info-Telefone“ nur relativ selten vorgegangen werden, denn die NIT-Betreiber versuchen ihre Ansagetexte im allgemeinen so zu formulieren, dass rechtsextremistische Positionen zwar eindeutig erkennbar sind, jedoch keine Straftatbestände verwirklicht werden.

Das „NIT Preußen“ wurde 1997 eingerichtet, um zur informellen Vernetzung hauptsächlich der Berliner rechtsextremistischen Szene beizutragen; aber auch Ereignisse in Brandenburg wurden von Anbeginn beachtet. Seit Anfang 1999 ist das „NIT Preußen“ über eine Rufnummer im Land Brandenburg zu erreichen. Denn der Betreiber, Mike PENKERT, ist von Berlin ins Umland gezogen.

Mike PENKERT ist auch der Hauptverantwortliche für ein einschlägiges Radio-Programm, das zunächst als „Radio Deutschland“ im April 1996 mit einer 60-minütigen Sendung auf der Kabelfrequenz des „Offenen Kanals Berlin“ (OKB) anlief. Seither wird immer wieder versucht, neonazistische Radiosendungen über den OKB auszustrahlen.

Die Sendungen setzen sich zusammen aus Ansagetexten der „Nationalen Info-Telefone“ (NIT) und Musik, die von Tonträgern rechtsextremistischer Liedermacher und Skinheadbands abgespielt wird. Sie werden im eigenen Tonstudio auf Band vorproduziert, bevor sie über den OKB in den Äther geschickt werden.

Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) versuchte verschiedentlich, die Ausstrahlung dieser Sendungen zu unterbinden. Durch Umbenennungen des Radioprogramms („Radio Germania“, „Radio Z“, „Radio Knorke“) gelang es aber mehrfach, Verbote zu umgehen. Denn für einen dauerhaften Ausschluss vom Sendebetrieb gab es zunächst keine rechtliche Grundlage. 1999 wurden acht Sendungen ausgestrahlt, zuletzt am 29. Oktober. Am 21. Dezember wurde PENKERT die Ausstrahlung weiterer Sendungen im OKB von der Medienanstalt unbefristet untersagt. Der Ausgang des anschließenden Rechtsstreits ist offen.

Doch auch das Internet bietet, wie erwähnt, Möglichkeiten, Verbote zu unterlaufen. „Radio Germania“ verfügt seit 1998 über eine eigene Homepage im Internet. Somit ist es möglich, mittels des Real-Audio-Player-Verfahrens den jeweils aktuellen Sendebeitrag von „Radio Germania“ als Audio-Datei herunterzuladen und anzuhören. Die Homepage liefert auch Informationen über die Macher des Radioprogramms: Sie bezeichnen sich als „Nationale Sozialisten“, die „der Bewegung treu ergeben sind“.

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
	1998	1999	1998	1999
Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten*	8.200	9.000	550	580
HNG	450	500	15	30
unorganisierte Neonazis	keine Angaben	keine Angaben	120	175
NPD	6.000	6.000	150	200
JN	400**	350**	Einzelpersonen	Einzelpersonen
DVU	18.000	17.000	200	400
REP***	15.000	14.000	330	240
DLVH	500	400	70	40

* Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten, darunter Skinheads, wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

** Mitgezählt sind auch JN-Anwärter, d. h. solche Personen, die erst nach einer „Bewährungszeit“ aufgenommen werden.

*** Es kann nicht unterstellt werden, dass jedes einzelne Mitglied der REP rechtsextremistische Ziele verfolgt und unterstützt.

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg

	1997	1998	1999
vollendete Tötungsdelikte	1	0	0
versuchte Tötungsdelikte	3	3	2
Körperverletzung	83	48	45
Brandstiftungsdelikte	0	3	5
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch	10	6	10
Sachbeschädigung	38	11	12
Volksverhetzung / Gewaltdarstellung / Aufstachelung zum Rassenhass	47	43	47
Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Propagandamittel verfassungswidriger Organisationen	344	165	118
sonstige	44	30	49
gesamt	570	309	288
davon: fremdenfeindlich	153	94	118
antisemitisch	32	31	25
Gewaltstraftaten*	98	59	62

Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des LKA; die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

* Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung und Störungen der Totenruhe sind nicht als Gewaltstraftaten mitgezählt.

3. LINKSEXTREMISMUS

Aktuelle Entwicklung

Die gefährlichste Form linksextremistischer Bestrebungen in Brandenburg wie auch bundesweit wird nach wie vor von den Autonomen verkörpert. Ihre Vorstellungen von einer „herrschaftsfreien“ Gesellschaft versuchen sie oft mit erheblicher krimineller Energie durchzusetzen.

Zuweilen wird dabei die Schwelle zum Terrorismus überschritten. Immer wieder unternehmen klandestin operierende Kleingruppen aus der autonomen Szene terroristische Aktionen. Sofern sie sich gegen Personen richten, zielen sie allerdings nicht auf die Auslöschung von Menschenleben, da dies in Teilen der Sympathisantenszene und erst recht in der Öffentlichkeit nicht „vermittelbar“ wäre. Dass Menschen auch körperlichen Schaden nehmen, wird allerdings von einigen Gruppen billigend in Kauf genommen.

Bei der Wahl ihrer Aktionsthemen orientieren sich die Autonomen an Trends und Diskussionen in der Gesellschaft sowie an ihren eigenen Selbstbehauptungsinteressen.

In einer Sonderausgabe des autonomen Berliner Szeneblatts „INTERIM“ vom 21. Dezember mit dem Titel „INTERIM 2000 – Ein Rückblick auf die 90er-Jahre“ wird einleitend resümiert, das erste Jahrzehnt Großdeutschland sei für die Szene vor allem von Abwehrkämpfen geprägt gewesen, aber es habe auch motivierende Erfahrungen gegeben. In einem Ausblick auf die Kämpfe im kommenden Jahrtausend heißt es:

„Wir ... waren aktiv, haben viele Demos auf die Beine gestellt, Faschos verprügelt, Supermärkte angezündet, Bonzenautos zum Schmelzen gebracht, Feste gefeiert und anderen die Feste gründlich verdorben. (...) Olympia in Berlin wurde verhindert und zum Ausklang haben wir uns diebisch gefreut über die Riots von Seattle (...). Der Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt macht so auch Mut für das kommende Jahrtausend. Die 90er haben gezeigt, daß wir ... kreativ genug sein können, immer wieder neue Formen des Widerstands zu entwickeln.“

An solchen Handlungsanleitungen orientieren sich gerade auch die unmittelbaren Adressaten, die autonomen Szenen in Berlin und im brandenburgischen Umland von Berlin, die sich ohnedies fortschreitend miteinander verflechten und vernetzen.

Unverändert aktuell ist für die Autonomen der „antifaschistische Kampf“. Die militante „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) startete Anfang des Jahres eine Kampagne mit dem Titel: „Antifa Offensive 99 – Den rechten Vormarsch stoppen!“. An dieser Offensive beteiligten sich auch Antifa-Gruppen aus dem Land Brandenburg innerhalb eines „Antifaschistischen Aktionsbündnisses Brandenburg“. Obwohl dem Namen nach ein Bündnis in und für Brandenburg, wird es maßgeblich bestimmt von der „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB), einer besonders militanten Mitgliedsorganisation der AA/BO. Zwischen brandenburgischen und Berliner Autonomen bestehen teilweise enge Kontakte. Die Berliner Autonomen unterstützen die Gruppen in Brandenburg nicht nur ideologisch, sondern beteiligen sich auch an – teilweise gewaltsam verlaufenden – Aktionen im Land Brandenburg.

Angehörige der autonomen Szene engagieren sich seit Jahren – in Agitation und auch in Aktion – gegen vermeintlich rassistische Denk- und Verhaltensmuster in Staat und Gesellschaft. 1999 konzentrierten sie sich insbesondere auf die von der CDU/CSU Ende Januar gestartete Unterschriftenaktion gegen die generelle Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Dagegen gingen militante Linksextremisten bundesweit u. a. mit Sachbeschädigungen und Anschlägen auf Gebäude, Fahrzeuge, Info-Stände vor; angegriffen wurden aber auch Personen, die Unterschriften sammelten.

Den „politischen“ Anspruch, die Straße als öffentlichen Raum „zurückzuerobern“, verfechten Autonome – allerdings nicht sie allein – mit der in jüngster Zeit geübten Aktionsform der sogenannten „Reclaim the Streets“ (RTS)-Parties.

Militante CASTOR-Gegner suchen nach neuen Handlungsperspektiven. Denn einerseits steht ein rascher Ausstieg aus der Atomenergiewirtschaft auch unter veränderten politischen Rahmenbedingungen nicht zu erwarten, andererseits wird von staatlicher Seite nach Alternativen zu CASTOR-Transporten gesucht, die die Szene ihres „Widerstands“-Symbols zu berauben drohen. Auf mehreren bundesweiten Anti-Atom-Konferenzen wurde über Strategien debattiert.

Kämpfen will man auf jeden Fall u. a. gegen den geplanten Abtransport der abgebrannten Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Rheinsberg, das bereits vor Jahren stillgelegt wurde und zum kompletten Rückbau vorgesehen ist. Der Sinn dieses Kampfes dürfte sich allerdings selbst Sympathisanten schwerlich erschließen, da der Transport der völligen Beseitigung der Atomanlage Rheinsberg dient – wie gerade von militanten Kernkraftgegnern immer wieder gefordert. Auf Unterstützung aus der Bevölkerung, wie im niedersächsischen Gorleben, können die Anti-Atom-Aktivisten schon deshalb kaum rechnen. Hingegen ist zu erwarten,

dass entsprechende Aktionen mindestens aus der Berliner Szene heraus unterstützt, wenn nicht gar initiiert werden.

Der Umzug von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin bietet einen weiteren Ansatzpunkt für gemeinsame Aktionen von Autonomen in Berlin und Brandenburg. Die unmittelbare Präsenz der politischen Entscheidungsträger bringt den Autonomen einen Motivationsschub nicht nur für eigene Veranstaltungen, sondern auch für die Beteiligung an Demonstrationen aller Art, deren Thematik sich nur irgendwie mit ihren politischen Absichten verknüpfen lässt.

Seit im Oktober 1990 Hannover als Standort für die Weltausstellung EXPO 2000 bekannt wurde, formiert sich aus dem linksextremistischen Spektrum militanter Widerstand. Die Autonomen bekämpfen die EXPO 2000 mit der Behauptung, dass sie lediglich eine „Selbstinszenierung des Kapitals“ sei und der Herrschaftssicherung der „herrschenden Eliten“ diene. Diese versuchten, die von ihnen selbst geschaffenen gesellschaftlichen Probleme mit „menschenverachtenden“ Technologien (Gentechnologie, Atomkraft) zu lösen. 1999 kam die Anti-EXPO-Kampagne jedoch nicht recht voran.

Potenzielle Ziele für gewaltsame Protestaktionen auch außerhalb Hannovers sind Referenzprojekte der EXPO sowie Firmen und Einrichtungen, die sich an der Planung und Durchführung der Weltausstellung beteiligen oder das Projekt auf andere Weise, z. B. als Welt- oder Produktpartner, unterstützen.

Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) ist Geschichte. Das mutmaßliche RAF-Mitglied Barbara MEYER stellte sich im Mai den Strafverfolgungsbehörden. Am 15. September wurde in Wien das mutmaßliche RAF-Mitglied Horst Ludwig MEYER bei einem Schusswechsel mit Polizeibeamten tödlich verletzt. Die ihn begleitende Andrea KLUMP, seit 1984 mit internationalem Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in der RAF gesucht, wurde unverletzt festgenommen und zwischenzeitlich in die Bundesrepublik ausgeliefert. Die Reaktionen der linksextremistischen Szene hierauf waren verhalten.

Doch auch nach dem Scheitern der „Rote Armee Fraktion“ behaupten einige Linksextremisten die „Notwendigkeit und Legitimation der Revolte“ – so die Auflösungserklärung der RAF. Im „Antiimperialistischen Widerstand“ (AIW), einem Personenspektrum, das aus Spaltungen des ehemaligen RAF-Gefüges erwachsen ist, wird zumindest prinzipiell der bewaffnete Kampf als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung befürwortet. Einzelpersonen aus dem AIW haben eine ideologische und militärische Ausbildung in Lagern

der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) durchlaufen. Freilich mangelt es dem AIW an ideologischer Klarheit, innerer Geschlossenheit und einer hinreichenden personellen Basis.

Im Oktober wurde das mutmaßliche Mitglied der „Revolutionären Zellen“ (RZ) Rudolf SCHINDLER in Frankfurt/Main festgenommen. Er steht im Verdacht, sich an Vorbereitungen zum blutigen Überfall auf die OPEC-Konferenz 1975 in Wien beteiligt zu haben. Ein weiteres mutmaßliches RZ-Mitglied, Tarek MOUSLI, wurde im November wegen des dringenden Verdachts der Rädelsführerschaft festgenommen. Im Anschluß an die Festnahme wurden acht Objekte, davon zwei in Brandenburg, durchsucht. Die Ermittlungen dauern an.

Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf hat am 1. September gegen zwei Mitglieder der „Antiimperialistischen Zelle“ (AIZ), Bernhard FALK und Michael STEINAU, langjährige Haftstrafen verhängt. Der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung wurde vom Gericht fallen gelassen, da nicht eindeutig festgestellt werden konnte, ob es sich bei der AIZ um eine terroristische Vereinigung mit fester Kommandostruktur gehandelt habe. Durch ihre Orientierung an „revolutionär-islamischen Gruppen“ hatte sich die AIZ innerhalb der linksextremistischen Szene zunehmend isoliert. Nach der Festnahme der nunmehr Verurteilten erfolgten keine weiteren Anschläge der AIZ mehr.

Kommunistische Parteien und Vereinigungen verharren weiterhin auf einem bescheidenen personellen und organisatorischen Niveau. Trotzistische und anarchistische Organisationen spielen im linksextremistischen Spektrum nach wie vor eine untergeordnete Rolle. An den Landtagswahlen am 5. September beteiligte sich keine linksextremistische Partei.

Einmal innerhalb des ganzen Jahres fand die ansonsten zersplitterte und zerstrittene linksextremistische Szene einen übergreifenden Aktionsrahmen: Autonome, Anarchisten, Anhänger der Graswurzelbewegung, Antiimperialisten, Trotzisten, Marxisten-Leninisten und Maoisten verbündeten sich in seltener Eintracht, um gegen den militärischen Einsatz der NATO im Kosovo und die deutsche Beteiligung daran zu protestieren. Auch in Brandenburg gab es gemeinsame Mahnwachen, Infostände und Kundgebungen.

Fast alle linksextremistischen Parteien sowie zahlreiche autonome und anarchistische Gruppierungen sind mit eigenen Homepages im Internet vertreten; so auch in Brandenburg. Linksextremisten messen dabei Verschlüsselungsprogrammen und -techniken einen hohen Stellenwert bei, da sie zumindest in Teilbereichen konspirativ agieren. Die Mailboxsysteme, die von Linksextremisten betrieben oder genutzt werden, verlieren hingegen weiter an Bedeutung.

Autonome

Autonome nehmen für sich in Anspruch, als Alternative zu den gesellschaftlichen Standards eine menschenwürdigere Existenzweise ohne hierarchische Strukturen, einengende Normen und ökonomische Zwänge gewählt zu haben. Anders als andere alternative Gruppen befürworten sie Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und wenden sie häufig an.

Autonome Personenzusammenschlüsse gibt es in Brandenburg in den vier kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, weiterhin z. B. in Bernau, Eberswalde, Forst, Guben, Königs Wusterhausen, Neuruppin, Rathenow, Senftenberg und Spremberg.

Obwohl die Fluktuation innerhalb der Szene ist relativ hoch ist, veränderte sich die Zahl der Autonomen in Brandenburg kaum. Immer wieder fühlen sich Jugendliche und Heranwachsende vom autonomen Lebensstil angezogen. Nach anfänglicher Begeisterung flaut das Interesse an Aktion häufig ab. Schließlich ziehen sich viele nach Abschluss ihrer Berufsausbildung aus der Szene wieder ins Privatleben zurück. Aber einzelne Personen bleiben über Jahre im autonomen Milieu zurück, finden aus Gruppenzwängen und Verhaltensmustern der Szene nicht mehr heraus. So bildet sich allmählich in Brandenburg, wie schon in westlichen Bundesländern und in Berlin, ein Kern von „Berufsautonomen“, die ihren Lebenszweck in kämpferischen Szeneaktionen sehen.

Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten im Land Brandenburg wieder deutlich zugenommen – dies entgegen dem leicht rückläufigen Bundestrend (siehe Überblick S. 15).

Autonome agieren nach wie vor meist in losen örtlichen Personenzusammenschlüssen. Doch nicht wenige meinen, durch verbindlichere Strukturen langfristig mehr bewirken zu können. Aus dieser Überzeugung heraus ist 1992 die militante „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) gegründet worden. Ihr gehören – bei regionaler Eigenständigkeit – eine Reihe gewaltbereiter „Antifa“-Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet an. Sie nutzen diese Organisationsform zum Erfahrungsaustausch, zur Koordination und zur gegenseitigen Unterstützung. Auf diese Weise sollen der regional begrenzte Aktionsradius und die zahlenmäßige Schwäche der eigenen Gruppe kompensiert werden. Auf AA/BO-Bundestreffen, zu denen die einzelnen Gruppen Delegierte entsenden, werden Strategien und einzelne Vorhaben abgestimmt. Letztlich will die AA/BO mit der „Antifa“-Arbeit als Ansatzpunkt eine Gegenperspektive zum „bestehenden kapitalistischen System“ entwickeln.

Von geringerer Bedeutung als die AA/BO ist das 1993 entstandene, lockerer strukturierte „Bundesweite Antifa-Treffen“ (B.A.T.).

Unentbehrlich für den Informationsaustausch und die Mobilisierung zu Demonstrationen und Kampagnen sind lokale Szenepublikationen wie „RED Stachel“ (Bernau) und „Noch härtere Zeiten“ (Cottbus). Sie sind nicht durchweg linksextremistisch konzipiert, behandeln aber bevorzugt Themen, die auch in der linksextremistischen Szene diskutiert werden. Neben Beiträgen zu sozialen und ökologischen Problemen der Region stehen Hinweise und Berichte zu linksextremistischen oder linksextremistisch beeinflussten Veranstaltungen. Mindestens indirekt wird auch zu militanten Aktionen aufgerufen. So ist in „RED Stachel“, Nr. 72, Ausgabe Dezember 1999, unter der Überschrift „Widerstand gegen die EXPO 2000“ ein „Interview eines/r Anti-EXPO-AktivistIn mit ‚Eurodusnie‘, einer anarchistischen Szenezeitung aus Holland“, abgedruckt; die interviewte, bewusst anonym bleibende Person nennt „Gründe für den Widerstand gegen die Expo“ und geht auf die „– zweifellos notwendigen – Widerstandsaktionen vor und während der Expo“ ein.

Überregionale Bedeutung hat insbesondere die in Berlin erscheinende linksextremistische Wochenschrift „INTERIM“. Sie ist gerade auch für brandenburgische Szeneangehörige interessant. Denn sie weist immer wieder auf einschlägige Veranstaltungen – Demonstrationen, Camps, Konzerte usw. – in der Region Berlin-Brandenburg hin bzw. berichtet kritisch über deren Verlauf. Außerdem publiziert sie Taterklärungen wie die der „AntimilitaristInnen aus Brandenburg und Berlin“ zur Besetzung des Kreiswehersatzamtes in Neuruppin am 19. Mai (Nr. 477 vom 3. Juni) oder Bekennerbriefe wie den der „Autonomen Gruppen“ zum Brandanschlag auf einen Reisebus in Bernau in der Nacht zum 8. Juli (Nr. 482 vom 26. August).

Autonome verbreiten ihre Szenepublikationen, so die Zeitschrift „RED Stachel“, auch im Internet.

Nach wie vor ist die autonome Szene bestrebt, anlassbezogen Bündnisse mit linksextremistischen Parteien, aber auch demokratischen Gruppierungen einzugehen. Sie bemüht sich um die möglichst unauffällige Mitwirkung bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Veranstaltungen, die auch von demokratischen Kräften getragen werden. Damit hofft sie, zu einem allmählich fortschreitenden politischen Bewusstseinswandel beizutragen. Zum anderen beteiligen sich Autonome häufig an Demonstrationen, mit denen breit angelegte Bündnisse beispielsweise gegen Aktivitäten von Rechtsextremisten protestieren. Die Absicht, friedlich demonstrieren zu wollen, dient den Autonomen dabei häufig nur als Vorwand, um eine

Gelegenheit für Gewalttaten zu finden. Absprachen zu friedlichem Verhalten werden ignoriert, sobald ihnen dies zweckmäßig erscheint.

In der seit August in der linksextremistischen Szene verbreiteten Broschüre „Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Update 99“ werden unter der Überschrift „Was tun?“ „... einige Möglichkeiten von antifaschistischer Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen“ dargestellt. Dazu gehören Handlungsvorschläge, wie man sich in der Bevölkerung Gehör verschaffen und damit mehr oder weniger unbemerkt für Anliegen der „Antifa“-Szene werben könne, aber auch „Tipps“ zur Absicherung von Straftaten gegen einen polizeilichen Zugriff: „Sprühen“ antifaschistischer Parolen „fällt nach dem Strafgesetzbuch unter ‚Sachbeschädigung‘. Daher gilt: Laßt Euch nicht erwischen und organisiert einen Schutz, wenn Ihr sprühen geht.“ An anderer Stelle heißt es: „LeserInnenbriefe sind oftmals die einzige Möglichkeit, Eure Sichtweise in eine Zeitung zu bringen. Am besten schreibt Ihr so schnell wie möglich, wenn ... Ihr zu einem Thema Stellung beziehen wollt. Je kürzer und genauer ein Leserbrief ist, desto größere Chancen gibt es, daß er veröffentlicht wird. Die meisten Zeitungen drucken LeserInnenbriefe nur ab, wenn sie mit einem Namen / einer Organisation unterschrieben sind. Ihr könnt Euch dafür z. B. auch Phantasienamen und Pseudonyme ausdenken.“ Ebenso geeignet wären Straßenfeste: „Viele Menschen, die erst einmal nicht auf eine antifaschistische Demonstration oder Veranstaltung gehen würden, kommen zu Straßenfesten, weil sie neugierig sind, in der Sonne stehen und plaudern wollen etc.“. Solche Anregungen werden von der Szene – mehr oder minder erfolgreich – in der Praxis befolgt.

Die Autonomen verstehen unter „Antifaschismus“ nicht allein den Kampf gegen vermeintlich oder tatsächlich rechtsextremistische Tendenzen, Einrichtungen und Personen, sondern zugleich auch den Kampf gegen das herrschende politische System: Denn nach ihrer Auffassung wohnt der „Faschismus“ einer kapitalistisch bestimmten Gesellschaft und Staatsform zwangsläufig inne. Als konsensstiftendes Bindemittel spielt der „Antifaschismus“ für die militante linksextremistischen Szene eine entscheidende Rolle; unter seinem Banner wird sie rekrutiert, strukturiert, organisiert und mobilisiert. Gewalt gegen den „Faschismus“ und gegen „Faschisten“ gilt unbestritten als legitimes Mittel „autonomer Politik“.

Die AA/BO-Kampagne „Antifa Offensive 99 – Den rechten Vormarsch stoppen“ zielte darauf ab, örtliche und regionale Strukturen von Rechtsextremisten aufzudecken und öffentlich zu thematisieren. Ein Faltblatt der AA/BO geht auf das Jahr 1998 ein: „Es war zwar vereinzelt möglich, durch militante Aktionen FaschistInnen daran zu hindern, an den Aufmärschen

teilzunehmen, doch letztlich waren (autonome) AntifaschistInnen ... auf sich allein gestellt.“ Deshalb forderten die an der „Antifa-Offensive 99“ beteiligten Gruppen: „Zusammen kämpfen!“ Mithin verfolgte die „Antifa Offensive 99“ auch einen nach innen hin gerichteten Zweck: Die „Antifa“-Bewegung sollte sich schlagkräftiger organisieren und durch neue Ideen, Aktionsformen und Konzepte befruchtet werden, damit die „Antifa“-Gruppen nicht nur auf rechtsextremistische Aktionen reagieren, sondern vereint die Initiative ergreifen, in die Offensive gehen und wieder aus einer Position der Stärke heraus agieren können. Das Nahziel heißt: „faschistischen“ Großaufmärschen erfolgreiche Aktionen entgegensetzen. Das Fernziel der „Antifa-Offensive 99“ bleibt: „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem kapitalistischen System!“

Im Land Brandenburg wurde die Kampagne „Antifa Offensive 99 – Den rechten Vormarsch stoppen!“ vom „Antifaschistischen Aktionsbündnis Land Brandenburg“ aufgegriffen. Ihm gehören neben nicht extremistischen Vereinigungen auch linksextremistisch beeinflusste und linksextremistische Gruppen an. Innerhalb dieses Bündnisses werden insbesondere durch die militante „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB) linksextremistische Aktivitäten in Berlin und Brandenburg miteinander verklammert.

Diese Kampagne konzentrierte sich in Brandenburg darauf, im Landtagswahlkampf gegen den befürchteten Einzug rechtsextremistischer Parteien in das Landesparlament mobil zu machen.

So demonstrierten am 4. September, einen Tag vor der Wahl, etwa 250 Personen in Fürstenwalde unter dem Motto „Den rechten Vormarsch stoppen! – Schluss mit dem Naziterror in Fürstenwalde!“. Hierzu hatten u. a. die AAB und von ihr gesteuerte Jugendgruppen wie die „Antifa Jugendaktion Potsdam“, die „Antifaschistische Jugend Brandenburg“ und die „Jugendantifa Eberswalde“ aufgerufen. Die Demonstration verlief friedlich.

Da sich die demokratische Mehrheit in der Ablehnung der rechtsextremistischen Wahlpropaganda einig war, glaubte die autonome Szene, auch illegale „Antifa“-Aktionen könnten „vermittelbar“ sein und geduldet werden. „Antifa“-Aktivisten gingen deshalb massiv gegen die Wahlwerbung insbesondere der DVU und der NPD vor: Nicht nur Werbematerialien, vor allem Wahlplakate, wurden beschädigt, zerstört oder gestohlen – auch Aktivisten und Wahlhelfer dieser Parteien wurden wiederholt bedroht oder gar gezielt angegriffen und verletzt.

Vier Wahlhelfer der DVU wurden am 16. Juli in Senftenberg, als sie Wahlplakate anbrachten, von einer ca. 10-köpfigen Gruppe beschimpft und tätlich angegriffen. Ein 48-jähriger wurde von einem Stein am Kopf getroffen.

Vereinzelt richteten sich vergleichbare Aktionen auch gegen demokratische Parteien.

Als am Abend des 5. September bekannt wurde, dass die DVU den Sprung in den Landtag schaffen werde, zogen ca. 70 zum Teil verummte Personen aus Protest durch die Stadt Potsdam zum Landtagsgebäude. Sie skandierten Parolen wie „Nazis raus“, „Die Braunen sind zurück“ und „Nazis jagen, Nazis schlagen und dann das System begraben“, dabei führten sie Plakate mit der Aufschrift „Freiheit statt Freystaat“ (Anspielung auf den DVU-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY) mit. Auf dem Landtagsgelände kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen: Ein Kleintransporter der CDU wurde umgeworfen, ein weiterer beschädigt. Ein Polizeibeamter wurde verletzt, bei einem Funkstreifenwagen der Polizei wurden alle vier Reifen zerstoßen. Zudem verspritzte man Buttersäure am Eingang zum Festsaal des Hotels Dorint, um die Wahlparty der CDU zu beeinträchtigen. An diesen Krawallen waren Linksextremisten aus Berlin und Brandenburg beteiligt.

Mit diesen Ausschreitungen auf dem Landtagsgelände erreichte die Kampagne „Antifa Offensive 99 – Den rechten Vormarsch stoppen!“ ihren Höhepunkt.

Ein taktisches Mittel des „Antifa“-Kampfes besteht darin, potenziellen Teilnehmern rechts-extremistischer Veranstaltungen die Anreise zu erschweren oder Busunternehmen, die vermeintliche oder tatsächliche „Nazis“ transportieren, durch Beschädigung ihrer Busse zu „bestrafen“. Damit will man erreichen, dass rechtsextremistischen Gruppierungen „irgendwann mal keine Busse mehr vermietet werden. (...) Natürlich lehnen wir es keineswegs ab, Nazis offensiv anzugreifen, aber wenn man (...) vor der Entscheidung zwischen einem persönlichen Angriff und der Zerstörung von Sachwerten steht, empfiehlt es sich, die erfolversprechendere Möglichkeit zu wählen.“ („INTERIM“, Nr. 467 vom 14. Januar)

Am 7. Juli setzten in Bernau unbekannte Täter einen geparkten Reisebus in Brand, indem sie einen mit Brandbeschleuniger getränkten Lappen vor den rechten Hinterreifen des Busses legten und anzündeten. Am Bus entstand ein Sachschaden von ca. 80.000 DM. In einem Selbstbeichtigungsschreiben unter der Überschrift „Die Verkehrswacht informiert“ bekennt sich eine Gruppierung „Autonome Gruppen“ zu dem Brandanschlag. Sie begründet ihn damit, dass mit einem Bus des geschädigten Reiseunternehmens „Brandenburger Neonazis“ am 4. Juni nach Hamburg gefahren wurden. „Mit dem Anschlag gegen einen Bus (...) wollten wir zeigen, dass sich das Geschäft mit und die Unterstützung von Nazis nicht lohnt und nicht lohnen darf.“ Das

Bekennerschreiben endet mit den Worten: „Dem organisierten Auftreten der Nazis lässt sich immer wirksam etwas entgegensetzen. Keine Unterstützung den organisierten Faschisten! Neonazi-Aufmärsche verhindern!“ („INTERIM“, Nr. 482 vom 26. August). Dieser Appell muss als Aufruf zu weiteren Gewalttaten verstanden werden.

Die Broschüre „Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Update 99“ dokumentiert die Methoden und Ergebnisse zielgerichteter „antifaschistischer Recherche“ zu tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten. Deren Aktivitäten in unterschiedlichen Regionen Brandenburgs werden – auf Grund teils zutreffender Informationen, teils von Mutmaßungen, Verdächtigungen und Verwechslungen – detailliert dargestellt und durch steckbriefartige Fotos illustriert. Im Vorwort wird bekräftigt, es sei für eine effektive antifaschistische und antirassistische Arbeit nach wie vor notwendig, die Protagonisten rechtsextremistischer Ideologien und Organisation aus ihrer Anonymität zu holen und zu benennen. Gleichzeitig werden die Leser aufgefordert, selber „rechte Zusammenhänge“ auszuspähen und gegen die angeprangerten Personen und Strukturen „aktiv zu werden“. Wörtlich heißt es dazu u. a.: „Möglichkeiten, Faschisten zu fotografieren, gibt es genug bei ihren Auftritten, Kundgebungen, am Rande von antifaschistischen Demonstrationen (...). Fotos und Negative/Filme sollten, wenn möglich, nicht in der eigenen Wohnung aufbewahrt werden“. Auch der Zweck dieser Recherchearbeit wird nicht verschwiegen: „Ein Kernpunkt unserer Arbeit muss es sein, Schulungen, Veranstaltungen, Konzerte und Organisation der Nazis zu verhindern. ... Dazu gehört auch die direkte Konfrontation mit ihnen. Wenn wir ihre Treffen verhindern wollen, nehmen wir bewusst auch Gewalt als Mittel in Kauf.“

Aufrufe wie diese werden in der linksextremistischen Szene bereitwillig befolgt.

Am 15. Januar diskutierten in Perleberg die ca. 25 Teilnehmer einer Szeneparty darüber, wie man einer bestimmten Person, die als Angehöriger der rechten Szene eingestuft wurde, „einen Denkkzettel verpassen“ könne. Eine kleine Gruppe machte sich auf den Weg und verschaffte sich durch das Aufdrücken der Eingangstür gewaltsam Zutritt zum Wohnhaus des Opfers. Den Hausflur besprühte man mit dem Schriftzug „Nazis raus“, die Hausbriefkästen und die Haustür mit der Autonomenmarke - „A“ mit Kreissymbol. Dann drangen die Täter in die Wohnung des vermeintlich „Rechten“ ein, griffen ihn mit einer Axt an und sprühten weiteren Personen Kontaktspray ins Gesicht. Außerdem wurden Einrichtungsgegenstände der Wohnung beschädigt bzw. zerstört. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung in vier Fällen in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch.

Drei Täter wurden vom Amtsgericht Perleberg rechtskräftig verurteilt, zwei zu Bewährungsstrafen zwischen acht und 15 Monaten, der dritte, unter Einbeziehung einer weiteren Verurteilung, zu insgesamt zwei Jahren und drei Monaten.

Ins Visier der Linksextremisten geriet 1999 insbesondere die von der CDU/CSU Ende Januar gestartete Unterschriftenaktion gegen die generelle Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. In der Szenezeitschrift „INTERIM“, Nr. 468 vom 28. Januar, wurde unter der Überschrift „Stoppt die rassistische Kampagne der CDU/CSU!“ unverhohlen dazu aufgefordert, der „rassistischen Hetze entschlossen entgegenzutreten“ und Unterschriftenlisten zu vernichten: „Gut finden wir, dass es bundesweit (auch militante) Aktionen gegen diese Kampagne gibt. (...) unsere Chance kann in dieser Situation darin bestehen, mit linksradikalen Positionen in die Diskussion einzugreifen und durch taktische Bündnisse mehr Raum für antirassistische Positionen zu schaffen.“ In einer ebenfalls dort veröffentlichten Tatbekennung unter der Überschrift „Volxspott“ heißt es: „Wir rufen euch dazu auf, den Preis für diese rassistische Stimmungsmache so hoch wie möglich zu treiben und sowohl die (Stände der) CDU als auch die Unterschreibenden anzugreifen, zu stören, zu behindern!“

Dem wurde auch in Brandenburg Folge geleistet:

Am 28. Januar wurden drei Fensterscheiben der CDU-Kreisgeschäftsstelle Potsdam mit Ziegelsteinen bzw. Betonstücken eingeworfen. An der Eingangstür richtete eine Brandflasche leichte Beschädigungen an. An das Schild neben der Eingangstür wurde ein Zettel mit der Aufschrift geklebt: „Jesus Christus nur für Deutsche! – CDU – Eine Gemeinschaftsaktion mit NPD und Republikanern!“

Während einer Unterschriftensammlung der CDU am 30. Januar in Potsdam provozierten Mitglieder der „Antifa Jugendaktion Potsdam“ (AJAP) unterschriftswillige Bürger. Im weiteren Verlauf wurde der CDU-Info-Stand mit Fußtritten und Faustschlägen zerstört. Bei dem Versuch, die Unterschriftenlisten zu sichern, wurde ein Unterschriftensammler mit einem Faustschlag ins Gesicht angegriffen. Danach flüchteten die Täter unter Mitnahme der bereits ausgefüllten Unterschriftenlisten.

In Forst wurde am 10. Februar die Eingangstür eines Büros des CDU-Kreisverbands beschädigt. Am Türrahmen wurden Aufkleber u. a. mit der Parole „Zerschlagt die Nazibanden“ angebracht.

Das Thema „Antimilitarismus“ hat auch für die autonome Szene im Land Brandenburg durch den NATO-Einsatz im Kosovo im Frühjahr an Aktualität gewonnen. Linksextremisten

behaupten, die Bundeswehr würde Schritt für Schritt auf die Absicherung der zukünftigen Funktion Deutschlands als Großmacht vorbereitet; dies werde insbesondere an den Einsätzen in Jugoslawien bzw. Ex-Jugoslawien und der Aufstellung von Krisenreaktionskräften deutlich. Der politischen Klasse wird „Verlogenheit“ vorgeworfen, da sie Krieg führe, um angeblich die Menschenrechte zu verteidigen, hingegen mit Abschiebungen und Ausweisungen von Ausländern aus der Bundesrepublik selber fortwährend gegen die Menschenrechte verstoße.

Vor dem Hintergrund des Bundeswehreininsatzes im Kosovo-Konflikt besetzten etwa 30 Personen aus Berlin und Brandenburg am 19. Mai gewaltsam das Kreiswehersatzamt in Neuruppin. Sie verschanzten sich im Erdgeschoß und blockierten den Eingangsbereich mit Ketten, drangen in ein Labor ein und zerrissen die Akte eines Wehrpflichtigen. Am Gebäude wurden zwei Plakate mit der Aufschrift „Soldaten sind Mörder“ sowie „Nie klein begeben“ angebracht. Am Tatort ließen die Besetzer ein Flugblatt zurück, für das „AntimilitaristInnen aus Brandenburg und Berlin“ verantwortlich zeichnen. In ihm wird die Besetzungsaktion wie folgt begründet: „Wir protestieren damit gegen den ersten Angriffskrieg Deutschlands seit 54 Jahren. (...) Wir versuchen (...) mit dieser Aktion so viel Musterungen wie nur möglich zu verhindern und hoffen auf viele NachahmerInnen, um so die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr erheblich einzuschränken. (...) Wir fordern den sofortigen Stop der Bombardements und den Rückzug der Bundeswehr aus dem Balkan. (...) Wir fordern die Auflösung der Bundeswehr, denn solange es die Bundeswehr gibt, besteht die Gefahr, dass ähnlich skrupellose PolitikerInnen wie Schröder, Scharping und Fischer wieder Krieg führen.“ Nach der Räumung des Gebäudes durch die Polizei werden 24 Personen wegen schweren Hausfriedensbruches sowie Körperverletzung vorübergehend in Gewahrsam genommen.

Einzelne Täter wurden zu Geldstrafen verurteilt, zu anderen Beteiligten stehen Gerichtsentscheidungen noch aus.

Autonome beteiligen sich an Aktionen gegen öffentliche Auftritte von Soldaten in Uniform. Sie mobilisierten z. B. zu Störaktionen gegen das „Gelöbnis“ (Szene-Jargon) der Bundeswehr in Berlin am 20. Juli, dem Jahrestag des Attentats auf Hitler. Ein „Autonomes Antikriegsplenum“ ließ in „INTERIM“, Nr. 479 vom 7. Juli, hierzu verlauten, die Bundeswehr stehe „nicht in antifaschistischer Tradition“, sondern sei „Teil der ‚Kalten Kriegsmaschinerie‘“. Öffentliche Gelöbnisse seien „militaristisch“ und „undemokratisch“, deshalb werde „zum massiven Protest gegen das öffentliche Bundeswehrgelöbnis“ aufgefordert. Ein weiterer, u. a. von der AAB unterzeichneter Aufruf schließt: „Wir rufen dazu auf, das Gelöbnis am 20. Juli phantasievoll zu stören!“ („INTERIM“, Nr. 480 vom

15. Juli). An den Störungen und Ausschreitungen während des Gelöbnisses beteiligten sich auch Personen aus dem Land Brandenburg.

Öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr im Land Brandenburg verliefen überwiegend ohne nennenswerte Störung. Alle Versuche, Veranstaltungen der Bundeswehr zu beeinträchtigen, scheiterten. So formierte sich beispielsweise gegen das öffentliche Gelöbnis in Frankfurt (Oder) am 16. Oktober schließlich nur der zulässige Protest offenkundig friedlicher Wehrdienstgegner.

Vor allem in Berlin, aber auch in Potsdam und in anderen größeren Städten haben Autonome den „Kampf gegen Umstrukturierung“ aufgenommen: Sie wehren sich gegen die von ihnen behauptete „Säuberung“ der Innenstädte von „unerwünschten Personengruppen“ sowie die Verdrängung und Ghettoisierung gesellschaftlicher Randgruppen. Aktionen in diesem Sinne werden häufig mit dem umfassenderen Widerstand gegen eine angeblich zunehmende „Repression der Herrschenden“ verknüpft. Noch Mitte der 90er Jahre galt nur der als „richtiger“ Autonomer, der in einem besetzten Haus lebte und sich gegen dessen Räumung mit militanten Aktionen zur Wehr setzte. Inzwischen wurde die Nutzung besetzter Häuser teilweise „legalisiert“, da die Besetzer ihnen angebotene Mietverträge abschlossen. Neue Hausbesetzungen kommen heute kaum noch vor.

„Reclaim the Streets!“ (RTS) heißt die neue Losung. RTS-Aktionen wurden zunächst von englischen Autogegnern und radikalen Ökoaktivisten veranstaltet, weil sie den vom motorisierten Fahrzeugverkehr okkupierten öffentlichen Lebensraum zurückgewinnen wollten. Bei der ersten RTS-Aktion 1997 wurde in London der Trafalgar Square besetzt; die polizeiliche Räumung führte zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Nunmehr nutzen auch Autonome diese Aktionsform, um mehr Freiräume für autonome Lebensformen in den Städten zu erkämpfen. Die Mobilisierung erfolgt u. a. über Handzettel und durch Absprachen über das Internet. In der Vergangenheit ist es bei unangemeldeten RTS-Demonstrationen in verschiedenen Bundesländern regelmäßig zu Verkehrsblockaden oder Sprühaktionen gekommen; Versuche der Polizei, die Veranstaltungen aufzulösen, wurden mit „Widerstand“ beantwortet.

Zu einer „Reclaim the Streets“-Aktion in Potsdam wurde für den 3. Juli im Internet aufgerufen. Diese RTS-Veranstaltung wurde durch die Polizei verboten. Sie erteilte 73 Platzverweise, nahm 11 Personen in Gewahrsam und stellte drei Strafanzeigen wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung.

An den Protesten gegen die Nutzung der Atomenergie beteiligen sich, neben demokratischen Gruppierungen und Bewegungen, zahlreiche Aktionsgruppen von Linksextremisten. Diese begreifen den „Kampf gegen die Atommafia“ zugleich als „Kampf gegen das kapitalistische System“. In den zurückliegenden Jahren begingen Autonome nicht nur im Vorfeld und im Verlauf der sogenannten „CASTOR“-Transporte, sondern auch unabhängig von bestimmten Kampagnedaten oder Aktionsorten, zahlreiche Straftaten, vor allem gegen Einrichtungen der Deutschen Bahn AG – auch in Brandenburg.

Diese Serie hat sich 1999 fortgesetzt: Bei einem Anschlag am 24. März auf eine 110-KV-Bahnstromfreileitung bei Diedersdorf entstand ein Sachschaden von ca. 450 000 DM. Das von „Autonomen Gruppen“ unterzeichnete Bekenner schreiben mit der Überschrift „Sägen am Atomstaat“ erläutert, weshalb die Deutsche Bahn AG als Angriffsziel ausgewählt wurde: „Die Bahn ist das Nadelöhr für den Transport von Atommüll. Diese Castortransporte werden auch künftig weitergehen, denn mit dem für die Zukunft versprochenen Vielleicht-Ausstieg hofft die Regierung die demnächst massenhaft anstehenden Transporte besser gegen den Widerstand durchsetzen zu können. Die Bahn ist Anteilseignerin am AKW Neckarwestheim und gehört damit selbst zur Atomlobby. Die Bahn AG bezieht zur Deckung des eigenen Strombedarfs rund 30 % Atomstrom.“ An anderer Stelle wird der Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen hervorgehoben: „Der Weg in eine befreite Gesellschaft ist lang und mit vielen Stolpersteinen behaftet – er wird nur dann erfolgreich sein, wenn außer der Revolutionierung der Gesellschaft auch die eigene Veränderung mit Lust angegangen und erlebt wird. Die Durchbrechung der von der Gegenseite vorgegebenen Regeln ist dabei unausweichlich.“ Das Selbstbeichtigungsschreiben schließt mit der Drohung: „Für die Abschaltung der herrschenden Klasse und Ihrer Atomanlagen! Die Bahn ist überall – wir auch“.

Im Zuge ihrer Ermittlungen zu früheren Hakenkrallenanschlägen auf die Deutsche Bahn AG stellte die Polizei verschiedenorts, auch in Berlin, umfangreiches Beweismaterial sicher.

Als Reaktion darauf wurde am 15. Juli in Berlin ein Kraftfahrzeug in Brand gesetzt. In einer sogenannten „Autonomen Pressemitteilung“ hierzu kündigte eine „Autonome Gruppe Gegenenergie“ an: „Wir werden auch in Zukunft Gleise demontieren, blockieren und unterhöhlen, Fahrscheinautomaten zerstören, Strommasten fällen, Hakenkrallen einhängen, Plakate kleben, Flugblätter verteilen, auf Bahnhöfen demonstrieren, Feste feiern – den ganzen Fahrplan durcheinanderbringen, bis wir unser Ziel erreicht haben.“

Die Gentechnik ist umstritten: Manche sehen in ihr eine unentbehrliche Zukunftstechnologie, andere lehnen sie wegen ihrer Risiken ab. Gegner von Genversuchen organisieren sich in Bürgerinitiativen, stellen ihre Bedenken auf öffentlichen Informationsveranstaltungen vor und äußern ihren Protest mit friedlichen demonstrativen Aktionen. Linksextremisten versuchen, solche Protestgruppen zu unterwandern und deren Anliegen zu instrumentalisieren. Sie starten aber auch eigene Aktionen. Mit alledem wollen sie nicht nur gentechnisch arbeitende Unternehmen treffen, sondern das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem insgesamt unterminieren.

Vom 13. August bis 23. August richtete das „Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche“ ein sogenanntes Widerstands-/Aktionscamp für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Schönfeld aus, um gegen gentechnische Versuche an Pflanzen in Schönfeld und Tempelfelde zu demonstrieren. Das „Barnimer Aktionsbündnis“ als ganzes ist nicht als linksextremistisch zu bewerten, jedoch sind Linksextremisten an ihm beteiligt und beeinflussen es in ihrem Sinne.

Das Camp lag in der Nähe eines Versuchsfeldes mit transgenen Mais- und Zuckerrübenpflanzen. In ihm hielten sich zeitweilig bis zu 60 Genversuchsgegner auf, unter ihnen auch Linksextremisten aus Brandenburg und Berlin. Zur Teilnahme an diesem Camp hatte auch das autonome Szeneblatt „INTERIM“, Nr. 479 vom 1. Juli, aufgerufen. Ein späterer Rückblick im anarchistischen Monatsblatt „graswurzelrevolution“ (Ausgabe Nr. 242/Oktober 1999) resümierte: „Während des zehntägigen Camps wollten wir aber nicht nur die Bevölkerung und die Lebensmittelkonzerne agitieren, sondern wir hatten uns von Anfang an vorgenommen, in den Stunden nach Sonnenuntergang Geländeerkundungsspiele durchzuführen.“

Bei solchen „Geländeerkundungsspielen“ zerschnitten in der Nacht zum 15. August zwei Genversuchsgegner den Zaun um das Versuchsfeld auf einer Länge von 25 Metern und brachten ein Plakat gegen die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft an. Beide Personen wurden vorläufig festgenommen.

Am Schlußtag der Veranstaltung sollte die in England bereits bewährte Aktionsform des „Genetic Snowball“ erstmals in Deutschland erprobt werden. Bis zu 100 Genversuchsgegner versuchten, eine zuvor öffentlich angekündigte „Ernteaktion“ zu unternehmen. Trotz polizeilicher Absperrmaßnahmen konnten fünf Personen auf das Feld gelangen und einzelne Mais- und Zuckerrübenpflanzen herausreißen. Sie wurden vorläufig festgenommen.

Den Rückzug der Betreiberfirma aus dem Versuchsstandort Schönfeld wertet der Verfasser eines Artikels in der „INTERIM“, Nr. 487 vom 4. November, als großen Erfolg der massiven Proteste. Der Beitrag schließt mit der Ankündigung, es komme nun darauf an, „die örtlichen Bürgerinitiativen bundesweit zu vernetzen, um gemeinsam ein Ende aller Freisetzen von gentechnisch manipulierten Pflanzen durchzusetzen“. Kontakte und nähere Informationen seien über das „Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche“ zu erlangen.

Zwar ist die Zahl militanter Linksextremisten innerhalb der Bewegung gegen die Gentechnologie insgesamt relativ gering. Gleichwohl sind Linksextremisten für die meisten der gewalttätigen Angriffe auf gentechnische Freilandversuchsanlagen verantwortlich. Formen militanten Widerstandes gegen die Gentechnologie genießen innerhalb des linksextremistischen Protestspektrums ein hohes Maß an Akzeptanz. Das Ziel derartiger Aktionen wird von einem unbekanntem Autor in „Brüche – Linke Zeitung“ aus Kassel (Ausgabe Nr. 60/April 1999) verdeutlicht: „Durch das Zusammenspiel von Demonstrationen, Ackerbesetzungen, -begehungen, öffentlichen vorzeitigen Abernteaktionen, Sit In's oder Blockaden von Firmen, Forschungseinrichtungen und Entscheidungsgremien, öffentlichkeitswirksamen Aktionen in und vor Lebensmittelgeschäften, Ackerzerstörungen und Sabotageaktionen läßt sich das Thema in der öffentlichen Diskussion halten, dem System etwas Sand ins Getriebe streuen und der Druck auf die Mächtigen in diesem Land erhöhen.“

In Teilen der autonomen Szene wird über das Thema Tierschutz und Tierrecht diskutiert. Ernährung wird als bewußt politische Haltung definiert. Neben Rassismus, Sexismus und Faschismus gehöre die Herrschaft über Tiere zu einem Hauptwiderspruch des Kapitalismus. Autonome Tierrechtler bejahen ausdrücklich militante Aktionsformen. Der gewalttätige Einsatz für eine vegane Lebensweise und für Tierrechte ist für sie ein Bestandteil des Kampfes für eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft. Auch 1999 wurden im Bundesgebiet Käfiganlagen in Pelztierfarmen zerstört, Geschäfte für Pelz- und Lederbekleidung angegriffen, Trägerinnen von Pelzbekleidung beleidigt und bedroht.

In einer in Hessen herausgegebenen Zeitschrift wurden Anschriften auch von brandenburgischen Pelztierfarmen – als potenziellen Angriffszielen – abgedruckt.

Militante Tierschützer traten in Brandenburg auch tatsächlich in Aktion: Mehrere Personen, unter ihnen offensichtlich auch Linksextremisten aus Berlin und Brandenburg, behinderten am 20. November eine Jagd in Beesdau, indem sie untergehakt die Jäger umringten und Baumstämme so verlegten, dass die Jäger an der Weiterfahrt gehindert wurden.

Parteien und sonstige Organisationen

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Gründungsjahr:	1968
Sitz:	Essen
im Land Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
Studentenorganisation	„Assoziation Marxistischer Studierender“ (AMS)
Mitglieder bundesweit:	über 5000
Brandenburg:	60
für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:	„Unsere Zeit“
Brandenburger Publikationen:	„Roter Brandenburger“ (DKP-Bezirkszeitung Brandenburg), „Das kleine Blatt“ (Zeitung der DKP Niederlausitz)

Als legale kommunistische Partei konstituierte sich – trotz des Fortbestehens des 1956 vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbotes der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) – im Jahre 1968 die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP). Sie hält weiterhin an den Prinzipien des orthodoxen Marxismus-Leninismus fest. Die DKP tritt ein „für die revolutionäre Umgestaltung der gegenwärtig herrschenden kapitalistischen Ordnung, die die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht“ (aus: Flugblatt der DKP, Redaktion „Roter Brandenburger“, Dezember 1998).

Die DKP verzichtete nach kontroverser Diskussion darauf, eine eigene Liste für die Wahl zum Europäischen Parlament aufzustellen. Vielmehr beschloss der Parteivorstand, eine Wahlempfehlung zugunsten der PDS auszusprechen. Der Verzicht auf eine eigenständige Kandidatur wurde von Brandenburger DKP-Mitgliedern sowohl in Parteigremien als auch im „Roten Brandenburger“, dem Organ der DKP-Bezirksorganisation Brandenburg, kritisiert.

Auch hierin manifestierten sich die seit mehreren Jahren schwelenden Ost-West-Spannungen innerhalb der Partei, die in dem Rücktritt der stellvertretenden Parteivorsitzen Brunhilde STEINIGER im November 1998 kulminiert waren. Strittig sind unterschiedliche „Sozialismusvorstellungen“ sowie ideologische und bündnispolitische Fragen. Inzwischen scheint eine gewisse

Entspannung eingetreten zu sein. Denn die Parteiführung zeigte sich nunmehr bereit zu ideologischen Konzessionen gegenüber den – meist der SED entstammenden – Mitgliedern in Ostdeutschland, die auf eine selbst für westdeutsche DKP-Mitglieder verwunderliche Weise das einstige DDR-Regime unkritisch verherrlichen. Ansonsten hätte womöglich eine Spaltung der Partei oder eine Austrittswelle in den ostdeutschen Bundesländern gedroht. Dem musste vorgebeugt werden, zumal da die DKP sich in Ostdeutschland gerade erst organisatorisch konsolidiert hatte.

Die DKP nutzte das Engagement gegen den NATO-Einsatz im Kosovo als Chance zur Eigenprofilierung. Zusammen mit den „Jugoslawischen Kommunisten“ veröffentlichte sie eine „Gemeinsame Erklärung“, in der sie die von der „Clinton-Regierung angeführte Aggression“ als „ein barbarisches Verbrechen gegen die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit Jugoslawiens“ brandmarkte („Unsere Zeit“ (UZ), Extraausgabe vom Mai 1999). Zusammen mit anderen linksextremistischen Organisationen beteiligte sich die DKP an Kundgebungen gegen den propagandistisch so bezeichneten „NATO-Angriffskrieg“. In Brandenburg fand sie dafür allerdings keine Gelegenheit.

Der seit November 1997 bestehende eigenständige DKP-Bezirksverband untergliedert sich in Gruppen. Die in Frankfurt/Oder, Potsdam und in der Niederlausitz waren besonders aktiv. Auf dem 11. Pressefest des Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ) vom 27. bis 29. August in Dortmund war der Bezirksverband Brandenburg mit einem eigenen Stand vertreten.

An den Landtagswahlen am 5. September beteiligte sich die DKP nicht.

Über eine Zusammenarbeit mit anderen linksextremistischen Parteien, darunter der KPD, aber auch mit Gewerkschaften, Verbänden sowie durch Mitarbeit in Bündnissen und Initiativen versucht die Partei, ihr politisches Gewicht zu erhöhen. Im November fand eine gemeinsame Veranstaltung von KPD und DKP am Werbellinsee statt. Der hierbei praktizierte kooperative Umgang beider Parteien miteinander sollte, darin waren sich die Veranstaltungsteilnehmer einig, fortgesetzt werden. Eine schrittweise Vereinigung dagegen erscheint – entgegen anderslautenden Äußerungen – unrealistisch.

Mit dem 1997 gegründeten Studentenverband „Assoziation Marxistischer Studierender“ (AMS) versucht die DKP, ihren Kaderbestand zu verjüngen. Aktivitäten der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) sind in Brandenburg bekannt geworden.

„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

Gründungsjahr:	1990
Sitz:	Berlin
im Land Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	200
Brandenburg:	15
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	„Die Rote Fahne“, „Trotz alledem“

Die KPD ist im Januar 1990 noch in der DDR von ehemaligen SED-Mitgliedern gegründet worden. Sie versteht sich als rechtmäßige Nachfolgerin der KPD Liebknechts, Thälmanns und Piecks. Die Partei läßt sich in ihrer wissenschaftlich-kommunistischen Politik von der Reinheit und Einheit des Marxismus-Leninismus leiten und hält an ihrer revolutionären Programmatik fest. Sie wird auch als KPD/Ost bezeichnet; damit unterscheidet man sie von der als KPD auftretenden Kleinstgruppe in Westdeutschland, die aus der ehemaligen „Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ hervorgegangen ist.

Den Blick auf das Fernziel einer revolutionären Umwälzung gerichtet, steuert die KPD als Nahziel zunächst die Einheit aller kommunistischen Kräfte in Deutschland an. Dieses Vorhaben ist wegen offenbar schwer überbrückbarer ideologischer Differenzen bisher gescheitert. Zwar bestehen Kontakte zu anderen revolutionär-marxistischen Parteien und Vereinigungen, insbesondere zur „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und zur „Kommunistischen Plattform“ (KPF) der PDS wie auch zum „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB), jedoch waren alle Annäherungsversuche auf Grund mangelnder Bündnisfähigkeit vorerst nicht erfolgreich. Aber auch die KPD selbst ist nur eingeschränkt handlungsfähig, da sie von internen Auseinandersetzungen geschwächt wurde .

Die KPD agiert bisher fast ausschließlich in den ostdeutschen Bundesländern. Der organisatorische Rahmen in Brandenburg besteht aus einer Landesorganisation mit Untergliederungen in Frankfurt (Oder) und Potsdam.

Zu den Landtagswahlen am 5. September trat die KPD nicht an.

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Gründungsjahr:	1982
Sitz:	Essen
im Land Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Rebell“
Kinderorganisation:	„Rotfüchse“
Frauenorganisation:	„Courage“
Mitglieder bundesweit:	2000
Brandenburg:	50
für das Land Brandenburg relevante überregionale Publikation:	„Rote Fahne“

Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) ging 1982 aus dem im Jahre 1972 gegründeten „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervor. Die Partei bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong. Ziel ist der „revolutionäre Sturz des Monopolkapitalismus“ und die „Errichtung der Diktatur des Proletariats“.

Auf Grund ihrer ideologischen Ausrichtung ist die MLPD innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitestgehend isoliert und entwickelt sich hin zu einer Weltanschauungssekte. Gleichwohl versucht sie, der kommunistischen Bündnisstrategie folgend, nach dem „Volksfront“-Konzept Partner für Aktionen im linksextremistischen Spektrum und darüber hinaus zu finden. Aktionsbündnisse kommen aber zumeist nur dort zustande, wo die Partei über ihre Tarn- und Nebenorganisationen auftritt.

Da sich die MLPD als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse versteht, hat die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit für sie einen hohen Stellenwert. Folgerichtig sind die Parteimitglieder verpflichtet, sich einer Gewerkschaft anzuschließen und die gewerkschaftliche Betriebsarbeit im Sinne der Parteidoktrin zu beeinflussen.

Im Januar wurde der Entwurf des neuen Parteiprogramms den Parteimitgliedern vorgelegt und zur Diskussion gestellt. In ihm wird postuliert, dass die Arbeiterklasse sich unter Führung der MLPD zum bewaffneten Aufstand erheben müsse. Derzeit befinde man sich in einer

Etappe ohne akut revolutionäre Situation. Deshalb sei es Aufgabe der Partei, den Übergang zur Arbeiteroffensive fortzuentwickeln; indem sie die Kämpfe der unterschiedlichen Bewegungen zusammenführe, werde die MLPD schließlich selber zur Partei der Massen. Diskussionsrunden zum Entwurf des neuen Parteiprogramms fanden u. a. in Potsdam statt.

Auf dem wiederum unter strenger Geheimhaltung Mitte Dezember konspirativ durchgeführten VI. Parteitag wurde das neue Parteiprogramm beschlossen. Die Parteimitglieder wurden zu einer offensiven Parteiarbeit aufgefordert, damit die Partei aus der selbst eingestandenen relativen gesellschaftlichen Isolation herauskomme. In allen Regionen Deutschlands und insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern müsse der systematische Parteaufbau vorankommen.

Anlässlich des NATO-Einsatzes im Kosovo wollte die MLPD mit Kundgebungen und Mahnwachen „in möglichst allen Städten Deutschlands“ („Rote Fahne, Nr. 14 vom 9. April 1999) in Erscheinung zu treten. In zahlreichen deutschen Städten beteiligten sich denn auch MLPD-Mitglieder an Protestaktionen. So wurden u.a. in Eisenhüttenstadt Presseerklärungen des Zentralkomitees der MLPD verteilt. Dennoch hat die MLPD ihr Ziel, durch diese Aktionen mehr Einfluss zu gewinnen, nicht erreicht.

Zur Landtagswahl am 5. September 1999 trat die MLPD nicht an.

Die Jugendorganisation „Rebell“ sowie die Frauenorganisation „Courage“ konnten in Brandenburg einzelne Mitglieder gewinnen. Die Vorfeldorganisation „Solidarität International“ (SI) ist in Brandenburg nicht mit Kontaktadressen bzw. Ortsgruppen vertreten.

Bundesweit agieren gut zwei Dutzend kleinerer trotzkistisch ausgerichteter Gruppen und Zirkel. Deren Mitgliederzahl beläuft sich insgesamt auf ca. 2000 Personen. Typisch für trotzkistisch Organisationen ist die Tendenz zu Abspaltungen, Fraktionierungen oder Umbenennungen. Ihre öffentliche Ausstrahlung sowie ihre politische Wirksamkeit sind gering. Bisher erfolglos geblieben sind auch die Versuche, mittels der Methode des Entrismus andere, auch demokratische, Organisationen oder Bewegungen zu unterwandern und von innen heraus Einfluss auf deren politische Entscheidungen zu nehmen versuchen.

Die „Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO) entstand 1994 aus der trotzkistischen „Initiative Sozialistischer Internationalisten“ (ISI) unter Beteiligung ehemaliger Mitglieder der „Sozialistischen Arbeitergruppe“ (SAG). Sie propagiert den revolutionären Sturz des „kapitalistischen Profitsystems“ und einen neu zu schaffenden „Staat auf der Basis von Arbeiterräten“. Die in den Augen der ISO reformistischen Gewerkschaften sollen zu „Kampf-

organisationen“ umgeformt werden, indem ISO-Mitgliedern diese „von ihrer bürokratischen Führung befreien“ (aus: Politische Grundsätze der ISO). In Frankfurt (Oder) ist die ISO mit einer Kontaktadresse vertreten.

Traditionell anarchistisch orientierte Gruppen sind weiterhin ohne nennenswerten Einfluss. Allerdings gelingt es ihnen, mit ihrer Agitation in der linksextremistisch orientierten Jugendszene auf eine gewisse Resonanz zu stoßen. Dies zeigt sich insbesondere an Kampagnen, die maßgeblich von Autonomen getragen, von Anarchisten aber theoretisch und propagandistisch unterstützt werden. Deren Aktivitäten beschränken sich in der Regel auf die Herausgabe diverser Schriften und Flugblätter.

Lediglich die anarcho-syndikalistische Kleinstorganisation „Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiter Assoziation“ (FAU-IAA) ist in Brandenburg aktiv. Sie konnte eine geringe Anzahl von Mitgliedern und Sympathisanten gewinnen und verfügt über Orts- bzw. Kontaktgruppen im Land. Die FAU-IAA will eine staatsfreie, klassenlose Ordnung durch revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sowie durch „direkter Aktionen“, wie zum Beispiel Besetzungen, Boykotts und Streiks, herbeiführen.

In der „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FöGA) sind anarchistische Gruppen und Einzelpersonen aus der „Graswurzelbewegung“ zusammengeschlossen. Sie engagieren sich insbesondere in den Kampagnen gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft und gegen die Gentechnik; daneben auch auf dem Aktionsfeld „Antimilitarismus“.

Das publizistische Organ der FöGA, die monatlich erscheinende „graswurzelrevolution“, veröffentlicht regelmäßig eine Liste sog. „Graswurzelkontakte“. Kontaktadressen gewaltfreier Anarchisten existieren demnach auch im Land Brandenburg, so in Cottbus, Potsdam, Eberswalde und Bernau (nach: „graswurzelrevolution“, Nr. 224, Dezember 1999).

„Graswurzler“ streben eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft mit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung an, in der alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft sein sollen. Das Ziel der tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung soll durch eine „gewaltfreie Revolution“ erreicht werden. Die propagierte „Gewaltfreiheit“ erfährt hier jedoch eine eigenwillige Definition dadurch, dass ausdrücklich Gewalt gegen Sachen in Form von Sachbeschädigungen, Sabotagehandlungen und Zerstörungen in die Konzeption „gewaltfreien“ Handelns einbezogen wird. Hier schließt sich der Kreis zu den Autonomen.

„Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Gründungsjahr:	1975
Sitz:	Kiel
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Mitglieder bundesweit:	3.500
Brandenburg:	60
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	„Die Rote Hilfe“

Die „Rote Hilfe“ versteht sich als „eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Sie „geht dabei von dem Gedanken aus, daß es für die Linke im Kampf gegen die staatliche Repression notwendig ist, über alle Partei- und Organisationsgrenzen und über ideologische Differenzen hinweg, sich zu solidarisieren und zu organisieren. (...) Doch die Rote Hilfe hat sich nicht nur als Aufgabe gestellt, politisch und theoretisch zur Repression Stellung zu nehmen. So wie die Repression Einzelne stellvertretend für alle angreift, unterstützen wir auch die Einzelnen, indem wir nach unseren Möglichkeiten linke Anwälte vermitteln oder Prozesse mit vorbereiten und begleiten.“ (Faltblatt „Solidarität ist eine Waffe!“, herausgegeben vom Bundesvorstand der RH).

Während die „Rote Hilfe“ in früheren Jahren eher von Angehörigen des orthodoxen kommunistischen Spektrums dominiert wurde, hat sie sich nun auch im autonomen Milieu verankert. Beiträge der RH erscheinen auch im „Angehörigen Info“, einer Monatsschrift, die von Angehörigen inhaftierter RAF-Terroristen herausgegeben wird.

Die „Rote Hilfe“ leistet Prozesskostenhilfe für Extremisten und weist auf einschlägige Prozesse hin. Sie unterstützte Personen aus der DHKP-C sowie Aktivisten aus dem autonomen Spektrum, die sich u. a. wegen Aktionen zu den Kampagnethemen „Antifaschismus“, „Antirassismus“ und „Antimilitarismus“ verantworten mussten. So erhielt ein Potsdamer „Antifaschist“ einen Zuschuss für Anwaltskosten. Gegen ihn wurde verhandelt, weil er als Schläger gegen einen Unterschriftensammler der CDU vorgegangen war (vgl. dazu S. 67).

In Brandenburg hat die „Rote Hilfe“ vor allem unter Autonomen Fuß gefasst. Anlaufpunkte gibt es in Potsdam, Frankfurt (Oder), Rathenow und Senftenberg. Im April fand ein Landesaktiventreffen in Rathenow statt. Eine Ausstellung der „Roten Hilfe“ wurde öffentlich präsentiert.

Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
1998	1999	1998	1999

Autonome *	7.000	7.000	340	350
Anarchisten	einige Hundert	einige Hundert	30	30
DKP	6.500	über 5.000	60	60
KPD	200	200	15	15
MLPD	2.500	2.000	50	50
Rote Hilfe	3.000	3.500	40	60

* Die Zahl der Angehörigen autonomer Gruppen wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

Linksextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg

	1997	1998	1999
Körperverletzung	20	7	9
Brandstiftung	1	0	3
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch	17	2	4
Sachbeschädigung	21	9	15
sonstige	22	5	15
gesamt	81	23	46
davon Gewaltstraftaten *	44	8	16

Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des LKA; die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

* Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung sind nicht als Gewaltstraftaten mitgezählt.

4. AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Aktuelle Entwicklung

Das Spektrum der in der Bundesrepublik Deutschland aktiven Extremisten ausländischer Herkunft ist breit: Es umfasst linksextremistische, islamistische wie auch extrem-nationalistische Organisationen. Deren Orientierung kann sich im Laufe der Zeit durchaus verschieben. Maßgebend sind für sie allein die eigenen, vielfach rigiden Vorstellungen von – ihrer Meinung nach – notwendigen politischen Veränderungen, die sie gegebenenfalls auch unter Anwendung von Gewalt vertreten und durchzusetzen suchen. Aus ihren in der Regel autoritären Binnenstrukturen erklärt es sich, dass Abweichler und Abtrünnige, auch ganze Gruppen von Abspaltern, unnachgiebig verfolgt werden. In manchen Organisationen brechen sogar bewaffnete Auseinandersetzungen aus, die Todesopfer fordern.

Die Geldbeschaffung auch mit kriminellen Mitteln ist bei allen extremistischen Ausländerorganisationen, allen voran bei der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und den beiden aus der „Devrimci Sol“ hervorgegangenen Organisationen DHKP-C und THKP/-C Devrimci Sol, nach wie vor bundesweit gängige Praxis. Die tatsächliche Zahl solcher Rechtsbrüche übersteigt jedoch die der bekanntgewordenen Fälle mit Sicherheit bei weitem, denn Angst vor den üblichen Repressalien lässt die Opfer meist auf Anzeigen verzichten.

Extremistische Ausländerorganisationen haben in Brandenburg – anders als in den westdeutschen Bundesländern und Berlin – noch keine durchgebildeten Strukturen mit fest umrissenen Zuständigkeiten und Befugnissen aufgebaut. Einschlägige Versuche waren in den vergangenen Jahren gescheitert; erst jetzt sind wieder neue Anläufe zu beobachten. Bislang sind diese Organisationen, auch die mitgliederstärksten, im Land Brandenburg nur mit Einzelmitgliedern präsent, deren Zahl mit der Zuwanderung von Ausländern allerdings stetig steigt. Vertreter islamistischer Bestrebungen sind in Brandenburg allerdings bisher nicht hervorgetreten.

Hier bereits ansässige Anhänger extremistischer Ausländerorganisationen beteiligen sich an Aktivitäten größeren Ausmaßes, die außerhalb des Landesgebietes eingeleitet und gelenkt werden. Doch die Anzeichen, dass auch Brandenburg als Aktionsraum in Betracht kommt, haben sich in letzter Zeit erkennbar gemehrt.

Die bisher sehr langsame Ausweitung einschlägiger Aktivitäten auf Brandenburg wird sich mit Sicherheit beschleunigen, da die neue Rolle Berlins als Parlaments- und Regierungssitz auch von extremistischen Organisationen ins Kalkül gezogen wird. In Berlin sind bereits seit längerer Zeit feste Strukturen und ein erhebliches Potenzial von Anhängern vorhanden, die im brandenburgischen Umland, zumal angesichts der stetig steigenden Zahl hier ansässiger Landsleute, ein für sie interessantes Betätigungsfeld sehen. So ist schon jetzt bei den meisten bisher bekannt gewordenen Fällen von Spendengelderpressung in Brandenburg eine Verbindung zu Berliner PKK-Kreisen sichtbar geworden.

Linksextremistische Organisationen

<u>„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)</u>	
Gründung:	1978 (in der Türkei)
Sitz (bis Oktober 1998):	Damaskus
im Land Brandenburg aktiv seit:	1993
Publikationen:	„Serxwebun“ (Unabhängigkeit)
Anhänger bundesweit:	11.500
Internationale Teilorganisation:	„Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK)
Betätigungsverbot für die PKK und die ERNK in Deutschland durch den Bundesinnenminister am 26. November 1993	

Die mitgliederstärkste unter den linksextremistischen Ausländerorganisationen ist die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Die straff organisierte, ursprünglich marxistisch-leninistisch ausgerichtete Kaderpartei hat sich unter der Führung des Generalvorsitzenden Abdullah ÖCALAN zunehmend nationalistischen Vorstellungen zugeneigt.

Ihren Anspruch auf die Alleinvertretung kurdischer Interessen bei einer Lösung des Kurdenproblems suchte die PKK durch Erfolge ihrer in der Südosttürkei operierenden Guerilla-Armee und durch öffentlichkeitswirksame Aktionen im Ausland zu untermauern. Weil sie auch in Deutschland ihre Ziele mit terroristischen Mitteln verfolgt hatte, war ihr im November 1993 jede weitere Betätigung verboten worden. Von der Notwendigkeit einer taktischen Kursänderung überzeugt, präsentierte ÖCALAN seine Organisation ab Mitte 1996 als

friedfertige „Befreiungsbewegung“ und als Partnerin für politische Gespräche. Der PKK zuzurechnende Straftaten gingen seither erheblich zurück. Die PKK gab diese Linie zunächst auch nicht auf, als ÖCALAN im Gefolge des türkisch-syrischen Abkommens von Oktober 1998 gezwungen war, das PKK-Hauptquartier nahe Damaskus zu räumen, und am 12. November 1998 in Rom verhaftet wurde.

Die Situation änderte sich jedoch schlagartig, als ÖCALAN am 16. Februar von Nairobi in die Türkei verbracht wurde. In kürzester Zeit kehrten seine Anhänger europaweit zu alten gewalttätigen Verhaltensmustern zurück, um ihrem Protest gegen ÖCALANs Überstellung – die sie durch politische Entscheidungen wie auch geheimdienstliche Operationen eingefädelt sehen – Nachdruck zu verleihen. Im ganzen Bundesgebiet wurden unfriedliche Demonstrationen und Kundgebungen veranstaltet, ausländische diplomatische Vertretungen besetzt sowie türkische Vereine, Reisebüros und sonstige gewerbliche Einrichtungen mit Brandanschlägen und anderen Aktionen angegriffen. Brandenburg war davon nicht berührt. Wohl aber beteiligten sich Kurden aus brandenburgischen Asylbewerberheimen an den Gewalttätigkeiten bei der Besetzung des israelischen Generalkonsulats am 17. Februar in Berlin – in deren Verlauf vier Demonstranten durch Schüsse israelischer Sicherheitskräfte ums Leben kamen – sowie an Protestdemonstrationen in Hamburg und Mainz.

Nachdem das türkische Staatssicherheitsgericht am 29. Juni das Todesurteil für ÖCALAN wegen Hochverrats verkündet hatte, kam es kurzzeitig nochmals zu einer Kette von Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen in Deutschland. Seit dem 4. Juli setzten Anhänger der PKK ihren Protest mit friedlichen Aktionen in deutschen Städten fort. Aufrufe der Parteispitze an die Kurden, ihren Protest unter Beachtung der geltenden Gesetze zu äußern, hatten offensichtlich beruhigend gewirkt. Immerhin ist der erhebliche Anstieg der Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischen Hintergrund im Jahr 1999 weitgehend auf die anlassbezogenen Aktionen der PKK zurückzuführen.

Die Inhaftierung ÖCALANs in der Türkei hatte erhebliche Veränderungen im Erscheinungsbild der Partei zur Folge. Zum einen füllt nunmehr ein mehrere Mitglieder umfassender Präsidialrat das Vakuum an der Parteispitze, das durch die Verhaftung des autokratisch schaltenden ÖCALAN entstanden war, in der Türkei aus. Zum anderen wurde der seit 1996 für die Tätigkeit im Ausland propagierte „Friedenskurs“ auf das Gesamtspektrum der Parteiaktivitäten ausgeweitet. ÖCALAN selbst hatte in seinem Prozeß erklärt, sich für eine Beendigung des Blutvergießens einsetzen zu wollen, und Anfang August dazu aufgerufen, bis zum 1. September den bewaffneten Kampf einzustellen und die Guerrilla-Kämpfer aus der Türkei

zurückzuziehen. Daraufhin erklärte ein Präsidialratsmitglied am 1. September den 15-jährigen bewaffneten Kampf der PKK für beendet. In weiteren Verlautbarungen betonte die Parteiführung, die politische Lösung der Kurdenfrage sei ein wesentlicher Baustein für die Demokratisierung der Türkei, und sie versprach, sich in einem demokratischen Staatswesen, das die kurdische Identität anerkenne, friedlich engagieren zu wollen.

Sie stellte allerdings auch fest, dass die jüngsten Initiativen der PKK bisher noch kein positives Echo seitens des türkischen Staates ausgelöst hätten. So sind zwei im Oktober entsandte „Friedensgruppen“, denen zum Teil namhafte PKK-Mitglieder angehörten, bei der Einreise in die Türkei von den Behörden prompt in Gewahrsam genommen und verhört worden.

Trotz aller Beteuerungen, sich hinfort nur noch politisch betätigen zu wollen, könnten sich die PKK oder auch militante PPK-Teilgruppen, die vom neuen Kurs nicht überzeugt sind, durch aktuelle Geschehnisse veranlasst sehen, wieder auf Gewalt und Terror, sei es in der Türkei oder im Ausland, zurückzugreifen. Dies wäre möglich, wenn die Partei ihre als Vorleistung betrachteten Initiativen von der türkischen Seite auf Dauer nicht honoriert sieht, insbesondere aber dann, wenn die Türkei Maßnahmen zum Vollzug des Todesurteils gegen ÖCALAN trifft.

In die alljährlichen bundesweiten Spendenkampagnen der PKK werden zunehmend auch in Brandenburg wohnhafte PKK-Anhänger eingebunden. Die Sammelaktivitäten gehen wegen des seit jeher großen Finanzbedarfs der Partei oft mit Erpressung einher. Auch die im Land Brandenburg bekannt gewordenen Fälle versuchter und vollendeter Erpressung zeigen die aus dem übrigen Bundesgebiet bekannten delikttypischen Merkmale.

So erhielt ein türkischer Imbissbetreiber im Landkreis Barnim zwischen Oktober und Dezember Telefonanrufe mit der Aufforderung, monatlich einen namhaften Betrag an die PKK zu zahlen. Die Forderung war mit der Drohung verbunden, dass im Weigerungsfalle eine Bombe in seinen Stand gelegt würde.

Vor dem Landgericht Potsdam werden derzeit zwei Fälle aus dem Jahr 1998 verhandelt; in einem dritten aus dem gleichen Jahr sind die staatsanwaltlichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

Seit mehreren Jahren werden die Auseinandersetzungen zwischen den beiden verfeindeten Flügeln der seit 1983 in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten türkischen „Devrimci Sol“ sehr oft auch mit Waffengewalt ausgetragen. Die „Devrimci Sol“ spaltete sich

1994 in die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und in die „Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke“ (THKP-C – Devrimci Sol). Beide Organisationen wurden am 13. August 1998 verboten.

In Brandenburg konnten bislang keine festgefügt Strukturen dieser Gruppen beobachtet werden; doch wurden bislang Einzelmitglieder festgestellt, die zum Teil als gefährlich einzustufen sind.

Ein militanter türkischer DHKP-C-Aktivist aus Brandenburg wurde im Zusammenhang mit einer Schießerei in Hamburg im Januar 1998 durch THKP-C-Anhänger schwer verletzt. Wegen unerlaubten Waffenbesitzes wurde er im Januar 1999 zu einer Freiheitsstrafe von 8 Monaten verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Dieser Fall bestätigt die Vermutung, dass bundesweit aktive ausländische Extremisten Brandenburg als Ruhe- und Wohnraum nutzen.

Nationalistisch-extremistische Organisationen

Zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes in Indien sammeln extremistische Sikh-Gruppen wie „International Sikh Youth Foundation“ (ISYF) und „Babbar Khalsa International“ (BK) in Deutschland Geld ein. Damit unterstützen sie im indischen Punjab kämpfende terroristische Sikh-Gruppen wie „Khalistan Commando Force“ (KFC). In Brandenburg sind vereinzelte „Babbar Khalsa“-Anhänger bekannt.

5. AUSBLICK 2000

Extremistische Bestrebungen sind krause Randphänomene, vergorene Rückstände oder auch schrille Signale geschichtlicher Entwicklungen und gesellschaftlicher Trends und ändern sich wie diese gewöhnlich nur mittel- oder langfristig. Die Organisationen, in denen sich diese Bestrebungen formieren, sind hingegen einem rascheren Auf und Ab unterworfen.

Die nur schwach strukturierte Jugendszene, in der Cliques von gewalttätigen Fremdenfeinden sich bilden, zerfallen und erneut entstehen, kann nur langfristig ausgetrocknet werden. Sie bleibt virulent. Im ersten Quartal des Jahres 2000 ist die Zahl der aus dieser Szene heraus verübten Gewaltdelikte nur geringfügig zurückgegangen; statistische Zufälligkeiten und spätere Nachmeldungen auf Grund weiterer Ermittlungserfolge einberechnet, wird man einen Gleichstand unterstellen müssen.

Immer wieder lässt sich beobachten, wie sich die Aktionsbereitschaft oder gar die Militanz einzelner lokaler Szenen in einer eigentümlichen Eskalationsdynamik hochschaukeln kann: Wenn sich in einer Stadt, zunächst womöglich zufällig, rechtsextremistisch motivierte Delikte innerhalb eines kürzeren Zeitraums häufen oder eine fremdenfeindliche Attacke tödlich endet, rückt diese Stadt mit ihrem in Ostdeutschland „typischen“ Alltagsleben – zu dem die Existenz einer einschlägigen Jugendszene neben anderen sozialen Verwerfungen, die „gewöhnliche“ Furcht vor Fremden und ein bestimmtes Maß sozialer Apathie dazugehören – in das Scheinwerferlicht einer breiten und nicht ohne Grund empörten Öffentlichkeit. Der dann aufbrechende kontroverse Diskurs über Verantwortung und Verantwortungsscheu, Gleichgültigkeit und Betroffenheit, Verrohung und zivilisatorische Standards bezieht die gesamte Kommune ein, unterwirft aber gerade auch die Täterszene der Beurteilung durch die Medien. Diese sieht sich zudem einem erhöhten repressiven Druck ausgesetzt. Darauf reagiert sie, trotzig und ohne Schuldeinsicht, mit provokanten neuen Tätlichkeiten.

In Rathenow wurden seit Beginn des Jahres 2000 mehrfach afrikanische und pakistanische Asylbewerber angegriffen. Ein offener Brief der Opfer und ihrer Freunde machte hierauf aufmerksam und löste eine Debatte über die Zustände in Rathenow aus; die Sicherheitsvorkehrungen wurden massiv verstärkt. Gleichwohl zeigten Asylbewerber neue Belästigungen an. Neue Meldungen aus dem Gerichtssaal – der Prozess dauert noch an – rufen immer wieder den Tod eines algerischen Asylbewerbers am 13. Februar 1999 in Guben

(vgl. S. 29) in Erinnerung. Die ihm gewidmete Gedenkplatte in Guben wurde mehrfach von Szeneangehörigen geschändet und schließlich entwendet.

Zuspitzungen vergleichbarer Art sind auch an anderen Orten möglich, wenn dort ein – heute noch nicht vorhersehbarer – Initialfall entsprechende Folgeereignisse auslöst.

Linksextremisten meinen, mit eigenen Gewalttaten die Rechtsextremisten zurückdrängen zu sollen. So griffen sie in Guben am 26. März 2000 zwei Angehörige der rechtsextremistischen Szene an. Mit solchen „Strafaktionen“ bewirken sie aber nur, dass die Gewaltspirale sich weiterdreht. Denn die Angegriffenen suchen und finden Gelegenheit, zurückzuschlagen. Die Auseinandersetzungen in Rathenow und Premnitz beispielsweise setzten sich mit einem Überfall am 26. März 2000 fort, der einem von „linken“ Jugendlichen besuchten Club in Premnitz galt.

Ein ähnlicher Prozess der wechselseitigen Aufstachelung ist auch in und um Königs Wusterhausen im Gange. Hier stehen sich eine nennenswerte „Antifa“-Szene und eine zahlenmäßig starke rechtsextremistische Szene, deren Kern die Kameradschaft „United Skins“ bildet, gegenüber und suchen gelegentlich die Konfrontation. Dabei handelt es sich nicht durchweg um eigentliche „Antifa“-„Anti-Antifa“-Konflikte. Jedenfalls ist die Grenze zu „gewöhnlichen“ Auseinandersetzungen zwischen „links“ und „rechts“ orientierten Jugendgruppen fließend. Zu ideologisch überhöhten Konflikten eskalieren diese Auseinandersetzungen aber spätestens immer dann, wenn die Akteure Unterstützung von außerhalb erbitten und erhalten – denn hierbei wird Konfrontation regelmäßig in den übergreifenden Kontext der „Antifa“- bzw. der „Anti-Antifa“-Kampagne gestellt.

Im März 2000 wurde zunächst der Pkw eines szenebekanntes NPD-Funktionärs in Königs Wusterhausen, dann der eines weiteren Szeneaktivisten in Wildau durch Brandsätze zerstört. Zum erstgenannten Anschlag bekannte sich in „INTERIM“, Nr. 497 vom 23. März 2000, unter dem Schlagwort „Kein ruhiges Hinterland für Nazis“ das „Mobile Antifa Kommando Berlin“ (sic!).

Die Organisationskraft der Neonazis bleibt weiterhin schwach. Zu Beginn des Jahres 2000 veränderte die „Wanderjugend Gibor“ (WJG) ihre Internetadresse und teilte auf ihrer Homepage mit, dass sie mit dem 1. Januar 2000 ihre eigene Tätigkeit eingestellt habe. Allerdings wird auch angekündigt, die Jugend- und Kulturarbeit werde in neuen Formen weitergeführt. Womöglich handelt es sich also nur um ein taktisches Täuschungsmanöver.

Die Zukunft wird erweisen, ob die bisherige Arbeit tatsächlich eingestellt oder nur unter verändertem Namen oder im Rahmen einer anderen Organisation fortgeführt wird.

Auf dem Bundesparteitag der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) am 18./19. März 2000 wurde Udo VOIGT als Bundesvorsitzender der Partei bestätigt. Der Einfluss neonazistischer Kräfte auf die NPD ist weitgehend unverändert: Mit Sascha ROBMÜLLER, Jens PÜHSE und Frank SCHWERDT wurden drei führende Neonazis in den Bundesvorstand gewählt. Die parteiinternen Konfliktfelder sind nicht entschärft. Die hohe Fluktuation in der Mitgliedschaft der NPD hält an, es gelingt der Partei nicht, den Großteil der neu gewonnenen Mitglieder dauerhaft an sich zu binden.

Der NPD-Bezirksvorstand Brandenburg setzte im ersten Quartal 2000 seine Anstrengungen fort, durch die Gründung weiterer Kreis- und Stadtverbände die Organisationsstruktur der Partei im Land auszubauen und zu festigen. In einzelnen Regionen ist es der NPD gelungen, das Interesse von Skinheads und deren Umfeld an Parteiveranstaltungen wach zu halten.

Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sind bemüht, ihre in Brandenburg brach liegenden politischen Aktivitäten wiederzubeleben.

Bei der „Deutschen Volksunion“ (DVU) machen vor allem die parlamentarischen Vertretungen von sich reden. Die ursprünglich 16-köpfige Landtagsfraktion der DVU in Sachsen-Anhalt ist im Februar endgültig in zwei Fraktionen zerfallen. Am 14. Februar 2000 schlossen sich sechs frühere, zwischenzeitlich aus der ursprünglichen DVU-Fraktion ausgeschiedene, Abgeordnete zu einer neuen DVU-Fraktion unter der Bezeichnung „DVU – Freiheitliche Liste“ zusammen; sie stehen treu zum DVU-Bundesvorsitzenden FREY. Die zuletzt noch sieben Mitglieder der DVU-Fraktion, die sich allesamt den Weisungen FREYs nicht mehr beugen wollten, trennten sich von der Partei und gründeten am 16. Februar 2000 die „Freiheitliche Deutsche Volkspartei“ (FDVP). Diesen Namen hat auch die bisherige DVU-Restfraktion übernommen. Mit diesen Vorgängen haben sich frühere Erfahrungen mit dem üblichen Gebaren von DVU-Parlamentariern bestätigt. Die kleinere DVU-Fraktion im Brandenburgischen Landtag hält noch zusammen.

„Die Republikaner“ (REP) hingegen befinden sich so sehr im Abwärtssog, dass selbst die internen Richtungsstreitigkeiten ermattet sind und keinen Nachrichtenwert mehr haben.

Die autonome Szene in Brandenburg bewegt sich weiterhin auf den gewohnten Themenfeldern und tritt von Fall zu Fall in Aktion.

Die AA/BO-Kampagne „Antifa Offensive 99“ (vgl. S. 58, 63 f.) wird von den Beteiligten im Rückblick nicht durchweg als erfolgreich betrachtet. Das wird die „Antifa“-Aktivisten aber nicht daran hindern, weiterhin Daten tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten steckbriefähnlich in den Szene-Medien zu veröffentlichen und damit – selbst wenn dies ausdrücklich bestritten wird – indirekt zum Vorgehen gegen diese Personen aufzurufen. Als „Erfolgsmeldungen“ werden ja auch Bekennerschreiben zu Anschlägen klandestin operierender „Kommandos“ publiziert. Deshalb ist mit „antifaschistischen“ Angriffen wie den oben für Guben und Königs Wusterhausen erwähnten auch künftig zu rechnen.

Die „Antirassismus“-Kampagne wird 2000 im „dritten Grenzcamp“ vom 29. Juli bis 6. August, das in Forst stattfinden soll, kulminieren. Die beiden vorausgegangenen Grenzcamps 1998 und 1999 in Sachsen waren von provokanten Aktionen und Übergriffen begleitet. Die Bemaier Szenepublikation „RED Stachel“, Nr. 74 vom März 2000, kündigt – auch im Internet – den Zweck des Camps wie folgt an: „10 Tage Aktionen gegen die Festung Europa, die Menschenjäger des BGS, das Denunziantentum der örtlichen Bevölkerung, die faschistischen Strukturen vor Ort und die rassistische Flüchtlingspolitik.“

Die Anti-EXPO-Kampagne steuert im Jahre 2000 ihrem Höhepunkt zu. Inwieweit sich Gruppen in Brandenburg in diese Kampagne einspannen lassen, kann noch nicht abschließend beurteilt werden; immerhin ist in der Szene eine Kontaktadresse der EXPO-Gegner in Brandenburg bekannt.

Die Bundesgartenschau (BUGA) 2001 in Potsdam ist den Autonomen ebenfalls ein Dorn im Auge, da sie angeblich Lebensräume zerstöre. Deshalb soll sie verhindert, mindestens aber behindert werden. Die vergleichbare Kampagne gegen die BUGA 1995 in Cottbus ist allerdings verhalten geblieben.

Wann sich der Protest gegen den Abtransport der abgebrannten Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Rheinsberg zuspitzt und inwieweit er in militante Aktionen mündet, hängt auch von künftigen energiepolitischen Entscheidungen ab. Auf der Agenda der Autonomen ist „Rheinsberg“ vorgemerkt.

Das Gewicht kommunistischer Parteien wird auch künftig gering bleiben. Durch gezielte Werbungsaktionen können zwar zeitweise geringfügige Mitgliederzuwächse gewonnen werden; doch schmelzen die oft genug, wie die Erfahrung zeigt, alsbald wieder ab. Zunächst aber hat z. B. die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) den Beschluss ihres VI. Parteitages, verstärkt vor allem in Ostdeutschland neue Mitglieder zu rekrutieren,

rasch umgesetzt: Vom 3. bis 9. Januar 2000 fand in Potsdam eine Aktionswoche der Jugendorganisation „Rebell“ statt.

Brandenburg ist, im Vergleich zu anderen Bundesländern, noch immer relativ wenig von den Aktivitäten extremistischer Ausländerorganisationen betroffen. Doch politische Ereignisse und Entwicklungen in den Herkunftsgebieten der Extremisten können, wie bis in die jüngste Vergangenheit, so auch künftig immer wieder zu einer akuten Zuspitzung der Gefahren für die öffentliche Sicherheit in Deutschland führen. Davon würde auch Brandenburg nicht unberührt bleiben.

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) sucht augenscheinlich nach einer neuen Strategie. Sie will sich von einer durch den militärischen Kampf geprägten Organisation zu einer ausschließlich politisch wirkenden Kraft wandeln. Dies besagt eine Erklärung des PKK-Präsidialrats zu den Ergebnissen des 7. Parteikongresses, die das „Kurdistan-Informations-Zentrum“ (KIZ) am 9. Februar 2000 veröffentlichte. Der politische und der militärische Flügel der PKK würden in ihren bisherigen Formen aufgelöst und neu strukturiert.

Ob die PKK sich aber vom Terrorismus endgültig verabschiedet, hängt weiterhin auch vom künftigen Geschick ihres Vorsitzenden ÖCALAN ab. Sollte die gegen ihn in der Türkei gerichtlich verhängte Todesstrafe vollstreckt werden, wären die Folgen unabsehbar. Die letztere Gefahr scheint aber mit der Entscheidung der türkischen Koalitionspartner vom 12. Januar 2000, den Spruch des von den Anwälten ÖCALANs angerufenen Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte abzuwarten, zumindest vorerst nicht akut.

SPIONAGEABWEHR

Neben dem klassischen Arbeitsgebiet der Spionage, der Beschaffung politischer Informationen, bestimmt heute der Kampf um günstige Ausgangspositionen im globalen Wirtschaftswettbewerb entscheidend die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste. Dabei setzen diese Dienste nach wie vor alle herkömmlichen nachrichtendienstlichen Möglichkeiten von der offenen Gesprächsabschöpfung bis zur Agentenführung per Funk ein. Brandenburg als Bundesland im Umfeld der Hauptstadt Berlin und mit vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands wird damit zunehmend ein interessantes Betätigungsfeld für Spionageaktivitäten.

Eine wichtige Rolle im Spionagegeschäft – auch das ist eine alte Erfahrung – spielen häufig die Legalresidenturen fremder Staaten: Botschaften, Konsulate und offizielle Ländervertretungen. Versuche von Botschaftsangehörigen, Kontakte mit dem offensichtlichen Ziel einer nachrichtendienstlich relevanten Beziehung zu suchen bzw. zu vertiefen, häuften sich. Mit dem Umzug der meisten diplomatischen Vertretungen nach Berlin zeichnet sich eine deutliche Verstärkung dieses Trends ab.

Das gezielte Ausforschen von Firmen, Unternehmen und Verbänden, seit jeher ein klassisches Aufgabenfeld von Nachrichtendiensten, hat sich intensiviert und bildete erneut einen Schwerpunkt der Spionage in Brandenburg. Das Interesse der Nachrichtendienste galt modernem Know how, wissenschaftlichen Erkenntnissen und Wirtschaftsstrategien.

Wirtschaftsspionage ist ein weites Feld und erstreckt sich auf fast sämtliche Unternehmensbereiche. Begehrt ist vorwiegend deutsche Technik, vorrangig die sogenannte Hochtechnologie von der Verfahrenstechnik über die Informations- und Kommunikationstechnik bis zur Bio- und Gentechnik. Neben den klassischen Methoden nutzen die fremden Nachrichtendienste konsequent die vielfältigen Risiken und Schwächen der modernen Kommunikationsgesellschaft. Sie dringen systematisch und überaus professionell in Computernetze und Kommunikationstransmissionssysteme ein und schöpfen schätzenswerte Informationen gezielt ab. Gefragt ist alles, was dabei hilft, einen wirtschaftlichen Vorsprung zu erlangen bzw. auszubauen. Das Entdeckungsrisiko ist im Vergleich zur herkömmlichen Spionage vergleichbar gering. Wirtschaftsspionage über Dateien ist ein Delikt, das selten Spuren hinterläßt.

Bei Spionage im Bereich der Wirtschaft werden die Begriffe Konkurrenz-, Industrie- und Wirtschaftsspionage häufig als Synonyme gebraucht, unabhängig davon, ob ein fremder Nachrichtendienst oder ein konkurrierendes Unternehmen den Auftrag gab. Eine derartige Vereinheitlichung greift jedoch zu kurz. Relevant ist für den Verfassungsschutz im Hinblick auf seinen gesetzlichen Abwehrauftrag allein die Wirtschaftsspionage, die – staatlich gelenkt oder gestützt – von fremden Nachrichtendiensten ausgeht und nach §§ 94 ff. Strafgesetzbuch strafbar ist. Bei der Konkurrenz- oder Industriespionage eignet sich hingegen ein Unternehmen, häufig ein Wettbewerber im gleichen Marktsegment, die Leistungen eines anderen Unternehmens an. Dies kann einen Verstoß gegen §§ 17 ff. des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb darstellen. Im Einzelfall ist die Grenzziehung allerdings manchmal recht schwierig.

Im Berichtszeitraum bestimmten die östlichen, insbesondere die Nachrichtendienste der russischen Föderation, als ein Schwerpunkt die Arbeit der Spionageabwehr des Landes Brandenburg. Hinsichtlich der Wirtschaftsspionage ist ein russischer Nachrichtendienst besonders zu erwähnen, die „Föderale Agentur für Regierungsfremmeldewesen und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation“ (FAPSI). Der Schwerpunkt dieser Ende 1991 neu gegründeten Behörde ist – neben der Beschaffung von Nachrichtentechnik sowie modernster Kommunikations-, Computer- und Verschlüsselungstechnologie – das gezielte Eindringen in westliche Kommunikations- und Datensysteme.

Ein weiteres Beobachtungsfeld der Spionageabwehr ist der Umgang von Regierungen, vornehmlich des Nahen Ostens, mit ihren im westlichen Ausland lebenden Landsleuten. So konnten im Land Brandenburg Versuche fremder Nachrichtendienste festgestellt werden, Erkenntnisse über hier lebende Oppositionelle bzw. deren Organisationen zu erlangen oder sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu unterwandern. Auch dies stellt in der Regel eine geheimdienstliche Agententätigkeit gemäß § 99 Strafgesetzbuch dar.

Auch die knapp 4.000 Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten hatten in einem nicht unerheblichen Maße vor ihrer Ausreise Kontakte mit heimatlichen Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden, die an Verbleib und Entwicklung der Aussiedler am neuen Wohnort ein besonderes Interesse zeigen.

Ein drittes Feld für die Spionageabwehr sind die zunehmenden Beschaffungsbemühungen der sogenannten „Krisen- und Schwellenländer“ des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens. Sie versuchen, über ihre Nachrichtendienste an Wissen und Material zur Herstellung von Kriegswaffen zu gelangen. Die unkontrollierte Weitergabe von konventionellen atomaren,

biologischen und chemischen Waffen (ABC-Waffen) sowie die Mittel und das Know how zu deren Herstellung werden unter dem Begriff Proliferation zusammengefasst. Zu den Ländern, die intensive und poliferationsträchtige Rüstungsprogramme betreiben, zählen insbesondere Irak, Iran, Libyen und Syrien, aber auch Nordkorea, Indien und Pakistan. Diese Länder benötigen eine bestimmte Hochtechnologie und bedienen sich bei deren Beschaffung in der Regel ihrer Auslandnachrichtendienste und deren besonderer Beschaffungsorganisationen.

Viele Güter sind sowohl militärisch als auch zivil nutzbar. Bei diesen sogenannten Dual-use-Gütern ist der konkrete Nachweis über die wirkliche Verwendung schwierig.

Wirtschaftsspionage hat nicht nur Auftragsverluste zur Folge. Wenn andere Unternehmen durch Spionageerkenntnisse Entwicklungskosten sparen und so zu preiswerteren Angeboten in der Lage sind, bedeutet das in der Regel auch den Verlust von Marktanteilen und damit den Verlust von Arbeitsplätzen. Da sich die Spionage in Hochtechnologiestaaten sowohl auf das Ausforschen von Markt- und Absatzstrategien als auch auf die Beeinflussung von Managern und Politikern richtet, ist zunehmende Achtsamkeit geboten. Die Notwendigkeit, sich gegen die Folgen der illegalen Nutzung des eigenen Wissens zu schützen, erfordert bei allen Beteiligten ein Umdenken.

Daher setzt die Spionageabwehr des Landes Brandenburg gemäß dem Motto „Vorbeugen ist besser als Heilen“ in erster Linie auf Prävention. Prävention ist in der Wirtschaft mittlerweile kein Fremdwort mehr. Während in sogenannten geheimgeschützten Unternehmen im Umfeld der Verteidigungsindustrie bereits Sicherheitskonzepte vorliegen, die teilweise mit Hilfe des Verfassungsschutzes erarbeitet wurden und unerwünschte Spionage erschweren, verfügen gerade kleine und mittlere Betriebe häufig noch nicht über einen solchen Schutz. Doch gerade sie geraten wegen ihrer innovativen Forschungs- und Entwicklungsarbeit zunehmend in das Blickfeld fremder Nachrichtendienste.

Der Brandenburger Verfassungsschutz hat – insbesondere für diese kleinen und mittleren Unternehmen – ein Konzept erarbeitet, das helfen soll, Risiken zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen zu minimieren. Durch Broschüren und Fachvorträge informierten seine Mitarbeiter im Jahr 1999 annähernd 500 Firmen, Einrichtungen und Forschungsanstalten des Landes über Sicherheitsfragen.

Im zweiten Schritt bietet der Verfassungsschutz eine sogenannte Sicherheitspartnerschaft mit individueller Betreuung an, um am Ende in einen dauerhaften Dialog zu treten. Voraussetzung für ein solches Miteinander ist der, selbstverständlich vertrauliche,

gegenseitige Austausch von Erkenntnissen und Informationen. Bei diesbezüglichen Fragen und Problemen sowie für einen ersten Kontakt steht die Spionageabwehr des Brandenburger Verfassungsschutzes unter folgender Adresse zur Verfügung:

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg

Referat V/5

Henning-von-Tresckow-Straße 9 – 13

14467 Potsdam

Der Verfassungsschutz sieht hier seine Aufgabe darin, den Blick bei den betroffenen Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungsanstalten zu schärfen und die Mitarbeiter mit Blick auf die Möglichkeit einer mißbräuchlichen Nutzung zu sensibilisieren. Zu diesem Thema wurde die Broschüre „Abwehr von Wirtschaftsspionage – eine Aufgabe des Verfassungsschutzes“ erarbeitet. Sie wird kostenfrei an interessierte Bürger abgegeben und kann unter der Telefonnummer (03 31) 866-25 15 angefordert werden.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass der Erfolg der Spionageabwehr weniger an einer Zahl enttarnter Agenten, sondern vielmehr an seiner Fähigkeit zu messen ist, frühzeitig die Arbeitsmethoden und Zielfelder fremder Nachrichtendienste zu erkennen und dieses Wissen für Politik und Wirtschaft unseres Landes nutzbar zu machen.

Die Bekämpfungsstrategie der nächsten Jahre verlagert sich in Brandenburg daher mehr zu einer offensiven Prävention und damit zur Verhütung von Spionage durch Information sowie Sensibilisierung der möglicherweise Betroffenen.

Spionage läßt sich jedoch nur wirksam in enger Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei sowie unter Mithilfe der Betroffenen bekämpfen.

Aber auch für denjenigen, der sich nachrichtendienstlich verstrickt hat, lohnt der Kontakt zur Verfassungsschutzbehörde unseres Landes. Die freiwillige Offenbarung bietet die Chance, dass im Einzelfall von einer Bestrafung gänzlich abgesehen werden kann. Die Spionageabwehr bietet dazu das vertrauliche Gespräch unter der Telefonnummer (03 31) 2 70 02 30 an.

SCIENTOLOGY - ORGANISATION (SO)

Die Scientology-Organisation (SO) wird in Brandenburg seit drei Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet. Damit entspricht die Behörde einem Auftrag der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK), die am 6. Juni 1997 bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung feststellte. Es seien, so die IMK, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung der Organisation durch den Verfassungsschutz gegeben. In einer weiteren Sitzung am 20. November 1998, nach Auswertung vorliegender erster Beobachtungsergebnisse, bestätigte die IMK zusätzlichen Aufklärungsbedarf.

Auf dieser Grundlage wird die SO in allen Ländern, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Ihre Aktivitäten werden registriert und – in enger Abstimmung mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz – hinsichtlich einer verfassungswidrigen Haltung bewertet.

Im Rahmen der Beobachtung der SO durch die Verfassungsschutzbehörden kommen entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen auch nachrichtendienstliche Mittel zum Einsatz. In Brandenburg ergaben sich 1999 keine Erkenntnisse, die auf eine Existenz von feststrukturierten SO-Organisationseinheiten hindeuten. Die Zahl der im Land lebenden SO-Angehörigen beschränkt sich auf Einzelpersonen, die jedoch zum Teil in der Hierarchie der Gesamtorganisation sehr hoch angesiedelt sind.

Im Berichtszeitraum wurden vereinzelte, im Vergleich zu anderen Ländern jedoch eher geringe Werbemaßnahmen festgestellt. Adressaten des versandten SO-Materials waren insbesondere Behörden. Die Sendungen erfolgten offenbar im Rahmen bundesweiter Aktionen. Öffentliche SO-Veranstaltungen und gezielte regionale Werbekampagnen wurden in Brandenburg nicht festgestellt.

Die SO, die sich selbst als Glaubens- oder Religionsgemeinschaft bezeichnet, strebt den „perfekten“ Menschen an, der frei von „allen körperlichen Schmerzen und schmerzlichen Emotionen“ sein soll, „clear“ im Sinne ihrer Lehre. Seine „Geistseele“, in der SO-Sprache „Thetan“ genannt, soll den Zustand der „völligen geistigen Freiheit“ erlangen, zum „Operierenden Thetan“ werden. Diese, von der SO geprägten, Begriffe zielen letztlich auf rechtlose Wesen, die einzig dem Willen der SO unterworfen sind. Dass dies – nach den Vorstellungen des SO-Begründers L. Ron Hubbard – durch bestimmte, von der SO angebotene

und teuer zu bezahlende Techniken ermöglicht werden soll, offenbart den wahren Charakter der Organisation: den eines gut funktionierenden Unternehmens, das vor allem rücksichtsloses Gewinnstreben zur Handlungsmaxime erklärt hat.

Dabei geht es der SO weder um seelischen Zuspruch noch um uneigennützig Hilfe bei der Bewältigung persönlicher Probleme. Sie zielt einzig darauf ab, Menschen auf ihre Lehre einzuschwören, die eigene Gewinnmaximierung zu betreiben und jegliches Abweichen von der Lehre dieser Organisation radikal zu unterbinden, sogar zu verfolgen. Demokratische Spielregeln und Mitwirkungsrechte des Einzelnen sind nicht vorgesehen. Vielmehr werden sie von der SO sogar verächtlich gemacht. Kritiker, Aussteiger und Nicht-Scientologen, sogenannte „Aberrierte“, werden zu Freiwild erklärt, das durch SO-Getreue psychisch und physisch zu verfolgen ist.

Diese Erkenntnisse stimmen überein mit der Auswertung von SO-Schriften und Publikationen. Sie zeigen eindeutig die unveränderte Ausrichtung der Organisation, die im Grundgesetz konkretisierten Verfassungsprinzipien nicht nur infrage zu stellen, sondern zu beseitigen bzw. massiv zu beeinträchtigen. Dies trifft insbesondere auf die garantierten Menschenrechte, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Unabhängigkeit der Gerichte zu. Das Verhalten der Organisation lässt somit insgesamt eine politische Zielsetzung erkennen, die letztlich darauf ausgerichtet ist, unsere verfassungsmäßige Ordnung auszuhöhlen bzw. zu beseitigen.

Inwieweit diese in zahlreichen Schriften verfassten Grundsätze und verbindlichen Anleitungen in der Wirklichkeit mit Leben erfüllt werden, soll durch die Beobachtung des Verfassungsschutzes im einzelnen festgestellt werden.

Aktuelle Schriften und Publikationen der SO belegen, dass die als verfassungsfeindlich einzuordnende Ideologie auch heute unverändert gültig ist. Die bisherige Beobachtung erbrachte Belege dafür, dass die verfassungsfeindlichen Theorien nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt werden. Einen weiteren Aufklärungsbedarf gibt es im Finanzbereich, da Geld bei der Umsetzung der Programmatik eine wesentliche Rolle spielt.

Offen sind auch Fragen, wie und mit welchen Mitteln die SO Einfluss auf Politik und Wirtschaft nimmt, um dem Auftrag des Gründers ihrer Lehre gerecht zu werden.

Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg hat die Broschüre „Scientology – Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes“ erarbeitet, die direkt angefordert oder im Internet unter www.brandenburg.de/land/mi abgerufen werden kann. Zugleich existiert

weiterhin das „Vertrauliche Telefon“ unter der Rufnummer (03 31) 2 70 02 30, über das Betroffene Hilfe, Rat und Informationen erhalten können.

Verfassungsschutz durch Aufklärung

Verfassungsschutz durch Aufklärung ist mehr als die reine Berichterstattung über Aufgaben und Tätigkeit eines geheimen Nachrichtendienstes Behörde und über den Stand seiner Erkenntnisse. Aufklärung zum Schutze der Verfassung kann nur erfolgreich sein im Dialog mit dem kritischen und engagierten Bürger. Der Verfassungsschutz Brandenburg versteht sich auch als Partner und Dienstleistungsbehörde für den Bürger. So bietet der Verfassungsschutz Gespräche und Informationen zum Thema Demokratie und Extremismus an und unterstützt im Rahmen seines gesetzlichen Informationsauftrages auch landesweite Präventionskonzepte gegen politischen Extremismus jeglicher Couleur.

So hielten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Vereinen, Stiftungen und Kommunalbehörden, auf Einladung der Bundeswehr und der Landes-Jugendarrestanstalt Vorträge mit anschließender Diskussion zu Themen wie „Geheimdienste in Demokratien“, „Extremismus in Deutschland“, „Rechtsextremismus im Internet“ oder „Auswirkungen des Extremismus auf den Wirtschaftsstandort Brandenburg“.

Auch an Veranstaltungen und Ausstellungen nahm der Verfassungsschutz mit einem eigenen Informationsstand teil, so am „Brandenburg-Tag 1999“ in Jüterbog und an Projektwochen oder -tagen gegen Gewalt und Rassismus. Seine Mitarbeiter nahmen an Diskussionsrunden in Bildungs- und Jugendeinrichtungen teil und gestalteten Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren mit.

Zu den gefragtesten Publikationen bei solchen Veranstaltungen gehört der jährlich herausgegebene Verfassungsschutzbericht. In einer Auflage von 7500 Exemplaren verteilt sowie an interessierte Bürger versandt, informiert die Broschüre über verfassungsfeindliche Bestrebungen im Land Brandenburg, analysiert und bewertet diese Gefahren.

Neben dem Jahresbericht versendet der Verfassungsschutz auf Anforderung weitere eigene Publikationen zu den Themenbereichen Extremismus und Demokratie, Wirtschaftsspionage oder Scientology.

Seit 1994 hat der Verfassungsschutz vornehmlich an Schulen und in Jugendeinrichtungen durch zahlreiche Diskussions- und Vortragsveranstaltungen über die Gefahren des politischen Extremismus informiert.

Wenn Sie an einer derartigen Veranstaltung oder an Informationsmaterial interessiert sind, aber auch bei Fragen oder Unklarheiten zu Radikalismus und Extremismus – rufen Sie uns an. Oder schreiben Sie uns. Ihre Meinung interessiert uns.

Ministerium des Innern
Referat V/2
Henning-von Tresckow-Straße 9 – 13
14467 Potsdam
Telefon: (03 31) 8 66-25 84
Fax: (03 31) 8 66-20 55

Abkürzungsverzeichnis

AAB	Antifaschistische Aktion Berlin
AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AIZ	Antiimperialistische Zelle
AIW	Antiimperialistischer Widerstand
AJAP	Antifa Jugendaktion Potsdam
AMS	Assoziation Marxistischer Studierender
BBZ	Berlin-Brandenburger – Zeitung der Nationalen Erneuerung
BDVG	Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft
BK	Babbar Khalsa International
BKP	Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ/DA	Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
FAPSI	Föderale Agentur für Regierungsfremmeldewesen und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation
FAU-IAA	Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiter Assoziation
FDVP	Freiheitliche Deutsche Volkspartei
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
HNG	Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
ISI	Initiative Sozialistischer Internationalisten
ISO	Internationale Sozialistische Organisation
ISYF	International Sikh Youth Foundation

JF	Kürzel für Direkte Aktion/Mitteldeutschland, bedeutet wahrscheinlich: Jugendfront
JLO	Junge Landsmannschaft Ostpreußen
JN	Junge Nationaldemokraten
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschland
KCF	Khalistan Commando Force
KDS	Kampfbund deutscher Sozialisten
KIZ	Kurdistan- Informations- Zentrum
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NIT	Nationale Info- Telefone
NN	Nationale Nachrichten
N.P.A.	Nationales Pressearchiv
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSAM	Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation
OKB	Offener Kanal Berlin
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
RBF	Republikanischer Bund der Frauen
REP	Die Republikaner
RepBB	Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten
RH	Rote Hilfe
RHV	Republikanischer Hochschulverband
RJ	Republikanische Jugend
RMV	Republikanische Mittelstandsvereinigung
RTS	Reclaim the Streets
RZ	Revolutionäre Zellen
SAG	Sozialistische Arbeitergruppe

SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SI	Solidarität International
SO	Scientology-Organisation
THKP-C – Devrimci Sol	Türkische Volksbefreiungspartei-Front – Revolutionäre Linke
UZ	Unsere Zeit
VR	Vereinigte Rechte
WJG	Wanderjugend Gibor

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Brandenburg unentgeltlich herausgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Das gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des europäischen Parlaments. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die auf Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.